D 1600 E

Offenbach
Nr. 220
Juli/August 1988
20. Jahrgang
DM 5,—

links

Sozialistische Zeitung

Freiheit für Nelson Mandela

Am 18.7.88 wird Nelson Mandela 70 Jahre alt

„Ich habe gegen die Vorherrschaft der Weißen und ich habe gegen die Vorherrschaft der Schwarzen gekämpft. Eine demokratische freie Gesellschaft, in der alle friedlich leben können, hat mir stets als Ideal vorgeschwebt. Es ist ein Ideal, für das ich leben und das ich verwirklichen möchte."

(aus der Rede, die Nelson Mandela 1964 vor Gericht hielt, das ihn zu lebenslanger Haft verurteilte)

Lebendige Arbeit - freie Zeit — Chr. Sodemann: Neue Repressionswelle in Südafrika — R. Lorenz: Das armenische Problem — J. Huhn: Mythos Rheinhausen — P.-E. Jansen: Herbert Marcuse — W. Schröter: Dutschke in der CSSR

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wenn die politische Tagesordnung von den Nachrichtenredaktionen diktiert würde, wäre Rheinhausen, wäre das Ruhrgebiet längst kein Thema mehr. Aber beim Kampf der ,,Kruppianer'' um den Erhalt ,,ihres'' Stahlstandortes ging es nicht allein um ein paar tausend Arbeitsplätze. Es ging um die Zukunft der Arbeit überhaupt. Das ist nicht zuerst ein betriebswirtschaftliches, sondern ein soziales Problem und nicht durch Befriedung zu lösen.

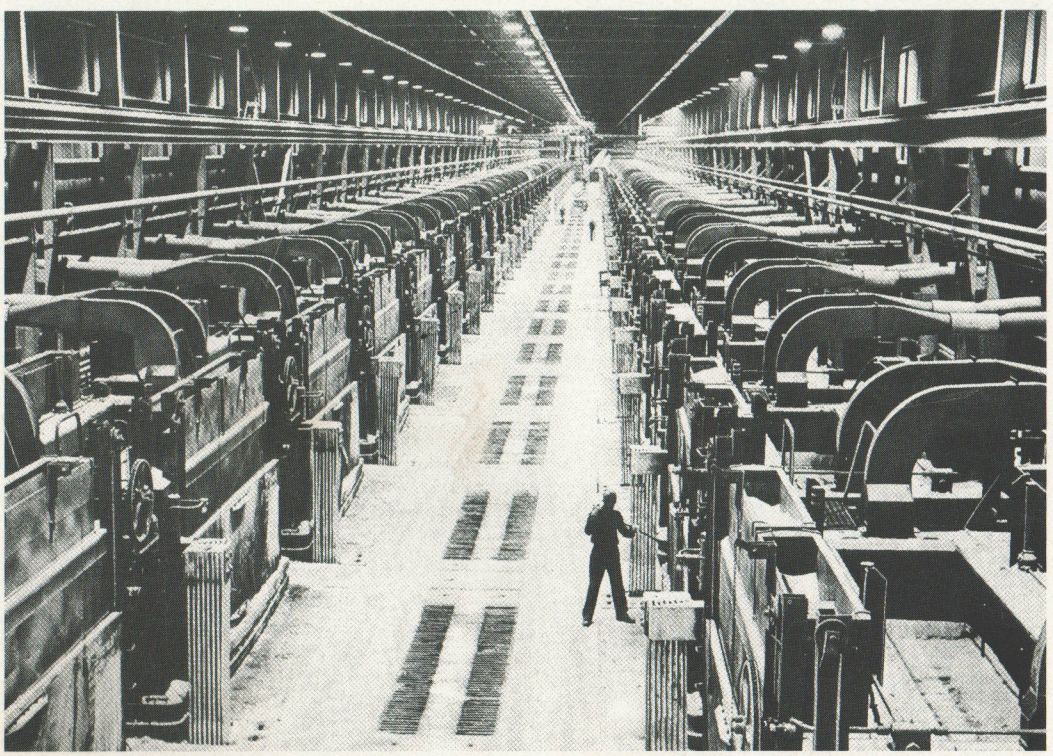
Der Strukturwandel reicht über einzelne Regionen und Branchen hinaus tief in die Gesellschaft hinein. Die Organisationsform der Arbeit bestimmt die sozialen Beziehungen der Menschen in der (bürgerlichen) Gesellschaft. Gesellschaftlich notwendige Arbeit ist immer noch als ,,Erwerbsarbeit'' definiert. Wenn aber das Quantum menschlicher Arbeitskraft durch technischen und strukturellen Wandel tendenziell immer mehr abnimmt, wird eine Umverteilung ebenso unausweichlich wie eine Neubewertung nötig — wenn nicht Massenarbeitslosigkeit auf Dauer festgeschrieben und weiter verstärkt werden soll.

Aber in dieser Entwicklung schlummert zugleich ein Potential zu einer egalitären und solidarischen Gestaltung von Arbeit und Gesellschaft. Solidarische Umverteilung und eine egalitäre Arbeitsutopie waren Themen der Arbeitsgruppentagung des Sozialistischen Büro am 11. und 12. Juni in Frankfurt. Es ist nicht bei Diskussionen allein geblieben: Mit dem Aufruf ,,Lebendige Arbeit — freie Zeit'', den wir in dieser Ausgabe statt des gewohnten Kommentars abdrucken, sollen Initiativen zu einer solidarischen Arbeitszeitverkürzung eingeleitet werden. Die Redaktion schließt sich diesem Aufruf an und fordert alle ,,links''-LeserInnen auf, sich daran zu beteiligen. Weitere Materialien und Informationen werden in den kommenden Ausgaben von ,,links'' und ,,express'' veröffentlicht.

Die nächste ,,links'' erscheint Anfang September. Mit dieser Nummer verabschiedet sich die Redaktion in die übliche Sommerpause. Aber nicht, ohne einen Satz nachzutragen, der in Felix Schneiders Beitrag mit dem Titel ,,Postsoziale Notwendigkeiten'' verlorenging, so daß der Schluß keinen Sinn mehr macht. Er lautet: ,,Auch die einzelnen Postbüros sollten zumindest selbsttragend werden. Sind sie das nicht, werden sie geschlossen (. . .)''.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern einen angenehmen Urlaub.

Die Redaktion



Traum oder Trauma:
Die Zukunft der Arbeit?

links
Sozialistische Zeitung

Herausgeber- und Redaktionsadresse:
Sozialistisches Büro,
Postfach 102 062,
6050 Offenbach 1
Telefon 069/88 50 06

Redaktion: Natascha Apostolidou, Diethard Behrens, Petra Bonavita-Lindloff, Michael Brumlik, Helmut Burgwinkel, Detlev Claussen, Dan Diner, Josef Esser, Heinrich Grün, Joachim Hirsch, Peter-Erwin Jansen, Peter Kern, Eva-Maria Krampe, Ludi Lodovico, Dieter Maier, Rüdiger Pusch, Sebastian Reinfeldt, Felix Schneider, Rainer Spiss, Rainer Staudhammer, Andreas Werle.

Redaktionssekretäre: Gerhard Krum, Axel Stolzenwaldt (V.i.S.d.P.)

Verleger und Vertrieb: Verlag 2000 GmbH

Geschäftsführerin: Beate Keßler

Satz: Marion Michell, Verlag 2000 GmbH

Gestaltung: Birgit Letsch, Gerhard Krum

Druck: Scholl & Klug GmbH, Mörfelden-Walldorf

ISSN: 0024-404-X

Erscheinungsweise: monatlich

Bezugsbedingungen:
Einzelexemplar DM 5,—
Jahresabonnement DM 54,— incl.
Girokonto: Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach
Nr. 1741 269500, BLZ 505 101 11
Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. ,,Zur Habe-Nahme'' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

aufruf

Sozialistisches Büro: „Lebendige Arbeit — freie Zeit“ Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitverkürzung 5

aktuell

Christoph Sodemann: Neue Repressionswelle in Südafrika 6
Hubertus Knabe: Die Grenzen der Reform in Ungarn 8
Bruno Schoch: Powerplay und Politpoker Mitterrands 11

hintergrund

Richard Lorenz: Das armenische Problem 13

hintergrund

Calle von Hoesch: Mehr war nicht drin 17
Jens Huhn: Mythos Rheinhausen 18
Paul Ciupke: In Verteidigung des Ruhrgebiets 21

international

Afanassiew u.a.: Barrikaden der Perestrojka II. 28

geschichte als gegenwart

Andreas Werle: Es gibt keine Ökonomie der Endlösung 33

theorie

Peter-Erwin Jansen: Herbert Marcuse: Kritischer Theoretiker der Emanzipation 38

achtundsechzig

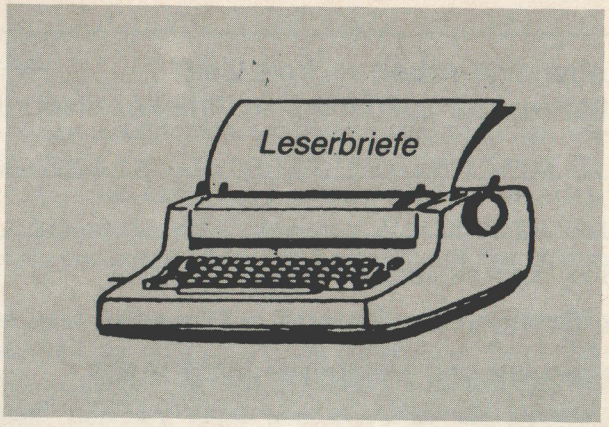
Welf Schröter: Dutschke in der CSSR 41
Peter-Erwin Jansen, Peter Kinsel, Joachim Volke: Alternative Entsorgung der Vergangenheit 43

nachruf

Herbert Stubenrauch: Ernest Jouhy 37

rubriken

forum 4
kurzes international 32
termine 46
verlagsporträt 47



Ratschläge

1. Verwendet doch endlich einfaches, graues UWS-Papier für die Zts. „links" statt des stinkenden grauen Glanzpapiers!
2. Schreibt für die Leser leserlich-verständlich, nicht so verquer-abgehoben, selbstgefällig-resignativ (gilt für 80 % der Artikel)!
3. Ob Anti-, ob Philosemitismus — beides ist scheiße; stellt die Israelthematik i.w.S. — überaus beliebt in „links" — weiter zurück!
4. Besinnt Euch wieder einmal und stellt klar, was Ihr („links"-Red.) eigentlich kurz- oder mittel-/langfristig wollt! (Sozialismus? Welchen?)
5. Nehmt Euch kein Bsp.an der ‚postmodern, neu-rechts-grünen' „Kommune"!

Lydia Schupp

„links" rechts

Mit Dank bestätige ich den Eingang der gewünschten Probenummern von „links". Leider habe ich eine Enttäuschung erleben müssen, die auf folgendem beruht:

Die Lektüre einzelner Beiträge der Hefte hat mir wieder bestätigt, daß der Mißbrauch der Vokabel „links" munter fortschreitet. Der Beitrag von Klaus Segbers zum sowjetischen Reformprozeß hätte ebensogut in der FAZ stehen können. Das finde ich schon sehr bedenklich. Was sich die FAZ als „Endprodukt" der Perestroika wünscht, darüber dürfte doch auch bei den Linken kein Zweifel bestehen. Wo „linke Publikationen" aber in die gleiche Trompete blasen, da klingelt es bei mir. Wo sich linke Autoren undifferenziert an das Demokratiegefasel erzkonservativer Kreise anhängen, beginnt für mich der harte Widerspruch. Das konservative Lager des Westens ist so mächtig, daß es nicht noch linker Steigbügelhalter bedarf. Demokratische Deformationen unter dem Sozialismus bedürfen zweifelsfrei der Bereinigung. Dazu sollten kommunistische Parteien selbst fähig sein. Wo, bitte, liefert uns die Geschichte Beweise, daß antikommunistische Bewegungen hier als Heilmittel fähig oder willens waren? Es waren die Konservativen aller Schattierungen und in ganz Europa, die dem Faschismus den Weg ebneten. Da blieb von Demokratie am Ende nichts mehr übrig.

Auch der Beitrag von Dieter Maier „Ziel verfehlt?" in „links" könnte einem bürgerlichen Blatt zur Ehre gereichen. Den USA eine „richtige Dosierung ihrer Intervention Nicaraguas" zu bescheinigen, das habe ich allerdings noch nicht einmal in den bekannt-antisandinistischen Kommentaren von „Welt" und „FAZ" gelesen.

Summa summarum: Ich muß mich voll und ganz der Kritik von L. Schlupp in seinem Leserbrief anschließen: Ich frage mich, was der heutigen Redaktion von „links" das Recht gibt, diese ihre Zeitschrift „links" und „sozialistisch" zu nennen.

Günter Smirr

„Il grande Karl"

Uns bleibt aber auch nichts erspart! werdet Ihr beim Lesen meines Briefes sicher denken. Egal, hier zunächst mein Vorwurf: Eure Werbeaktion ist sexistisch!

Die Werbung zeigt mir eine Teenie/Frau und den als Blues Brother gestylten Karl/Mann. Erste Assoziation: eine Anmachsituation, ein mögliches Pärchen! Sie schmiegt oder lehnt sich an Karl/Mann und schaut ihn an, will sagen: zu ihm auf. Karl/Mann steht vis-à-vis zur BetrachterIn, sonnenbebrillt, ungeweglich, cool, der Mund bleibt hinter dem Bart verborgen. Er drückt im Gegensatz zur Teenie/Frau keine „Sinnlichkeit" aus. Einzige Bewegung ist die leichte Neigung zu ihr hin. Er leiht ihr ein Ohr! Teenie/Frau spricht Karl/Mann an. Der übergroße Mund: verkrampftes Lachen drückt ihre Unsicherheit und/oder Verlegenheit aus. Karl/Mann wirkt in seiner Erscheinung unnahbar, schon fast bedrohlich, der schwarze Anzug, Bart und Sonnenbrille unterstützen die Massivität! Er vermittelt jedenfalls Dominanz und Selbstbewußtsein, erscheint durch nichts erschüttert. Er beherrscht das Bild.

Teenie/Frau ist völlig auf ihn fixiert. Zunächst ihre Erscheinung: Sie wirkt mädchenhaft, sehr kokett, jugendlich helle Kleidung, Pferdeschwanz (!), Blondine, Sonnenbrille Modell 50er Jahre, Klipse, Petticoat, zusammengedrückte Brüste, Netz- oder Nylonstrümpfe. Ihre Körperhaltung: eng an die Brust gepreßte Arme, ringende Hände, verschränkte Beine, sie scheint sich zu zieren! Hände lagern vor dem Schoß: unsicher und schützend?! Stellung der Beine!

Karl/Mann hingegen selbstgefällig und frontale Ansicht, nichts fürchtend. Schlips als Penissymbol zeigt wohin? Aus ihrem Munde dann die Sprechblase in Herzchenform (!): Komm schon! Sie will also etwas?! Er käme nicht auf die Idee?! Sie ergreift die Initiative, kann vor Erregung gar nicht mehr an sich halten, schmeißt sich Karl/Mann an die Brust und will — sein Kapital gezeigt bekommen (die Variante zur Briefmarkensammlung?). Was sie damit macht oder beide machen, denn es ist ja schließlich sein Kapital, bleibt unserer Phantasie, der gebeutelten, überlassen. . . (Kapital = kapitaler Hirsch, kapitaler Schwanz etc.).

Zweifellos kokettiert Ihr in bester Absicht (ja, aber, ist doch nur. . .) mit bekannten Geschlechtsstereotypen, verlaßt aber mitnichten die sexistischen Trampelpfade mit Eurem Versuch, sondern reproduziert die Geschlechtsrollen, bzw. „Geschlechtscharaktere" um es mit Nancy Chodorow zu sagen.

Die Teenie/Frau will „es" haben, sie ist spitz (obwohl es in der Realität anders aussieht!), sie giert ihn an, ihre „Fotze" ist schon ganz naß. Dem Denker Karl/Mann ersteht verborgen eine Latte, er hat sich im Griff und ist allzeit bereit. Prima, unser Karl/Mann mit seinem dicken Kapital/Schwanz. Die Überschrift unterstreicht in roten Lettern „Il Grande Karl"! Wie ich so etwas so mißverstehen kann? Wie bitte?? Je länger ich Eure Werbung betrachte, desto gewalttätiger empfinde ich sie! Dem durchschnittlichen Heterosexisten wird der „Witz" gefallen, denn er identifiziert und gefällt sich in dem Karl/Mann. Nicht nur als Geschlechtsgenosse, sondern natürlich auch als Kampfgenosse. „Viva Revolucion!" Diese Werbung funktioniert nur in ihrer Heterofassung. Ein Teen/Mann wäre völlig unspannend für den Betrachter. Es hätte keinen „Witz"!

Soweit meine Gedankenkette! Ich erwarte natürlich eine Reaktion, am besten von dem Verantwortlichen des (nein! Nicht Unsinn, denn dazu ist die Werbung zu raffiniert und verfänglich. Ich habe lange nachgedacht, weshalb sie mir nicht gefällt) sexistischen „Fauxpas".

Soweit! Mit antisexistischen Grüßen

Forstreuter

P.S.: Euch Männern zum Trost: Wenn mann nicht zum Berg hingeht, bleibt der Berg, wo er ist (Pilgrim, glaube ich)!

Leserbriefe an:
links-Redaktion
Postfach 10 20 62
6050 OFFENBACH
(Kürzungen behält sich die Redaktion vor)

Redaktionsschluß für die Septemberausgabe: **14.8.88**

Themenschwerpunkt: USA, Europa, u.v.a.m.

Lebendige Arbeit — freie Zeit

Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitverkürzung

Das Sozialistische Büro schlägt eine öffentliche Debatte über Solidarität in der Krise vor und ruft auf, sich an den daraus ergebenden Initiativen zu beteiligen. Es geht dabei um öffentliche Diskussion und Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitverkürzung, die den Interessen der Arbeitslosen ebenso wie allen, die Erwerbsarbeit leisten, gerecht wird. Eine solche Debatte sowie daraus hervorgehende Initiativen sind überfällig, weil der Skandal der Arbeitslosigkeit nach wie vor weiter besteht, während andererseits die Umverteilung der gesamtgesellschaftlichen Arbeit auch nicht in Ansätzen erkennbar ist.

Neue Unübersichtlichkeit — die Nebel lichten

Die vielbeschworene Pluralisierung der Lebensstile ist nicht nur frei gewählt, sie geschieht auf der Grundlage gesellschaftlicher und geschlechtsspezifischer Spaltung. Unterschiedliche Grade der Betroffenheit von Lang- und Kurzzeitarbeitslosigkeit, von Kürzungen der Sozialleistungen und des Lohns, von Kurzarbeit und Überstunden, von Rationalisierungsfolgen, flexibilisierten und prekären Beschäftigungsverhältnissen, von Sozialplanfluktuation in die Frühverrentung etc. zwingen die Individuen zu ungewöhnlichen Formen, ihr Leben und Arbeiten zu bewältigen.

Konventionelle ,,Flexi-Tribunale'', Konjunkturen des Aufschreis mal gegen Leiharbeit, mal gegen Überstunden, sind dagegen wenig hilfreich. Was wir brauchen sind örtliche, regionale und überregionale öffentliche Diskussions- und Aktionsforen,
— die bei allen bestehenden Unterschieden der Lebens- und Arbeitsverhältnisse wirkungsvolle Solidarität herstellen und
— die für Utopien Raum geben, wie Arbeitsformen und -inhalte neu gestaltet werden können, Lohn- und Reproduktionsarbeit umverteilt und die Umverteilung in den Zusammenhang gesellschaftlich sinnvoller Produktion und Dienstleistung sowie gerechter und egalitärer sozialer Sicherung gebracht werden kann.

Solidarität in der Krise — wer, mit wem und wie?

Die international krisenhafte Kapitalverwertung und die ständige Umstrukturierung von Branchen und Betrieben verlangen mehr als nur massenhafte Proteste. Sie erfordern vergesellschaftete Bewegungen, Herstellung gezielter Öffentlichkeit durch verschiedene örtliche und regional bestehende Initiativen, die sich ihrer Unterschiede und Differenzen bewußt sind. Diskussionen in der Frauenbewegung, Solidaritätskomitees gegen Betriebsstillegungen, Arbeitslosen- und Beschäftigungsiniativen und manchen DGB-Ortskartellen zeigen Möglichkeiten einer solchen Solidarität.

Ansatzpunkt solcher Initiativen solidarischer Arbeitszeitverkürzung sollten die nächsten Tarifauseinandersetzungen sein, in denen die Gewerkschaften nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürfen, auf eine radikale Arbeitszeitverkürzung unter die 35-Stundenwoche zu drängen. Bei dem ersten entscheidenden Versuch 1984 in diese Richtung wurde viel Überzeugungsarbeit geleistet. Der Flexibilisierungsdruck durch die Unternehmen in den nachfolgenden Jahren hat dazu beigetragen, daß die utopische Perspektive, die an jede weitere Arbeitszeitverkürzung geknüpft ist, auch in der Öffentlichkeit abgeschwächt wurde.

Die Möglichkeit gesellschaftlicher Solidarität hängt davon ab, ob es gelingt, die Perspektiven bloßer Tarifrunden einen Türspalt weiter zu öffnen. Arbeitszeitverkürzung ist Mittel und Zweck, Bedingung und Möglichkeit zugleich, die Gestaltung von Arbeit, ihre Umverteilung und Alternativen von Lebens- und Arbeitszeit für alle Mitglieder der Gesellschaft zur gemeinsamen Frage zu machen.

Das Sozialistische Büro macht den Vorschlag ,,Lebendige Arbeit — freie Zeit'', Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitkürzung zu ergreifen und wird sie mit der vorhandenen Erfahrung unterstützen und vorantreiben. Neben regelmäßigen Informationen und kritischer Öffentlichkeit über Tarifforderungen, neben der Durchführung von Tagungen und Veranstaltungen und der Vermittlung von ReferentInnen müssen andere Öffentlichkeitsformen gefunden und örtliche Erfahrungen damit weitergegeben werden.

Wir setzen uns dafür ein, daß
— Arbeitsloseninitiativen, Ausbildungswerkstätten, DGB-Ortskartelle, Frauengruppen, Solidaritäts- und Bürgerkomitees sowie andere Gruppen angesprochen und einbezogen werden,
— neue Solidaritätskomitees gegründet und Trennungen überwunden werden,
— ohne Tabus und Scheuklappen soziale und kulturelle Unterschiede des Lebens und Arbeitens gerade zum Gegenstand in der Auseinandersetzung um solidarische Arbeitszeitverkürzung gemacht werden,
— gegen die Enteignung und Linearisierung der Arbeits- und Lebenszeit Erprobungen anderer Zeitorientierungen durchgeführt werden: Faulheit, Müßiggang und Abenteuer müssen der Öffentlichkeit in allen erdenklichen Formen positiv in Erinnerung gerufen werden,
— Arbeitszeitakademien entstehen, in denen über die Gestaltung von Arbeit und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit diskutiert wird,
— *Perspektiven für die Neugestaltung des Geschlechterverhältnisses in der Lohn- und Reproduktionsarbeit geschaffen werden,*
— außerdem eine Rocktournee und Kongresse ,,Lebendige Arbeit — freie Zeit'' die künftigen Tarifrunden kritisch begleiten, für Dampf und Solidarität sorgen.

Daß nicht nur ein anderer Zeitgeist weht, sondern ein Zeitgespenst wieder umgeht in dieser und anderen Republiken — dafür werden wir die Initiativen zur solidarischen Arbeitszeitverkürzung stärken.

Der Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büros, 27.6.1988

Weitere Informationen bezüglich ,,Lebendige Arbeit — freie Zeit'' werden der nächsten ,,links'' beiliegen

Christoph Sodemann

Neue Repressionswelle in Südafrika

Am 6. Juni traten fast zwei Millionen schwarze Arbeiter und Arbeiterinnen in Südafrika in einen dreitägigen Generalstreik. Er richtete sich gegen einen Zusatz zum Streikgesetz (Labor Relations Amendment Bill), mit dem nicht nur Solidaritätsstreiks überhaupt verboten, sondern die Gewerkschaften auch für Produktionsausfälle durch ,,illegale'' Streiks haftbar gemacht werden sollen. Nach dem Verbot zum Streikaufruf (unter dem Ausnahmezustand), dem Verbot jeglicher politischer Aktivität (unter dem ,,Banning Act'') und dem Verbot der Annahme finanzieller Unterstützung versucht das rassistische Regime in Pretoria mit immer neuen Repressionsmaßnahmen, die schwarze Opposition gegen die Apartheid zu zerschlagen.

Aber weder konnte das Rassisten-Regime die von ihm erwünschte ,,Ruhe und Ordnung'' wiederherstellen noch ist es die politische Opposition losgeworden, die sich seit Beginn der 80er Jahre neu formiert und Gründungen so wichtiger Organisationen wie der UDF (United Democratic Front, 1983) und des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU (Congress of South African Trade Unions, 1985) hervorgebracht hat. Denn trotz über 35.000 Verhaftungen ohne Prozeß, trotz der militärischen Besetzung und Verwaltung vieler schwarzer Gettos und trotz eines Polizeiterrors, der allein 1987 nach offiziellen Angaben über 400 Todesopfer forderte, ist der Widerstand bis heute gut organisiert und aktionsfähig.

Nachdem das Botha-Regime bislang erfolglos versucht hat, die Opposition auszuschalten, will es jetzt mit neuen Repressalien sein Ziel erreichen:

● Zunächst wurde am 24.2.88 siebzehn bis dato noch legalen Oppositionsgruppen jegliche politische Aktivität untersagt, was praktisch einem Verbot gleichkommt. Betroffen davon sind u.a. die UDF, die AZAPO (Azanian People's Organisation), die führende Black-Consciousness-Organisation in Südafrika, das Eltern-Komitee zur Unterstützung von Inhaftierten (DPSC), SAYCO (South African Youth Congress), die 1987 gegründete und mit 500.000 Mitgliedern größte Jugendorganisation in der Geschichte Südafrikas, NECC (National Education Crisis Committee), ein großes Bündnis gegen das rassistische Bildungssystem sowie mehrere regionale Bürgerrechtsgruppen, die meist Mitglied der UDF sind. Achtzehn prominente Oppositionelle wurden per Bann zur Abstinenz von politischen Auftritten und gesellschaftlichen Kontakten verdammt. Der Gewerkschaftsverband COSATU darf nur noch zu rein gewerkschaftlichen Zwecken tätig werden.

Durch diese Maßnahmen wird sich das Bild des Widerstandes ändern. Inzwischen ist fast die gesamte gewählte Führung der bislang legalen Oppositionsgruppen inhaftiert, gebannt oder von Todesschwadronen ermordet. Mehr noch als bisher muß sich der Widerstand auf Untergrundarbeit einstellen.

● Wie selten zuvor sind momentan die schwarzen Kirchen, und insbesondere der Südafrikanische Kirchenrat, ins Visier der Regierung geraten. Ein von den schwarzen Kirchenführern Tutu und Boesak im März '88 gegründetes ,,Komitee zur Verteidigung der Demokratie'' wurde von der Regierung sofort suspendiert. Ein jetzt vorbereiteter Gesetzentwurf zur ,,Schaffung geordneter innenpolitischer Verhältnisse'' (Promotion of orderly internal politics bill) soll vor allem auch den Kirchen den Geldhahn zudrehen. Danach kann der Justizminister jeder Organisation und Einzelperson verbieten, Geld aus dem Ausland zu empfangen.

● ,,Krieg gegen die Presse'' schreibt die regierungskritische und selbst von einem Verbot bedrohte ,,Weekly Mail'' am 13. Mai '88. Alle Medien werden schon lange

ausgiebig zensiert. Im März '88 wurde dann die katholische Wochenzeitung ,,New Nation'' für drei Monate verboten. ,,New Nation''-Chefredakteur Z. Sisulu sitzt seit 1986 in Isolationshaft. Anfang Mai wurde auch das Kapstädter Blatt ,,South'' für drei Monate geschlossen.

● Gegenüber der Befreiungsbewegung ANC verfolgt das Botha-Regime eine mörderische Strategie der Abschreckung. Am 29. März '88 erschoß ein Killerkommando in Paris die ANC-Repräsentantin in Frankreich Dulcie September. Kaum zweifelhaft: der Auftrag kam aus Pretoria. Einen Tag zuvor hatte eine südafrikanische Sondereinheit die Grenze zu Botswana über-

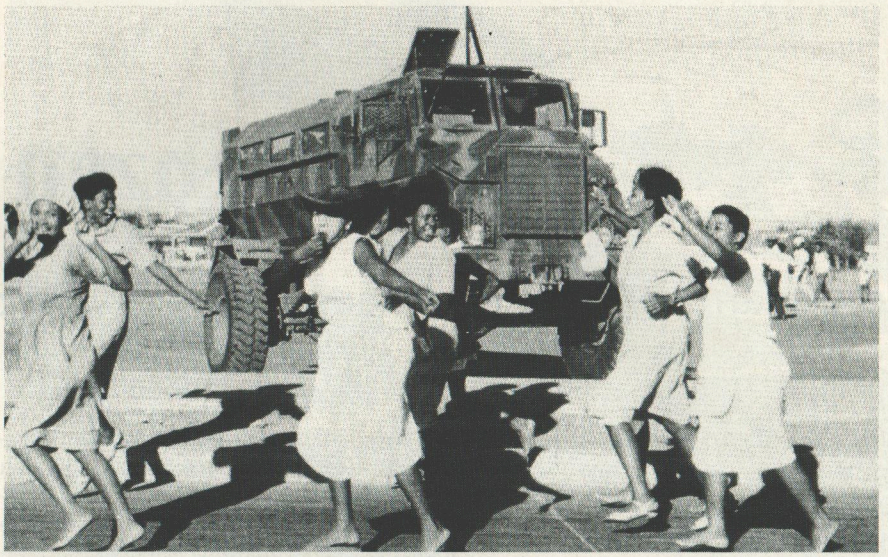
schritten und in einem Vorort der Hauptstadt Gabarone drei Frauen aus Botswana und einen südafrikanischen Flüchtling erschossen — nach Angaben Südafrikas ,,ANC-Guerrillas''. Am 7. April wurde der weiße Rechtsanwalt und ANC-Mitglied Albie Sachs in seinem mosambikanischen Exil durch eine Autobombe schwer verletzt. Das ist die Antwort Pretorias auf die wachsende internationale Anerkennung des ANC: Seine Killer tragen einen ,,schmutzigen Krieg'' in die Länder, die dem ANC Gastrecht gewähren.

In Südafrika haben die Guerilla-Aktivitäten deutlich zugenommen. Während ,,Umkhonto we Siszwe'', der militärische Flügel des ANC, bis Mitte der 80er Jahre eher mit vereinzelten aber spektakulären Aktionen von sich reden machte, registrieren die Südafrikaner heute fast täglich Anschläge gegen Einrichtungen von Armee und Polizei oder der Infrastruktur. Anscheinend kommt jetzt südafrikanischen Richtern die Aufgabe zu, mit willkürlichen Todesurteilen die schwarze Militanz einzudämmen. Wie im Fall der ,,Sharpeville Six'' droht gegenwärtig auch 25 Schwarzen aus der Township Upington der Galgen wegen der Ermordung eines Polizisten. In beiden Verfahren hatte das Gericht gar nicht mehr den Anspruch, eine direkte Tatbeteiligung nachzuweisen. Die Beteiligung an einer militanten Demonstration reichte schon für die Todesurteile.

● Am gefährlichsten könnte die neue Repressionswelle für den jungen, aber unter den schwierigen Bedingungen des Ausnahmezustandes noch längst nicht konsolidierten Gewerkschaftsverband COSATU werden. COSATU zählt heute 800.000 Mitglieder und erhält vor allem durch seine Kampagne für Mindestlöhne von 950 Rand großen Zulauf. Die meisten schwarzen Arbeiter ,,leben'' von Monatslöhnen, die selten höher als 500 - 600 Rand liegen.

Der Generalstreik anläßlich der weißen Parlamentswahlen am 5./6. Mai 87 und der dreiwöchige Ausstand von 300.000 Kumpeln in den Gold- und Kohle-Minen im September 87 sind zu ernsthaften Machtproben mit Staat und Unternehmern geworden. Südafrikas Industrie hat 1987 5,8 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren, errechnete das Arbeitsministerium. Wohl zum ersten Mal in der nun 40-jährigen Geschichte des Apartheid-Staates haben auch die weißen Rassisten gespürt, daß die schwarze Arbeiterklasse dem System des rassistischen Kapitalismus das Rückgrat brechen könnte.

Der nun von der Regierung vorbereitete ,,Gesetzentwurf zur Änderung des Arbeitsgesetzes'' bedroht die erst vor zehn Jahren zugelassenen unabhängigen und nicht-rassistischen Gewerkschaften in ihrer Existenz. Die ohnehin begrenzten



Möglichkeiten für legale Streiks werden drastisch eingeschränkt. Gewerkschaftsführer sollen künftig für Schäden aus ,,unrechtmäßigen'' Streiks persönlich haften. Nach dem neuen Gesetz können sich Gewerkschaften kaum noch gegen ,,unfaire Entlassungen'' wehren. Die weißen Unternehmerverbände haben zwar teilweise ,,Bedenken'' gegen die Gesetzesvorlage geäußert, verhalten sich aber insgesamt eher abwartend. Zwar hatte die Regierung 1979 überhaupt erst auf Drängen der Unternehmer einigermaßen geregelte Arbeitsbeziehungen eingeführt — durchaus als soziales Ventil für revolutionäre Stimmungen. Doch gerade in den letzten zwei Jahren konnten viele Unternehmen im Windschatten der staatlichen Repression erfolgreich Lohnforderungen abwehren. So mag das neue Gesetz auch dem in Südafrika tendenziell ,,aufgeklärten'' Unternehmertum nicht ungelegen kommen.

Der dreitägige Generalstreik von fast zwei Millionen schwarzen ArbeiterInnen vom 6. bis 8. Juni zeigt jedoch, daß sich Südafrikas Gewerkschaften nicht freiwillig an die Leine legen lassen. Angesichts der Bedrohung durch das neue Gesetz, das noch in dieser Sessionsperiode des Parlaments beschlossen werden soll, haben sich die beiden großen Dachverbände COSATU und NACTU erstmals auf gemeinsame Aktionen einigen können (diese waren bisher an unterschiedlichen Positionen zur Freiheitscharta des ANC gescheitert). Die aktuelle Bereitschaft der COSATU-Führung zu gemeinsamen Aktionen mit der NACTU gegen das neue Streikgesetz deutet langfristig möglicherweise auf eine größere Bereitschaft hin, auch andere Positionen in einer gewerkschaftlichen Aktionseinheit zu akzeptieren, um so die Schlagkraft zu erhöhen. In der Bundesrepublik sind jetzt vor allem Solidarität mit den südafrikanischen Gewerkschaften und wirksame Boykott-Beschlüsse gefordert.

Freiheit für Nelson Mandela!

Am 18. Juli 1988 wird Nelson Mandela, der Führer der südafrikanischen Befreiungsbewegung ,,Afrikanischer Nationalkongreß'' (ANC), 70 Jahre alt. Er wurde 1964 zu lebenslanger Haft verurteilt. In der ganzen Welt ist Nelson Mandela zum Symbol für den Befreiungskampf des südafrikanischen Volkes gegen Rassendiskriminierung und Unterdrückung geworden. Mit ihm sind Tausende politischer Gefangener in südafrikanischen und namibischen Gefängnissen eingekerkert. Wir fordern die sofortige und bedingungslose Freilassung Nelson Mandelas und aller anderen politischen Gefangenen in Südafrika und dem besetzten Namibia!

Als Geburtstagsgeschenk für Nelson Mandela bitten wir um Spenden für das Projekt ,,Freiheitssender Nelson Mandela'' (Radio Freedom, ANC).

Kto.-Nr. 101 989 4500 Bank für Gemeinwirtschaft Bonn (BLZ 380 10 111) oder
Kto.-Nr. 12979-501 PGA Köln, Anti-Apartheid-Bewegung, Stichwort ,,Mandela-Sender''

Hubertus Knabe

Die Grenzen der Reform

In Ungarn versucht eine neue Parteiführung die Quadratur des Kreises

Vor 30 Jahren wurde Imre Nagy, ungarischer Ministerpräsident während des Aufstandes 1956, von Kádár ermordet. Sein tragisches Schicksal schwebt heute wie ein Schatten über der neuen ungarischen Parteiführung. Zum ersten Mal konnte eine Gedenkdemonstration stattfinden. Die Neubewertung der jüngeren Vergangenheit ist nicht die leichteste der Aufgaben, die die Reformkräfte in Ungarn vor sich haben.

Die Geschichte, das zeigt die gegenwärtige Entwicklung in Osteuropa, läßt sich nicht verdrängen, sondern holt die Mächtigen, wenn auch spät, aber mit beinahe tödlicher Sicherheit ein. Spätestens dann nämlich, wenn ein diktatorisches Regime zu Lockerungen gezwungen ist, setzt die kollektive Erinnerung an jene Toten ein, auf denen das mittlerweile unter dem Zwang der Verhältnisse reformwillig gewordene System errichtet wurde. So geschah es nach dem Tode Stalins, so ergeht es derzeit der Sowjetunion, so widerfährt es gegenwärtig auch der Volksrepublik Ungarn.

30 Jahre ist es her, daß in einem zugigen Gefängnishof von Budapest der ungarische Ministerpräsident Imre Nagy auf Geheiß der sowjetischen Führung erhängt wurde. Nagy war am 24. Oktober 1956 von der sowjetischen KP-Führung zum neuen ungarischen Regierungschef berufen worden, um einem in der Nacht zuvor ausgebrochenen Aufstand die Spitze zu nehmen. Als Nagy jedoch den Forderungen der Bevölkerung nach Einführung eines Mehrparteiensystems und Austritt aus dem Warschauer Pakt nachgab, intervenierte die Rote Armee in Ungarn. Imre Nagy und seine Mitstreiter wurden verhaftet, nachdem sie einer Zusage auf freies Geleit Glauben schenkten und die jugoslawische Botschaft verließen, in der sie zuvor um Asyl gebeten hatten. Nach vergeblichen Versuchen, ihn in der Haft zur Selbstkritik und zum Überlaufen zu bewegen, griff man schließlich zum Strick.

Das tragische Schicksal dieses im Westen fast vergessenen Mannes erhebt sich heute wie ein Schatten über der ungarischen Politik, nachdem dieser in Ungarn jahrzehntelang als „Konterrevolutionär" gebrandmarkt und bis zum heutigen Tag nicht einmal bekanntgegeben wurde, wo seine sterblichen Überreste begraben liegen. Erstmals seit 30 Jahren versammelten sich ungarische Oppositionelle und ehemalige Sechsundfünfziger Mitte Juni am Jahrestag seiner Hinrichtung in Budapest, um für die Rehabilitierung des Volksaufstandes und seines Ministerpräsidenten zu demonstrieren. Während in der Vergangenheit jede Form des Gedenkens schon im Keim erstickt wurde, tolerierte die ungarische Führung diesmal den Umzug von einigen hundert Demonstranten, um dann umso brutaler zuzuschlagen, als führende Oppositionelle sich anschickten, öffentlich Reden zu halten. In der ungarischen Partei herrscht offensichtlich Unsicherheit und Uneinigkeit, wie man mit dem toten Ministerpräsidenten verfahren soll, der inzwischen als „Reformer" gelten würde, weil seine Politik in weiten Teilen nur das vorwegnahm, was in Ungarn heute landauf landab diskutiert wird oder bereits Wirklichkeit wurde.

Das Erbe Imre Nagys neu zu bewerten ist nur eine der Aufgaben, in deren Angesicht die neue ungarische Führung rasch

> In Ungarn wurde vorweggenommen, was heute in der Sowjetunion versucht wird.

an die Grenzen ihrer politischen Möglichkeiten gestoßen wird, nachdem die Reformkräfte sich auf einer Parteikonferenz Ende Mai auf breiter Front durchsetzen konnten. Zwar wurde in Ungarn schon mancher hingerichtete Politiker unter veränderten politischen Vorzeichen rehabilitiert und prunkvoll bestattet, doch basiert die Macht der herrschenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) nach offizieller Leseart immer noch auf dem Sieg über die „Konterrevolution" von 1956, die durch die „Revisionisten" um Imre Nagy und die stalinistische Parteiführung ermöglicht wurde. Eine Änderung dieses Standpunktes würde zwangsläufig zum Eingeständnis führen, daß die heutige Führung in ihrer Macht durch nichts als durch die Panzer der Roten Armee legitimiert ist — nicht anders als die Führung der CSSR. Und würde man Imre Nagy rehabilitieren, müßte man bald auch über die anderen unter János Kádár hingerichteten Aufständischen neu urteilen und schließlich auch über die Opfer der Gleichschaltung des politischen Lebens nach dem Krieg.

Garant, daß solche Fragen nicht auf die politische Tagesordnung gesetzt wurden, war bis zum 23. Mai 1988 der nunmehr auf ein Ehrenamt abgeschobene Parteichef János Kádár, der nach der Niederschlagung des Aufstandes von 1956 im Auftrag der Sowjetunion die Macht in Ungarn übernommen hatte. Er führte das Land nach den Jahren der blutigen Vergeltung und der ,,Konsolidierung'' durch vorsichtige Reformen auf einen Weg, der Ungarn den Ruf einbrachte, die ,,lustigste Baracke im Lager'' zu sein.

Der Kadarismus, wie der ungarische Sozialismus bald genannt wurde, war ein System, das in vielerlei Hinsicht das vorwegnahm, was heute in der Sowjetunion versucht wird: Zaghafter Abbau der staatlichen Kommandowirtschaft, vorsichtige Liberalisierung in Kultur und Politik, Anerkennung der Konsumbedürfnisse der Bevölkerung und Respektierung ihrer Privatsphäre, Verringerung der Kluft zwischen Staat und Gesellschaft bei gleichzeitiger Wachsamkeit der wichtigsten Herrschaftssäulen Polizei, Militär, Partei. Eine Zeitlang schien es so, als tauge dieses System zur Lösung der grundlegenden Probleme des Sozialismus, ohne das Machtmonopol der Partei in Gefahr zu ziehen — die Wirtschaft prosperierte, die Bevölkerung wurde zufriedener, János Kádár, so wagten manche zu behaupten, würde sogar bei freien Wahlen bestehen.

Spätestens seit Anfang der 80er Jahre jedoch begann das ,,kommunistische Wunderland'' an Glanz zu verlieren. Der gewachsene Wohlstand war nicht im Lande selber erwirtschaftet, sondern mit westlichen Krediten erworben worden. Die ungarische Volkswirtschaft erwies sich als unfähig, sich den verschlechterten Außenhandelsbeziehungen anzupassen. Verschuldung und Haushaltsdefizit stiegen ins Unermeßliche, so daß die ungarische Führung zu einer Austeritätspolitik Zuflucht nehmen mußte, die Armut und soziale Spannungen zur Folge hatte. Die Dankbarkeit der Ungarn für die kleinen Freiheiten des Kadarismus schwand ebenso wie die Überzeugungskraft der vollmundigen Reformrethorik, die von der Praxis immer wieder ad absurdum geführt wurde. Als mit dem Machtantritt von Mihail Gorbatschow auch der jahrzehntelang strapazierte Hinweis nicht mehr stach, daß Moskau entschiedenere Reformen in Ungarn verhindere, erschien János Kádár selber mehr und mehr als Bremser von Veränderungen.

In einer Welle der Unzufriedenheit mit der Untätigkeit der Führung gegenüber den schweren wirtschaftlichen und sozialen Problemen Ungarns kam es Ende Mai zu einem Führungswechsel, an den Eingeweihte bis zuletzt nicht glauben mochten. Als eine Erklärung des Zentralkomitees erstmals auf allen Ebenen der Partei

Ungarnaufstand 1956

als völlig unzureichend kritisiert worden war, nutzte der dynamische Regierungschef Károly Grósz die Gunst der Stunde und ließ sich zum Parteichef wählen, nachdem er zuvor mit seinem Rücktritt gedroht hatte. Auch Politbüro und ZK wurden vollkommen umbesetzt, so daß an einem einzigen Wochenende gleichsam eine ganze Epoche zu Ende ging — so friedlich, so unblutig wie kaum eine andere zuvor in Ungarn. Mit der Entmachtung des Namensgebers dieser Epoche, der wie vor ihm Kaiser Franz Joseph oder Reichsverweser Miklós von Horthy zum Übervater seines eigenen Systems geworden war, ist, so hoffen viele, der Weg frei geworden für eine neue Politik, deren Erfolg oder Mißerfolg für Osteuropa von schicksalshafter Bedeutung ist.

Das Scheitern János Kádárs und seiner Politik begrenzter Reformen muß all jene, die mit Blick auf die Sowjetunion ihre Hoffnungen auf einen reformierten Sozialismus richten, nachdenklich stimmen. Kleinere Korrekturen am Wirtschaftsmechanismus und ein liberaler Gestus können offensichtlich nicht das Grundproblem des Sozialismus lösen — die Unfähigkeit, die gesellschaftlichen Kräfte in Produktion und Reproduktion zu mobilisieren und effektiv zu nutzen. Die Erfahrung Ungarns lehrt, daß es unmöglich ist, den Kapitalismus gleichsam scheibchenweise einzuführen bei Beibehaltung des Herrschaftsmonopols der Partei. Der Wettbewerb mit den hochentwickelten westlichen Industriestaaten ist auf lange Sicht nur zu bestehen, wenn das wirtschaftliche und das politische System plural gestaltet sind.

Satz für Satz

Beim Verlag 2000 setzt es was: Für das Sozialistische Büro werden jetzt die Periodika ,,links'', ,,express'' und ,,Widersprüche'' sowie andere Veröffentlichungen mit Fotosatz hergestellt.

Kapazitäten. . .

. . . haben wir noch frei. Wer also einen selbstverwalteten Betrieb und ein politisches Projekt — das SB — für unterstützenswert hält, sollte einmal nachfragen, ob wir uns für ihn/sie auf die Hinterbeine **setzen** wollen.

Zuverlässig. . .

. . . sind wir sowieso und auch unseren

Preis wert.

Anfragen:
Satz Verlag 2000,
Frau Marion Michell,
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel.: 069/88 50 06

Ungarn

— das ist für viele gleichbedeutend mit Pußta, Paprika und Salami, mit Plattensee, Zigeunerromantik und dem sympathischen Schlendrian der untergegangenen K.u.K. Monarchie. Die Wirklichkeit hat diese Mythen längst ad absurdum geführt. Das kleinste Land im Warschauer Pakt geht einen eigenartigen Weg zwischen Sozialismus und ungarischem laissez-faire, der eine Welt voller Kontraste, Spannung und zuweilen auch Tragik eröffnet hat. Es ist eine Reise mit der Zeitmaschine in ein Land, dessen Sprache niemand in Europa versteht und das lange Zeit als die fröhlichste Baracke im Lager galt. Auf kleinstem Raum haben sich hier bürokratischer Sozialismus, kapitalistische Urgesellschaft und die Traditionen einer national gesinnten Agrargesellschaft zu einer bizarren Synthese verbunden.

Anders reisen: Ungarn zeigt den Donaustaat von einer Seite, die den meisten Touristen und Besuchern verborgen bleibt. Ein Leseteil zu Geschichte, Politik und Kultur eröffnet den Zugang zu einem Land, das sich oftmals verloren vorkommt in Europa und das doch eine Brücke zwischen Ost und West ist. Ein Reiseteil gibt Einblicke in unbekannte Regionen und berichtet in einem umfangreichen Sonderteil über Alltag, Verborgenes und Faszination der heimlichen Hauptstadt Mitteleuropas: Budapest. Ein Serviceteil bietet alles für's praktische Überleben, Kontakte und Konsum.

rororo 175843, 13,80 DM

NICARAGUA

KAROLA-BLOCH-BRIGADEN FÜR NICARAGUA

Eine Sonderausgabe des Tübinger Stadtmagazins TÜTE

Mit Beiträgen von Karola Bloch, Gerhard Zwerenz, Norbert Greinacher, Ernesto Cardenal, Rose Gauger, Roberto Fernandez Retamar (Kuba), Xavier Chamorro ('El Nuevo Diario', Managua).

Vor allem aber mit Berichten und Erfahrungen aus der Arbeit der KAROLA-BLOCH-BRIGADEN in Nicaragua und des Zentralamerika-Komitees Tübingen.

Die Sonderausgabe ist zum Preis von 9 DM erhältlich an unseren Verkaufsstellen oder direkt bei: Stadtmagazin TÜTE, z.Hd.v. Welf Schröter, Rümelinstr. 8, 7400 Tübingen gegen Überweisung von 9,00 DM zzgl. 1,50 DM Porto auf das Konto Volksbank Tübingen 55941001 BLZ 641 901 10.

TÜTE
TÜBINGER TERMINE

Die Reformkräfte in Ungarn, die ihre Position in Zentralkomitee und Politbüro deutlich ausbauen konnten, haben diesen Zusammenhang in letzter Zeit mit wachsender Deutlichkeit akzentuiert. Die politischen Reformen stehen nun ganz oben auf der Prioritätenliste und werden, wenn sie konsequent verwirklicht werden, das Gesicht des Sozialismus nachhaltig verändern. Es wird unabhängige Vereine und Interessengruppen geben, es wird eine Verwaltungsgerichtsbarkeit geben, die Partei selber wird demokratisiert. Die ungarische Gesellschaft wird beginnen, sich selbst zu organisieren, so wie sie es in den vergangenen Monaten mit der Gründung einer unabhängigen Wissenschaftlergewerkschaft und eines autonomen Jugendverbandes schon vorgemacht hat. Weil sich die Regierung gleichzeitig gezwungen sieht, ihren wirtschaftlichen Sparkurs zu verschärfen, sind auch Streiks und soziale Kämpfe nicht mehr ausgeschlossen.

Die Grundfrage nach der Reformierbarkeit des Sozialismus ist aber auch durch einen solchen „Budapester Frühling" noch nicht beantwortet. Sollte es denn überhaupt dazu kommen, findet die eigentliche Feuertaufe erst dann statt, wenn die Partei ihre Vorherrschaft abgeben und sich als Konsequenz einer echten Reformpolitik zusammen mit anderen Parteien freien Wahlen stellen soll. Das eigentliche Problem aller Reformen in Osteuropa — die Selbstentmachtung der Partei — wird jedoch in Ungarn auf immense Widerstände stoßen, und es ist nicht anzunehmen, daß diese von inneren und äußeren Gegnern unbehelligt vonstatten geht. Der neue Parteichef Károly Grósz ist nicht zuletzt deshalb zum Nachfolger János Kádárs bestimmt worden, weil er in der Frage der führenden Rolle der Partei von Reformen nichts wissen will.

Der erste Test, ob es unter der neugewählten Parteiführung zu einer grundlegenden innenpolitischen Wende kommen wird, ist durch Polizeieinsätze gegen die Demonstrationen für eine Rehabilitierung Imre Nagys negativ ausgegangen. Befangen in dem Widerspruch zwischen dem Beharrungswillen der Partei und der Notwendigkeit von Veränderungen, hat sich die Führung wieder einmal für das halbherzige Lavieren zwischen den Polen entschieden. Zwar ist abzusehen, daß bei einem Fortgang des Reformprozesses auch diese Abwehrstellung gegen die Erneuerung irgendwann fallen wird, doch an anderer Stelle werden sich neue, schwerwiegendere, in den Weg stellen.

Der zweite Test wird in der Wirtschaftspolitik stattfinden, denn die dezentrale Staatswirtschaft Ungarns gilt heute als hauptverantwortlich für die ökonomische Krise. Unrentable Betriebe müßten geschlossen werden, Unternehmensmonopole zerschlagen, der „weiche", künstliche RGW-Markt auf die harten Gesetze der Konkurrenzwirtschaft umgestellt werden. Die Folge wären Arbeitslosigkeit, zusätzliche soziale Härten und ein Ende des bequemen Wirtschaftens für die Betriebsleiter in praktisch konkurrenzlosen, staatlich subventionierten Unternehmen. Längst vertreten ungarische Wirtschaftswissenschaftler die Meinung, daß der Schlüssel für industrielle Produktivität nicht im technischen know-how, sondern in der Eigentumsfrage liegt.

Innerhalb des östlichen Lagers steuert Ungarn damit wie ein Minenspürhund auf die Grenzen sozialistischer Reformpolitik zu. Wenn die Parteiherrschaft einem pluralen politischen System Platz machen soll und die Wirtschaft nur durch privaten Wettbewerb dem internationalen Produktivitätsdruck standhalten kann, dann bleibt vom Sozialismus in der Tat nicht mehr viel übrig. Spätestens in einer solchen Situation werden die Kräfte der Restauration das Ruder zurückzuwerfen suchen. Gelingt ihnen dies nicht, könnte der Sozialismus sowjetischer Prägung eines Tages vielleicht nur noch als unverständlicher und schmerzhafter Umweg der Geschichte im Gedächtnis der Menschheit zurückbleiben.

Bruno Schoch

Powerplay und Politpoker

François Mitterand und das Ende der V. Republik

Entgegen den gängigen Kommentaren zum Ausgang der französischen Parlamentswahlen ist das politische Kalkül von Mitterrand meines Erachtens nicht gescheitert, vielmehr aufgegangen. Mit Hilfe der Institutionen der V. Republik hebelt er deren politische Polarisierungslogik aus, um so etwas wie eine sozialdemokratische Mitte zur Modernisierung Frankreichs zustande zu bringen.

„Auf der Piazza denkt man anders als im Palazzo." So formulierte einst einer, der es wissen mußte, hatte er doch im Palazzo des „ersten modernen Staates der Welt" (Jakob Burckhardt), in der Republik Florenz, intime Einblicke in die Spielregeln von Macht und Herrschaft gewonnen: Niccolò Machiavelli. Im folgenden kommt die Piazza zu kurz. Die Aufmerksamkeit wird einseitig auf die politische Logik des Palastes gerichtet, gewiß nur ein Aspekt des politischen Lebens, wenn auch ein wichtiger. Und die Reduktion geschieht nicht ohne Grund. In unzähligen Kommentaren ist François Mitterrand, der alte und neue Staatspräsident Frankreichs, mit Machiavelli verglichen worden. Der gewiefte Taktiker, der Fuchs, der mit allen Wassern gewaschene Fürst, oder schlicht der Florentiner — so lauteten die Charakterisierungen. Und wie im landläufigen Reden von „Machiavellismus" nicht nur der Abscheu vor der radikalen Skruppellosigkeit des kalten Machtstrategen enthalten ist, sondern meist auch insgeheim Respekt vor dem Erfolg mitschwingt, so bildete auch in den meisten Kommentaren zu Mitterrand Kritik und — offene oder zumindest heimliche — Faszination eine seltsame *mélange*.

Und doch blieb der Vergleich journalistische Oberfläche. Mitterrands *powerplay* und seine politischen Intentionen sind kaum auf den wirklich machiavellistischen Aspekt befragt worden. Schon Machiavelli selbst war kein Machiavellist im gängigen, heruntergekommenen Sinn und konnte wenig dafür, daß seine politische Lehre auf das platte Schlagwort reduziert wurde, der Erfolg an sich, die Macht, heilige alle Mittel. Ihm selbst waren Freiheit, Sicherheit und Wohlergehen der Bürger niemals gleichgültig: er war ein überzeugter Republikaner.

Das gilt mutatis mutandis auch für den französischen Republikaner Mitterrand. Er kam aus der antifaschistischen *résistance*, ihre Ideale führten ihn auch zur hartnäckigen Opposition gegen De Gaulles Autoritarismus und die V. Republik. Dann führte er die zerfaserte und geschwächte nichtkommunistische Linke in der *parti socialiste* zusammen, wozu offenbar kein anderer, genuin linker oder gar marxistischer Politiker imstande war. Der den Idealen der französischen Revolution verpflichtete Politiker gelangte mithin aus recht pragmatischen und taktischen Gründen zu sozialistischer Programmatik und Partei. Mit allen Ambivalenzen des spezifisch französischen Republikaner-Sozialismus, die schon ein Karl Marx kritisiert hat. Diejenigen, die hierzulande glaubten, den Mehrfach-Minister der IV. Republik als radikalen Sozialisten feiern zu müssen, weil er ihnen zur hiesigen Sozialdemokratie, zumal unter Helmut Schmidt, eine schöne Alternative zu verkörpern schien, huldigten jener Art Internationalismus, der eigene Hoffnungen und Utopien auf andere projiziert. Das Verständnis der Politik Frankreichs und der schillernden Figur des heutigen Präsidenten versperrten sie sich dadurch freilich selber.

Ohne die soziale Macht bleibt nur der Palazzo

Daraus, daß Mitterrand dann, als die *union de gauche* an die Macht gekommen war, das meiste seiner zuvor vollmundigen Programmatik wieder fallen ließ, folgt jedoch nicht zwangsläufig, ihm sei *jeder* politische Inhalt egal, er werde einzig und allein von der Lust auf Amt und Macht umgetrieben. Das insinuieren offenbar viele. Wie sonst hätte der Tenor der meisten Kommentatoren nun nach den Parlamentswahlen sein können, Mitterrand habe die Rechnung ohne den Wirt gemacht, Frankreichs Wählerschaft habe seine taktischen Winkelzüge und Finessen durchschaut und durchkreuzt und ihn, den sie kurz zuvor mit 54 Prozent triumphal wiedergewählt hatten, bei den Parlamentswahlen regelrecht desavouiert?

Ein Fehlurteil stellt meines Erachtens der Artikel in der letzten „links" von Felix Schneider dar. Mehr noch, er hat einen kapitalen Bock geschossen, mit der Einschätzung, der seit 1984 erfolgte Auf-

schwung von Le Pens faschistischer Nationaler Front sei wahrscheinlich erst durch deren Einbindung in die Regierungsverantwortung zu stoppen. Ist dies denn die Möglichkeit? Nach all den Ankündigungen aus herrschenden und regierenden Kreisen am Ende der Weimarer Republik, Hitler und die Nazis durch Regierungsbeteiligung zu stoppen — mit dem bekannten Erfolg, nun in ,,links" ein solches Rezept? Abgesehen davon scheint mir auch der Aufschwung der *front national* falsch eingeschätzt. Nicht zuletzt war er nämlich ,,der Effekt Le Pen", um Schneiders Formulierung aus Lothar Baiers lesenswertem und informativem neuen Frankreichbuch noch einmal aufzugreifen, auch in einem ganz wörtlichen Sinne: als kalkulierte Wirkung von Mitterrands politisch höchst riskantem Pokerspiel.

Erst beschleunigte Mitterrand durch Umarmung den Niedergang des französischen Parteikommunismus — was ihm freilich nur gelang, weil dessen Parteiführung alles in ihren Kräften stehende dazu beitrug. Dann verhalf er mit Hilfe des neu eingeführten *Verhältniswahlrechts* der reaktionären Rechten zum parlamentarischen Erfolg. Unter der politisch sichtbaren Oberfläche hatte es sie in der französischen Nachkriegsgesellschaft immer schon gegeben. Erinnert sei nur an die Bombenleger aus der Zeit des Algerienkrieges, an den Poujadismus, oder an verbreitete Formen des ganz gewöhnlichen, tagtäglichen Rassismus, wenn Einwanderer aus den ehemaligen französischen Kolonien zusammengeschlagen oder kurzerhand über den Haufen geschossen wurden. Neu war nun, daß das Verhältniswahlrecht gestattete, daß Le Pen diese finsteren Traditionen, die sich angesichts anhaltender Massenarbeitslosigkeit gewiß noch verstärkten, zur parlamentarisch-politischen Artikulation bündelte: ,,Der Effekt Le Pen". Daß dabei schlafende Hunde des Chauvinismus geweckt und alte kolonialistisch-rassistische Ressentiments forciert wurden, nahm Mitterrand kaltblütig in Kauf. Ein gefährliches Vabanque-Spiel. Und doch scheint es jetzt aufzugehen. Zuerst wurde Mitterrand, der schon seinen ersten Sieg vor sieben Jahren mehr der Uneinigkeit der Gegner denn der Stärke der Linken verdankte, wieder gewählt. ,,Der Effekt Le Pen" hatte die politische Spaltung im bürgerlichen Lager vertieft.

Und nun folgt der zweite Streich. Da die soziale und elektorale Basis der Linken zu schwach ist (wozu sie selbst seit 1981 allerhand getan hat), um allein regieren zu können, und man zugleich der lähmenden *cohabitation* mit dem rechten Chirac überdrüssig war, versucht man's nun mit der ,,Öffnung" zur bürgerlichen Mitte. Mitterrand und sein populärer innerparteilicher Konkurrent Michel Rocard, den der Chef nun endlich zum Zuge kommen läßt, bieten Politikern und politischen Gruppierungen aus dem bürgerlichen Parteienkartell UDF eine Koalition an. Der stärkere Partner wären dabei immer, anders als in der *cohabitation*, die Sozialisten. Als sich niemand so recht darauf verstehen mochte, auf die Offerte Mitterrands und Rocards sofort einzugehen, obwohl es allem Anschein nach genug Absprungbereite gibt, verordnete der Präsident die Auflösung des Parlaments und vorgezogene Neuwahlen. Und nun entpuppte sich das *Mehrheitswahlrecht*, zu dem die bürgerliche Mehrheit 1986 umgehend wieder zurückgekehrt war, für sie als der Strick, an dem sie von Mitterrand gewürgt wurden. ,,Der Effekt Le Pen" heißt auch, daß liberale und antifaschistische Politiker sich auf ihre republikanischen Tugenden besannen. Unvorstellbar, um das wohl drastischste Beispiel anzuführen, daß eine Simone Veil, die der nationalsozialistischen Vernichtungsmaschinerie entronnen ist, sich mit einem Le Pen gemein machte, der die Nazi-Gaskammern zum nebensächlichen ,,point de détail" des Zweiten Weltkriegs erklärte. Für aufgeklärte liberale Politiker war also das Liebäugeln mit Le Pen ausgeschlossen, damit aber reichte es eben nicht mehr zur Mehrheit *gegen* die Linke. Und nun bleibt ihnen nur, die Wahl mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten. Deren Bereitschaft ist durch den knappen Wahlausgang gewiß verstärkt worden, immerhin haben sie mit vierzig Prozent der Stimmen fast skandinavische Größe.

Die Trennung der Zentrumspartei aus dem Fraktionsverbund UDF, aber auch andere Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bemühungen Rocards um eine Mitte-Links-Koalition durchaus Aussichten auf Erfolg haben. Erstmals seit den Tagen der III. Republik zeichnet sich so in Frankreich wieder eine Tendenz zur Stärkung der politischen Mitte ab. Und sie könnte die dringend nötige Modernisierung des Landes zwar nicht mit ,,Brüderlichkeit" oder sozialer Gerechtigkeit verbinden, aber immerhin sozial abfedern. Das ist wenig, und dennoch für die Betroffenen mehr als nichts.

Mit den Institutionen der V. Republik hätte Mitterrand somit das Kunststück fertiggebracht, deren eigentümliche, von De Gaulle einst gegen KPF und die Linke insgesamt durchaus beabsichtigte *Polarisierungslogik* (man erinnere sich an das Umkippen der Stimmung nach dem Mai '68, die seinerzeit nach einem wochenlangen Triumph aller Kräfte der Veränderung denen der Beharrung eine stolze parlamentarische Mehrheit verschaffte!) aufzubrechen und sie in ihr Gegenteil zu verkehren. Nämlich in die Stärkung der politischen Mitte. Daraus könnten dann auf mittlere Sicht die Faschisten Le Pens wirklich, nicht nur durch's parlamentarische Reglement, geschwächt hervorgehen. Frankreich brauche dazu, schrieb Felix Schneider, ,,soziale Strukturen, in denen sich soziale Konflikte ausleben können." D'accord. Aber wer soll sie denn schaffen, wenn den linken Parteien die gesellschaftliche Verankerung fehlt? Die Sozialisten sind eine Lehrerpartei (und etwas mehr als eine ordentliche Lehrerkonferenz ist schon nötig, um Frankreich zu regieren, geschweige denn es zu verändern); die KPF hat sich zu einer Art französischer AfA (Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen) heruntergewirtschaftet.

Ohne die soziale Macht, dem Rechtsradikalismus auf der Piazza entgegenzutreten, bleibt nur der Palazzo. Ausgebuffte taktische Winkelzüge, hinterhältige Tricks und Wahlrechtsmanipulationen, sogar die Produktion des ,,Effektes Le Pen" — ein äußerst riskantes Pokerspiel. Und doch kann das politische Resultat dieser Schachzüge und Ränke, nämlich die Stärkung einer Art sozial-liberaler Mitte, angesichts der bestehenden Kräfteverhältnisse dem Wohl der Franzosen durchaus dienlich werden. Ganz gewiß bekämpft Mitterrand Le Pen besser als unbedachte Vorschläge in der ,,links".

Richard Lorenz

Das armenische Problem

Zum historischen Schicksal eines kaukasischen Volkes

Die sowjetrussische Armee steht immer noch in Berg Karabagh (FR v. 24.6.1988), um dort Frieden zwischen Aserbeidshani und Armeniern zu stiften. Noch im Dezember 1987, als die armenischen Demonstrationen begannen, stellten sich armenischer Nationalismus, Forderungen nach mehr Autonomie und perestrojka-Begeisterung als untrennbar miteinander verwoben dar. Die Interessenkonflikte, die sich dahinter verbargen, auch die zwischen den sowjetischen „Nationen", sind ohne einen Blick auf die Geschichte weder zu begreifen noch politisch zu beurteilen.

Die Armenier blicken auf eine lange und schwierige Geschichte zurück. Bereits im 6. Jahrhundert vor unserer Zeit hat dieses indoeuropäische Volk Vorderasiens auf dem Territorium des ehemaligen Urartu einen eigenen Staat gegründet und sich bald zu einem wichtigen Träger hellenistischer Zivilisation und Kultur entwickelt. Die armenische Kirche, die später eine so wichtige Rolle spielen sollte, ist die älteste christliche Kirche der Welt. Das Christentum wurde in Armenien schon im Jahre 301 — unter König Tiridates III. — Staatsreligion. Um diese Zeit wurde auch bereits mit dem Bau der Kathedrale von Etschmiadsin begonnen, die bis heute das religiöse Zentrum der armenischen Welt — innerhalb und außerhalb der Sowjetunion — bildet. Etwa ein Jahrhundert später entstand die armenische Schrift, und bald wurde auch die Bibel in die armenische Sprache übersetzt. Die armenische Kultur erreichte nun ihre erste Blüte.

In seiner weiteren Entwicklung sah sich Armenien immerfort äußeren Angriffen ausgesetzt: der Byzantiner, Perser und Araber, seit dem Mittelalter vor allem der Türken und der Mongolen. Die türkischen Seldschuken, die im 11. Jahrhundert nach Transkaukasien vordrangen, setzten der großen Zeit Armeniens ein Ende. Es folgten — unter fremder Herrschaft — Jahrhunderte wirtschaftlicher und kultureller Stagnation. Im 13. Jahrhundert erschienen die Mongolen, die die sich eben erst wieder entwickelnde Wirtschaft auf's neue zerstörten, große Teile der Bevölkerung ausrotteten und Armenien weit zurückwarfen. In ähnlicher Weise stürzten die Heerscharen Timurs (Tamerlans) das Land in Elend und Verzweiflung. Bald folgten die verheerenden Invasionen der turkmenischen Stämme, die auch ihre Kriege mit den osmanischen Heeren auf armenischem Territorium austrugen. Im 16. Jahrhundert geriet Armenien, das weiterhin Kriegsschauplatz blieb, unter persische und osmanische Herrschaft. Nur Siunik (Sangesur) und Karabagh vermochten sich auch weiterhin eine gewisse staatliche Unabhängigkeit zu bewahren.

Die Zeit der türkisch-persischen Herrschaft war eine Zeit nationaler Unterdrückung und wirtschaftlichen Niedergangs. Die armenischen Institutionen — mit Ausnahme der Kirche — wurden zerstört, die herrschenden Schichten und ihre Dynastie vernichtet, das ganze Volk in Sklaven verwandelt. Die fremden Völker, die Armenien — ebenso wie anderere transkaukasische Regionen — überfluteten und sich die besten Ländereien aneigneten, vermochten die einheimische Bevölkerung jedoch nicht zu assimilieren. Man lebte eng beieinander, aber vermischte sich nicht. Seßhafte und nomadische Lebensweise, christliche und islamische Religion, fortgeschrittene und rückständige Kultur trennten die Völker und Stämme. Es bildete sich keine innere Einheit und feste politische Verbindung zwischen ihnen heraus. Das armenische Volk aber hielt auch unter den schwierigen Bedingungen muslimischer Fremdherrschaft an seiner eigenen Sprache und Kultur, seinem christlichen Glauben und seiner Lebensweise fest. Die Literatur überdauerte im wesentlichen in den Klöstern. Die Kirche, die als einzige armenische Organisation die Zeit der Rechtlosigkeit überstand, wurde auf diese Weise auch zu einer politischen Institution. Ihr Oberhaupt, der Katholikos, repräsentierte die historische Tradition und nationale Kultur.

Auf die Dauer hinderte jedoch die politische Machtlosigkeit die Armenier nicht daran, sich auf wirtschaftlichem Gebiet aktiv zu betätigen. Zusammen mit den Griechen beherrschten sie bald den gesamten Handel des Osmanischen Reiches, das sie auf diese Weise auch mit der übrigen Welt verbanden. Damit entstand eine neue gesellschaftliche Differenzierung; es bildete sich eine armenische Bourgeoisie heraus, deren Einfluß in ganz Vorderasien zu spüren war. Die wirtschaftliche Aktivität bildete die Grundlage für ein neues armenisches Nationalbewußtsein, das besonders von der Kirche gefördert wurde. Mit dem beginnenden Zerfall des osmanischen Imperiums wurden bald auch politische Forderungen laut, die auf die Befreiung muslimischer Herrschaft abzielten. Israel Ori von Karabagh reiste an alle wichtigen Höfe Europas und schließlich auch nach St. Petersburg, um hierfür Hilfe

Aktuelle Dokumentationen der Kulturpolitischen Gesellschaft

Dokumentation 27
Kinder- und Jugendkultur
DIN A4, 190 S., DM 15,-.

Dokumentation 28
Kulturarbeit in Klein- und Mittelstädten
DIN A4, 125 S., DM 10,-.

Dokumentation 29
Kulturpädagogik — Zur Zukunft eines Berufsfeldes
DIN A5, 254 S., DM 14,-.

Dokumentation 30
Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik Gedenkschrift für Alfons Spielhoff
DIN A4, 240 S., DM 18,-.

Dokumentation 31
Kulturelles Wirken in einem anderen Land
DIN A4, 150 S., DM 14,-.

Dokumentation 32
Neue Kulturpolitik. Programmatik und Verbandseinfluß am Beispiel der Kulturpolitischen Gesellschaft
DIN A5, 320 S., DM 20,-.

Dokumentation 33
Ein Museum für die neunziger Jahre
DIN A4, 150 S., DM 15,-.

Die **Kulturpolitischen Mitteilungen** erscheinen vierteljährlich und b erichten über aktuelle Entwicklungen und Diskussionen in der Kulturpolitik.
DIN A4, ca. 50 S., DM 5,- (als Einzelheft)

Alle Publikationen sind zu beziehen über:
Kulturpolitische Gesellschaft
Stirnband 10, 5800 Hagen 1, Tel.: 02331/586553

zu erbitten. Ein — wenig erfolgreicher — persischer Feldzug des russischen Zaren 1722/23 ermöglichte es zumindest Karabagh und Siunik, ihre Unabhängigkeit zu stärken.

Anfang des 19. Jahrhunderts gelang es dem zaristischen Rußland schließlich, sich das östliche Armenien — darunter das Khanat Karabagh — anzugliedern. Damit begann eine neue Periode der armenischen Geschichte. Zwar war das eigentliche Ziel — die nationale Unabhängigkeit — nicht erreicht; Armenien war nun sogar dreigeteilt. Doch wurde das unter russischer Verwaltung stehende Ostarmenien nicht nur Zufluchtsort zahlreicher türkischer und persischer Armenier, sondern bald auch Ausgangspunkt einer modernen bürgerlichen Entwicklung, deren wirtschaftliche Basis ein ausgedehnter Handel bildete. Hier erfolgte auch eine intensive Rezeption der europäischen Kultur. In dem von muslimischer Herrschaft befreiten Katholikat von Etschmiadsin erblickten alle Armenier ihr geistiges Zentrum. Die politischen Überlegungen kreisten nun immer mehr um eine Armenische Autonomie im Rahmen des russischen Imperiums, dessen expansionistische Interessen in starkem Maße auf Ostanatolien zielten. So fand auch der Russisch-Türkische Krieg von 1877/78, der mit einem deutlichen russischen Sieg und der Annektion größerer von Armeniern besiedelter Territorien endete, in der armenischen Bevölkerung breite Unterstützung. Zwar zwangen die europäischen Großmächte Rußland auf dem Berliner Kongreß (1878), seine Truppen zurückzuziehen und auf einen Teil der annektierten Territorien zu verzichten. Es behielt jedoch Kars und Ardahan sowie — als Freihafen — Batum.

Der Berliner Vertrag, der die von Rußland zugunsten der Armenier angestrebte Reform unter die Aufsicht der europäischen Großmächte stellte, wurde zum Ausgangspunkt einer verhängnisvollen Entwicklung. Die imperialistischen Mächte waren weniger am Schicksal der Armenier interessiert als daran, ihre Interessen im zerfallenden Osmanischen Reich wahrzunehmen. Die „armenische Frage" diente ihnen vor allem dazu, sich in innertürkische Angelegenheiten einzumischen. Die Schuld daran aber gab die Hohe Pforte der armenischen Volksgruppe, deren Lage sich nun zusehends verschlechterte. So wurde das Schicksal der türkischen Armenier, das eben erst zum internationalen Problem geworden war, zum Dreh- und Angelpunkt einer armenischen Nationalbewegung, die zunehmend schärfere Konturen annahm. Da die Bemühungen, das Interesse der europäischen Regierungen auf das armenische Schicksal zu lenken, keine Erfolge zeitigten, griff man zum Mittel der Selbsthilfe. Es bildeten sich revolutionäre Parteien — vor allem die Föderation (Daschnakzutjun) — die für die nationale Selbstbefreiung kämpften und in der Bevölkerung breiten Widerhall fanden. In diesem Zusammenhang kam es zu ersten antitürkischen Aufständen. Die Basis derartiger Aufstände bildete Russisch-Armenien, von wo aus kleine bewaffnete Gruppen über die Grenze kamen. Dadurch verschärfte sich der Konflikt zwischen der armenischen und der muslimischen Bevölkerung. Schon Mitte der neunziger Jahre kam es zu einer Reihe — offensichtlich zentral gelenkter — Massenpogrome, wobei vielfach die Kurden als Werkzeug dienten. Auf Proteste des Auslandes reagierte man jeweils mit neuen Armeniermassakern. So zeichnete sich allmählich die türkische Strategie ab, das armenische Problem durch Vernichtung eines ganzen Volkes zu lösen. Angesichts der passiven Haltung der europäischen Mächte versuchten die Armenier, die Hohe Pforte durch verzweifelte Aktionen oder auch durch systematische Organisation des Widerstandes zu Reformen zu zwingen. Die Antwort waren immer neue Massaker. Während sich so der türkische Haß weiter steigerte, lebte das armenische Volk angesichts der anhalten-

den Pogromdrohung im Zustand permanenten Aufruhrs. Seine politische Kraft und Begabung erschöpfte sich in Verschwörungen und sinnlosen Gewaltaktionen, die nur immer neues Leid brachten. Auch unter dem jungtürkischen Regime, an das man anfangs große Hoffnungen knüpfte, erfolgte nur eine kurzfristige Besserung. Die bald wieder einsetzenden Pogrome waren nicht weniger grausam als diejenigen unter der Despotie. Je mehr sich das zerfallende Osmanische Reich bedroht fühlte, umso schwieriger wurde die Lage der Armenier. Nachdem die jungtürkische Führung zu der Überzeugung gelangt war, daß sich diese nicht für ihre pantürkischen Zielsetzungen einspannen ließen, setzte sie den ganzen noch funktionsfähigen osmanischen Staatsapparat gegen die armenische Volksgruppe ein. Im I. Weltkrieg kam es dann — unter dem Vorwand der armenischen Unterstützung für Rußland — zu jenem furchtbaren Massaker, das in der Literatur als der erste Völkermord im 20. Jahrhundert bezeichnet wird. Mehr als eine Million Armenier wurden umgebracht, viele Hunderttausende deportiert, vertrieben oder der Zwangsassimilation unterworfen.

Inzwischen hatten die türkisch-armenischen Auseinandersetzungen auch auf Rußland übergegriffen. Die Armenier, die in Transkaukasien Zuflucht suchten, stießen hier auf aserbaidshanische oder Aseri-Türken, die sich mit dem Osmanischen Reich verbunden fühlten. Während sie die Politik des Sultans anprangerten, sahen die türkischen Muslime in diesem ihr Oberhaupt. Hieraus entstanden Spannungen, die zu blutigen Zusammenstößen führten und 1905 in einen — von den russischen Behörden zunächst offensichtlich geförderten — regelrechten Krieg übergingen. In Baku, Jerewan und einigen anderen transkaukasischen Städten fanden armenisch-muslimische Gemetzel statt. — Inzwischen hatten sich auch die armenisch-russischen Beziehungen verschlechtert. Seit die Armenier in Rußland verstärkter nationaler Unterdrückung ausgesetzt waren, kehrte sich die armenische Nationalbewegung vielfach gegen die zaristischen Behörden, was entsprechende Verfolgungen nach sich zog. Die Verschärfung der armenisch-muslimischen Beziehungen zwang jedoch dazu, sich mehr oder weniger mit der russischen Herrschaft abzufinden. Das fiel umso leichter, als die hiermit verbundene Befriedung der Region erhebliche wirtschaftliche Vorteile brachte. Vor allem aber war man nach wie vor allgemein davon überzeugt, daß nur Rußland in der Lage war, die schwierige armenische Frage zu lösen. Einer solchen Überzeugung entsprang auch die armenische Unterstützung Rußlands im I. Weltkrieg, der dazu dienen könnte, dieses Ziel zu erreichen.

Nach dem Sturz der Autokratie, der es den nichtrussischen Völkern ermöglichte, eigene nationale Zielsetzungen zu verfolgen, konzentrierte sich die Aufmerksamkeit zunächst auf die willkürlich festgelegte administrative Aufteilung Transkaukasiens. Die Armenier forderten eine neue, den ethnographischen Verhältnissen entsprechende territoriale Abgrenzung, stießen aber auf den Widerstand der Aseri, die auf die ökonomische Einheit der Region verwiesen. Da beide Völker — im Unterschied zu den Georgiern — außerordentlich verstreut lebten, gestaltete sich das Problem der nationalen Abgrenzung äußerst schwierig. Der bolschewistische Oktoberumsturz zwang die drei transkaukasischen Völker zunächst einmal, ihre gemeinsamen Interessen zu wahren und eine eigene Verwaltung aufzubauen. In Tiflis etablierte sich das Transkaukasische Kommissariat, das die Region bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung regieren sollte. Angesichts der zusammenbrechenden Kaukasusfront sah es sich bald einer türkischen Bedrohung ausgesetzt und mußte zunächst einen Waffenstillstand, später einen Friedensvertrag schließen, ohne jedoch hierdurch

Was die Oktoberrevolution den unterdrückten Völkern Rußlands gab

Zu den größten Errungenschaften des Sowjetstaates gehört die Lösung der nationalen Frage — eines der schwierigsten Probleme, die der junge sozialistische Staat als Erbe der Vergangenheit übernommen hatte. Die Oktoberrevolution zerschlug die Ketten der nationalen Unterdrückung in Rußland, machte mit der nationalen Ungleichheit für immer Schluß und stellte zwischen allen Nationen ein Verhältnis aufrichtiger Brüderlichkeit her.

„Der größte Teil der heutigen FIAT-Arbeiter ist zwischen 45 und 50 Jahre alt. Etwa zwanzig Prozent von ihnen arbeiten am Band. Sie sind müde, aber sie sind noch da, die Arbeiter, von denen sich so viele linke Intellektuelle bereits verabschiedet haben."
Franca Chiaromonte in „Der diskrete Konsens", express 5/88

Und in der **Juni-Ausgabe des**

express

der Zeitung der undogmatischen Gewerkschaftslinken,

gibt es u.a. die folgenden Themen:

Bericht über ÖTV-Gewerkschaftstag ● Solidarität in der Krise — eine Tagung des Sozialistischen Büros ● Technologieentwicklung am Beispiel der Schraube ● Zur „Leistungs"-Gesellschaft ● Buchbesprechungen, Infos und vieles mehr. . .

Einzelheft DM 4,50
Abonnement DM 48,—
(incl. Porto)

☐ Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
6050 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

den türkischen Vormarsch aufhalten zu können. Im Frieden von Brest-Litowsk (März 1918) trat der Petrograder Rat der Volkskommissare, der eben noch der Bevölkerung des bislang von russischen Truppen besetzten Türkisch-Armenien die nationale Selbstbestimmung versprochen hatte, die armenischen Gebiete Ardahan, Kars und Batum an das Osmanische Reich ab. Die weitere türkische Expansion führte dann rasch zum Zerfall des Transkaukasischen Kommissariats, da die Muslime nicht bereit waren, sich am Kampf gegen die Türken zu beteiligen. Zudem nahmen auch die armenisch-muslimischen Konflikte wieder zu. Da die Kräfte des Transkaukasischen Kommissariats nicht ausreichten, um den türkischen Truppen ernsthaft Widerstand entgegensetzen zu können, nahm eine im April 1918 ausgerufene Transkaukasische Demokratische Föderative Republik erneut Verhandlungen auf, ohne daß freilich der türkische Vormarsch aufgehalten wurde.

Nachdem die Transkaukaische Demokratische Föderative Republik schon kurz nach ihrer Gründung wieder auseinandergebrochen war, versuchten die transkaukasischen Völker ihr nationales Leben getrennt voneinander zu gestalten. Dabei befand sich die am 28. Mai 1918 gegründete Republik Armenien, in der die sogenannten Daschnaken die dominierende politische Kraft bildeten, zweifellos in der schwierigsten Lage. Der größte Teil des armenischen Territoriums war von türkischen Truppen besetzt, und Gefahr drohte außerdem von der Republik Aserbaidshan sowie vom bolschewistischen Baku. Auf dem noch verbliebenen Territorium herrschten Hunger und Verzweiflung; Hunderttausende von armenischen Flüchtlingen, die hier vor den Türken Schutz suchten, hatten nichts zu essen. Da Jerewan völlig isoliert war, gab es keinerlei Hilfe von außen. Die Lage besserte sich etwas, als die türkischen Truppen nach der Niederlage im I. Weltkrieg abzogen. Die westlichen Alliierten übergaben der Republik Armenien das Karsker Gebiet und drei Kreise des Jerewaner Gouvernements. Darüber hinaus beanspruchte Armenien bestimmte Gebiete in Georgien und Aserbaidshan. In diesem Zusammenhang kam es zwischen den beiden alten christlichen Völkern, die mehr als zweitausend Jahre lang in Frieden miteinander gelebt hatten, zu einem Krieg, der nur durch die Einmischung der Alliierten beendet werden konnte. Daraufhin richteten sich die armenischen Bestrebungen nun vor allem auf Türkisch-Armenien. Angesichts der türkischen Niederlage im I. Weltkrieg schien das Ziel eines wiedervereinigten unabhängigen armenischen Nationalstaates in greifbare Nähe gerückt. Die Wiederherstellung Großarmeniens stand erstmals auf der politischen Tagesordnung. In diesem Sinne sprach sich auch eine armenische Delegation auf der Pariser Friedenskonferenz aus. Zugleich stellte sie allerdings Forderungen, die de facto darauf hinausliefen, alle Muslime außer Landes zu jagen.

Stalin 1919 als Volkskommissar

Nachdem die erhoffte Unterstützung der Westmächte ausgeblieben war, befand sich die Republik Armenien in einer prekären Lage, zumal sie seit März 1920 in einen kriegerischen Konflikt mit Aserbaidshan verwickelt war. Nachdem im April 1920 die Bolschewiki in Aserbaidshan die Macht übernommen hatten, sah sie sich sofort Forderungen konfrontiert, die Gebiete Karabagh und Sangesur zu räumen — eine Forderung, der durch ein Ultimatum der Roten Armee Nachdruck verliehen wurde. Im Land selbst fanden bolschewistische Aufstände statt. Die Regierung rief die Bevölkerung auf, die nationale Unabhängigkeit zu verteidigen, sah sich aber infolge der innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten veranlaßt, im August 1920 ein Abkommen mit dem bolschewistischen Rußland zu schließen. Hierin wurden zwar Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Republik Armenien anerkannt, die umstrittenen Gebiete Karabagh, Sangesur und Nachitschewan sollten jedoch von der Roten Armee besetzt werden. Bald wurde ihre Lage auch durch bolschewistische Bemühungen erschwert, Aserbaidshan in das Zentrum einer gegen das britische Empire gerichteten mohammedanischen Bewegung zu verwandeln. Im September 1920 begann erneut ein Krieg mit der Türkei, deren Truppen die Armenische Republik nur noch geringen Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Gleichermaßen von türkischen Truppen und der Roten Armee bedroht, schloß sie am 2. Dezember 1920 — unter erheblichen territorialen Verlusten — Frieden mit der Türkei und übergab die Macht den Bolschewiki. In diesem Zusammenhang trat Aserbaidshan die umstrittenen Provinzen Karabagh, Sangesur und Nachitschewan an die neugebildete „Armenische Sozialistische Sowjetrepublik" ab. Es schien, als hätten nun alle Gebietsstreitigkeiten ein für allemal ein Ende. „Der jahrhundertealten Feindschaft zwischen Armenien und den umwohnenden Mohammedanern wurden durch die Herstellung der brüderlichen Solidarität zwischen den Werktätigen Armeniens, der Türkei, Aserbaidshans mit einem Schlag jeglicher Boden entzogen", schrieb Stalin, der für Angelegenheiten der Nationalitäten zuständige Volkskommissar, in der „Prawda".

Die sowjetische Annäherung an die neue Türkei führte jedoch bald zu territorialen Regelungen, die das armenische Interesse sehr stark verletzten. So erhielt die Türkei durch den türkisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag vom März 1921 endgültig die armenischen Gebiete von Kars, Ardahan und Artwin, während Batum an das — inzwischen ebenfalls von der Roten Armee unterworfene — Georgien fiel; der armenische Bezirk Nachitschewan wurde Aserbaidshan überlassen. Die Armenische SSR sah sich gezwungen, dieser für sie so nachteiligen vertraglichen Regelung ausdrücklich zuzustimmen. Bald darauf traf eine zentrale sowjetische Kommission (Sonderkommission des Kaukasusbüros des ZK) weitere — für Armenien ausgesprochen ungünstige — Entscheidungen. Sie übergab das Gebiet von Achalkalch, in dem etwa drei Viertel Armenier lebten, an Georgien und die fast ausschließlich von Armeniern bewohnte Gebirgsregion Karabagh an Aserbaidshan. Das armenische Volk vermochte auf derlei Entscheidungen keinerlei Einfluß zu nehmen. Allerdings zeigte sich sehr bald, daß vor allem die Bevölkerung von Karabagh keineswegs bereit war, sich mit ihrem Schicksal abzufinden. Zwar wurden in der Stalinzeit alle Forderungen auf Rückgabe dieses Gebiets an Armenien als nationalistische Abweichung verurteilt und ihre Urheber grausamer Verfolgung ausgesetzt. Soweit sich aber in den letzten Jahrzehnten die Möglichkeit bot, das armenische Problem zu erörtern, spielten diese Forderungen wieder eine wichtige Rolle. Die armenisch-aserbaidshanischen Spannungen, die zu einer pogromähnlichen Situation führten, haben das — scheinbar längst gelöste — Problem der nationalen Abgrenzung erneut in den Vordergrund gerückt.

Calle von Hoesch

„Mehr war nicht drin" — ?!

. . .sonst hätte ich die Vereinbarung nicht unterschrieben" — so Johannes Rau nach dem Unterschreiben der Vereinbarung. Sie besiegelte — zwar etwas herausgeschoben — aber eben doch, den Tod des Stahlstandortes Rheinhausen.

War nicht mehr drin — genauer, warum war in der konkreten Lage, so wie die Auseinandersetzung gelaufen ist, nicht mehr drin? Dies ist für mich eine der wichtigsten Fragen nach den fast sechsmonatigen Auseinandersetzungen in Duisburg, zeitweise dem Ruhrgebiet und darüber hinaus.

Zu den vorantreibenden Bedingungen im Sinne einer auf Widerstand orientierten Perspektive gegen die rücksichtslose Durchsetzung von Unternehmerinteressen gehörten sicherlich die seit der letzten Betriebsratswahl von der Belegschaft gewählten Mehrheitsverhältnisse im Betriebsrat.

Darüber hinaus war eine entscheidende Bedingung für die Entschlossenheit von großen Teilen der Belegschaft sich auch auf einen längeren Kampf einzulassen, die angekündigte Vernichtung praktisch des ganzen Stahlstandortes, was über die in der Vergangenheit durchgeführten scheibchenweise Rationalisierung weit hinausging.

Diese Bedingungen allein haben aber offensichtlich nicht ausgereicht, um einen Erfolg im Sinne der Erhaltung des Stahlstandortes zu erreichen.

Auf eine konkrete Einschätzung darüber, ob und wenn ja welche einzelnen Mängel oder Fehler vielleicht vor Ort von den führenden Gruppen und Personen gemacht wurden, verzichte ich bewußt. Einmal, weil dies zu diskutieren sicher erst einmal Aufgabe der Kolleginnen und Kollegen vor Ort ist. Darüber hinaus denke ich, daß die entscheidenden Bedingungen für die Niederlage nicht da liegen, sondern in anderen Umständen dieses Kampfes.

Eine wichtige — erneute — Erkenntnis für mich ist, daß eine solche Auseinandersetzung nicht mit betriebswirtschaftlichen Argumenten zu gewinnen ist. Die Rationalität der Unternehmer gerade in diesen Fragen reicht allemal, ein für sie kostengünstigstes Modell — sowohl der einzelbetrieblichen als auch der branchenweiten — Rationalisierung zu berechnen und zu begründen.

Die politische Dimension einer Auseinandersetzung, sei es bei einzelnen Rationalisierungsmaßnahmen oder gar der Vernichtung von ganzen Stahlstandorten ist der entscheidende Hebel zum Gewinnen oder Verlieren solcher Kämpfe.

Ein Ansatz, um dieser politischen Dimension Rechnung zu tragen, war das Stahlpolitische Programm der IGM von 1984 mit den wichtigen Forderungen nach Vergesellschaftung der Stahlindustrie und dem Erhalt aller Stahlstandorte.

Mehr als ein Ansatz ist es allerdings nie gewesen. Die Feststellung der Kolleginnen und Kollegen aus Rheinhausen, in ihrem Info Nr. 10, das nach der Niederlage herauskam und in dem es heißt, daß es nicht „gelungen ist, zu einem solchen standortübergreifenden Kampf der Stahlbetriebe zu kommen, der für eine nachhaltige Veränderung der Kräfteverhältnisse erforderlich gewesen wäre", ist sicher richtig. Er weist auf den entscheidenden Schwachpunkt hin, der sich auch bei den — ebenfalls verlorenen Auseinandersetzungen — um die Stahlstandorte Hattingen, Oberhausen und Maxhütte gezeigt hatte. Welche Möglichkeiten es u.a. gegeben hätte, wurde am 10.12.87 deutlich. Im Ruhrgebiet lief an diesem Tag nichts mehr. Alle Stahlbetriebe standen, alle wichtigen Hauptverkehrsadern waren dicht.

Die falsche Adresse: Stahlarbeiterprotest in Rheinhausen

Von seiten der IGM gab es kein geschlossenes politisches Konzept, das tatsächlich eine politische Mobilisierung für die Durchsetzung des stahlpolitischen Programms möglich und erreichbar gemacht hätte. Als wichtige Bestandteile eines Durchsetzungskonzeptes wurden im Revier diskutiert:

- Tatsächliche Koordinierung der Arbeitnehmerseiten in den mitbestimmten Aufsichtsräten zu allen wichtigen Entscheidungen über Stillegungen und Rationalisierungen
- Initiierung eines Volksbegehrens für die Vergesellschaftung der Stahlindustrie in NRW
- Verbindung von Stahltarifrunde 87/88 und Stahlpolitischer Programmatik.

Der Erfolg einer solchen Strategie wäre genausowenig sicher gewesen, wie der Erfolg des Kampfes der Rheinhausener unsicher war. Sicher wäre gewesen, daß es eine Verschärfung der politischen Debatte im Lande gegeben hätte, insbesondere zur SPD-Alleinregierung in NRW. Scheute man von seiten des Vorstandes der IGM u.a. davor zurück? Ich denke ja.

Angesichts der zu erwartenden nächsten Schritte von Rationalisierung und Neuordnung der Stahllandschaft in der BRD und der EG ist eine Debatte über diese politische Dimension absolut notwendig.

Die nächsten Stahlstandorte stehen auf der Abschußliste: Peine, Georgsmarienhütte, Dortmund. Daneben wird zu Beginn der 90er Jahre das Bandgießen von Vormaterial für die Kaltwalzwerke serienreif sein und neue Konkurrenten für die integrierten Hüttenwerke auf den Markt kommen lassen — ähnlich wie in den 60er und 70er Jahren die Elektrostahlwerke auf Schrottbasis für den Profilstahlbereich. Diese Debatte wird auch auf dem nächsten Gewerkschaftstag der IGM zu führen sein — als Debatte darüber, ob die IGM auch für die Belegschaften von schrumpfenden Branchen noch — oder wieder — Hoffnungsträger sein kann oder nur sozialer Verwalter.

Vor dem Hintergrund der absehbaren Entwicklung in solchen Branchen wieder Automobilindustrie, ist diese Frage nicht nur für die IGM im Revier sondern ihre Zukunft in der BRD insgesamt wichtig. Aus Fehlern hier nicht zu lernen, heißt die nächsten Niederlagen schon vorprogrammieren.

Jens Huhn

Mythos Rheinhausen

Ende April ging eine der längsten und spektakulärsten sozialen Auseinandersetzungen in der Geschichte der Bundesrepublik zu Ende: der Kampf um den Erhalt des Krupp Stahlwerks in Rheinhausen. Wer in den Auseinandersetzungen von Rheinhausen lediglich einen weiteren verlorenen Kampf um einen Standort in der sterbenden Stahlindustrie sieht, hat von der historischen Qualität des Kampfes um Rheinhausen überhaupt nichts begriffen.

Rheinhausen hat auf verschiedenen Ebenen eine tiefgreifende gesellschaftliche und politische Krise des „Modells Deutschland" zum Ausdruck gebracht. An Rheinhausen wurde durchexerziert, was ökonomischer Strukturwandel in seinem Verlauf und seiner Konsequenz in den 80er und 90er Jahren bedeutet. Rheinhausen hat die Erosion des Staates als idealem Gesamtkapitalisten in diesem Prozess deutlich werden lassen. Hier gab es keine Politik mehr, die etwas anderes tun konnte als den Willen der stärksten Kapitalfraktionen zu vollstrecken. Rheinhausen hat die Unfähigkeit der Gewerkschaften enthüllt, zum korporatistischen Modell der Hochkonjunktur mit seinen ritualisierten hochverrechtlichten Auseinandersetzungen und seinen Appellen an den Staat eine Alternative zu entwickeln. Rheinhausen hat aber auch gezeigt, wieviel Phantasie, Intelligenz und Widerstandskraft nicht nur in einer traditionellen Arbeiterkultur, sondern in der „fragmentierten und individualisierten neuen Arbeiterklasse" sich entfaltet.

Das Neue an Rheinhausen freilich war stark verpuppt im Alten. Spricht man von Stahl (oder auch von Werften), dann denkt man sofort an „überalterte Industrien". Am Gerede von der sterbenden Industrie „Stahl" ist natürlich richtig, daß sich die Stahlindustrie beinahe ständig bei bestimmten Produkten drohender Überproduktion gegenübergesehen hat. Die letzte „Anpassungskrise" fand zu Anfang der 80er Jahre statt. Dabei liegt ihr Strukturproblem nicht so sehr in sinkender kaufkräftiger Nachfrage (obwohl sie als Rohstoffproduzent von konjunkturellen Schwankungen, z.B. im Automobil- oder Schiffsbausektor, stark abhängig ist), sondern in ihren Überkapazitäten auf der Produktionsseite, die bestimmte Marktanteile erfordern, um profitabel produzieren zu können. Längst schon haben die deutschen Stahlunternehmen Thyssen, Krupp, Mannesmann, Klöckner versucht, ihre Produktion arbeitsteilig aufeinander abzustimmen, um am Ende für jedes Unternehmen bei einer bestimmten Auswahl von Produkten eine Monopolstellung zu erreichen. Triebfeder jenes sich langsam aber stetig vollziehenden Prozesses ist der Marktführer Thyssen. Der Abbau von Überkapazitäten, der regelmäßig zu be-

Foto: Klaus Rose

Betriebsrat Theo Steegmann

trächtlichen Arbeitsplatzverlusten führt, nach den 5.000 in Rheinhausen, das vor allem Profilstahl (Schienen) und Vorprodukte (Brammen) produzierte, ist der Verlust Tausender weiterer Arbeitsplätze in anderen Produktbereichen vorhersehbar und z.T. schon angekündigt.

Dafür allerdings, daß die Stahlindustrie in der BRD ausstirbt, gibt es nicht den geringsten Hinweis. Wie in anderen Sektoren auch, ist bei Stahl die Periode der Massenproduktion zu Ende. Man steigt um auf spezialisierte Produkte, die in kleiner Serie hergestellt werden. Längst hat entwickelte neue Technologie Eingang in die Stahlwerke gefunden. Mit Firmen anderer Sektoren teilt die Stahlindustrie die Tendenz, außerhalb des eigenen Sektors massiv in high-tech Unternehmen zu investieren, in den verbleibenden Stahlwerken die Belegschaften zu reduzieren und zu flexibilisieren. Die Stahlquoten werden demnächst wegfallen. Die Probleme der Stahlindustrie tragen deutlich Züge, die auch fortgeschrittene Sektoren wie der Automobil- oder der Elektriksektor in der BRD zu erwarten haben. Der Kampf um Rheinhausen ist deshalb auch nicht das Nachhutgefecht einer alten handarbeitenden Arbeiterklasse (obwohl es sie im Stahlwerk z.B. am Hochofen durchaus noch gibt), sondern mindestens ebenso das für viele überraschende Aufbegehren einer neuen ,,individualisierten", an neuer Technologie geschulten Arbeiterklasse in einem ,,modernen" Stahlwerk. Er hat deutlich gemacht, was in der Zukunft auch in anderen Sektoren der BRD durchaus möglich ist.

Aber Rheinhausen ist mehr als der unsichere Wechsel auf eine Zukunft, in der eine neue industrielle Struktur ebenso Widersprüche hervortreibt wie die alte — obwohl Wissenschaftler und Gewerkschafter von ihr befürchten, daß sie in bisher nie gekanntem Ausmaß Konflikte stillzustellen vermag.

In Rheinhausen kam es zu Kampfformen, die mit den herkömmlichen ritualisierten gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen entscheidend gebrochen haben. Es bestand von Anfang an eine soziale Bewegung, die mehr einschloß als Belegschaften und Gewerkschaften. Schon lange vor dem Kampf gegen die Stillegung des Stahlwerks war ein ,,Bürgerkomitee" entstanden, durch das die Gemeinde gegen einen fortlaufenden Abbau der Arbeitsplätze mobilisiert werden sollte, denn die meisten Arbeitsplätze in Rheinhausen hängen direkt oder indirekt von der Hütte ab. Das ist an sich nicht neu. Ähnliche Komitees gab es zuvor auch in Hattingen und Sulzbach Rosenberg. Diesmal aber war es eine bewußte politische Strategie, die schon lange vor dem jüngsten Konflikt eingeleitet wurde und dies auf Initiative aus der Krupp-Belegschaft selbst. Die Sitzungen des Bürgerkomitees entwickelten sich zu Foren, in denen Belegschaft und Betriebsrat mit jedem, der zu der Auseinandersetzung beitragen wollte, öffentlich und offen über die einzelnen Schritte des Kampfes diskutierten.

Ungewöhnlich an Rheinhausen war aber vor allem, daß Rheinhausen eine Art Laboratorium von Kampfformen wurde, die entweder von den verschiedenen oppositionellen Bewegungen in der BRD in der letzten Zeit entwickelt wurden oder ganz neu waren. Zu den neuen gehörte sicher, daß eine Brückenbesetzung und Verkehrsblockade zu generalstreikartigen Zuständen in Duisburg führten, daß Aufsichtsratssitzungen der Krupp AG durch regelrechte go-ins gesprengt wurden oder auch Betriebsbesuche bei anderen Belegschaften während der Arbeitszeit, um diese für einen gemeinsamen Kampf zu gewinnen, der dann die Neugestaltung nicht nur der Stahlindustrie, sondern um eine ökonomische Struktur der gesamten Region Ruhrgebiet hätte gehen sollen. Neu war schließlich auch eine flexible Streiktaktik, die den totalen Streik vermied, nur einzelne Gruppen einschloß oder zeitlich begrenzte Aktionen. So wurde versucht, einerseits der Tatsache Rechnung zu tragen, daß im Streikfonds nur begrenzte Mittel für Notsituationen zur Verfügung standen, andererseits aber auch den Druck auf die Krupp-AG aufrechtzuerhalten, ohne ihr Vorwände zu liefern, eine rasche Stillegung nun mit Verlusten aus Streiks zu begründen. Dazu gab es Gottesdienste, Menschenketten, Formen, die von der Friedensbewegung ausprobiert wurden, ein alternatives Radio, Rockkonzerte, aber auch die Mahnwachen, ein Element traditioneller Gewerkschaftsstrategie. Besonders aktiv in der Auseinandersetzung war die Frauengruppe, die Frauen aus der Belegschaft, Ehefrauen von Krupp-Arbeitern, ehemalige Krupparbeiterinnen und viele andere Frauen aus Rheinhausen zusammenfaßte. Sie organisierte z.B. eine Reise in die ehemalige jetzt zerfallene Stahlregion von Lothringen, um sich selbst sinnliche Anschauung darüber zu beschaffen, was zu befürchten war. Aus der Frauengruppe stammten auch die Songs, die den Widerstand begleiteten.

Es waren insgesamt tastende Versuche, sich eigene Mittel der Auseinanderset-

zung anzueignen und sie haben, so umstritten im einzelnen die Aktionsformen auch waren, wesentlich zu einer für die Geschichte der BRD ungewöhnlichen Popularität des Arbeitskampfs von Rheinhausen in anderen Teilen der Republik beigetragen. Daß sie möglich waren, hat auch etwas mit dem Zustand des Betriebsrates zu tun. Dieser hatte kurz zuvor nach einem z.T. heftigen Wahlkampf eine neue Zusammensetzung bekommen und war schon vor der entscheidenden Auseinandersetzung durch Forderungen und Überlegungen aufgefallen, die nicht ins gewohnte Bild paßten.

Mit dem Arbeitskampf in Rheinhausen gerieten Parteien, Bundes- und Landesregierung zunehmend unter Druck. Die CDU, die sonst öffentlich das Prinzip der „freien Wildbahn" vertritt, sah sich schließlich genötigt, mit großem propagandistischen Aufwand „Hilfe" für die bedrohte Region Ruhrgebiet und für Duisburg zu geben. Auch dies war bei anderen Werkschließungen bisher noch nicht vorgekommen. Sie stellte Geld für öffentliche Investitionen bereit. Daß diese auf eine Verbesserung der Infrastruktur für das moderne high-tech-Kapital hinausliefen, ist nicht weiter verwunderlich.

Während sich die CDU leicht keynesianisch anstrich, hielten es die Liberalen in der Regierungskoalition eisern mit dem, was sie für „Recht und Ordnung" erachten. Es verging kaum eine Woche, in der nicht einer von ihnen erklärte, daß es völlig unvernünftig sei, die Stillegung von Rheinhausen aufzuhalten, und daß es hohe Zeit sei, den illegalen Aktionen der Stahlarbeiter mit Polizeigewalt ein Ende zu setzen.

Die sozialdemokratische Landesregierung und Landtagsfraktion und SPD-Spitzenpolitiker verhielten sich überwiegend so, wie man es von ihnen erwarten durfte: zweideutig. Der Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Vogel, erklärte zu Beginn des Konflikts, die Stahlindustrie müsse vergesellschaftet werden. Der Fraktionsvorsitzende im Landtag erklärte, Rheinhausen könne man vernünftigerweise nicht retten, was er sogleich wieder dementieren ließ. Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Johannes Rau, schaltete sich in die letzte Phase der Verhandlung zwischen Krupp-Vorstand und Betriebsrat als Vermittler ein, um schließlich an dem Ziel mitzuarbeiten, was wohl der sozialdemokratischen Führungsriege schon immer die liebste Lösung war: eine Schließung des Stahlwerks auf Raten, d.h. eine sozial dekorierte Schließung. Um das zu verstehen muß man wissen, daß in der Landtagsfraktion der SPD in Nordrhein-Westfalen die Lobbyisten anderer Stahlwerke sitzen. In diesen hat während der gesamten Auseinandersetzung die Haltung überwogen, den Kopf einzuziehen und durch Stillhalten und nur lahme Solidarität mit Rheinhausen die eigenen Arbeitsplätze zu retten. Über die SPD muß man außerdem wissen, daß sie kaum einen Hauch von der Modernisierungskonzeption der Christdemokraten abweicht. Auch die SPD-Landesregierung hat zu den Projekten, die die Bundesregierung als Strukturpolitik für das Ruhrgebiet beschloß, finanzielle Mittel beigetragen und nicht erst seit dem Konflikt von Rheinhausen erklärt, daß das CDU-High-tech-Musterländle Baden-Württemberg ihr heimliches Vorbild ist.

Taten die politischen Parteien, was man von ihnen erwartet hatte, so gilt dies für die Gewerkschaften nicht unbedingt. Sie taten das, was nur die größten Skeptiker vorgesehen hatten.

Als die Auseinandersetzungen um das Stahlwerk Hattingen ihrem Ende entgegengingen, schloß die IG Metall mit den Stahlbossen in Frankfurt ein Abkommen. Darin verpflichteten sich diese, in keinem Stahlwerk Beschäftigte in die Arbeitslosigkeit zu entlassen und Ersatzarbeitsplätze anzubieten. Es sollten sogenannte Beschäftigungsgesellschaften gebildet werden, die „überschüssige" Arbeitskräfte aufnehmen und weiterqualifizieren sollten. Die IG Metall kannte dabei die Notwendigkeit zum „Strukturwandel in der Stahlindustrie" grundsätzlich an. Das Abkommen enthielt weder konkrete Angaben über Charakter, Ort, Anzahl der neuen Arbeitsplätze noch konkrete Zeitpläne. Dennoch wurde es von milde gestimmten Kritikern als das aus dem Konflikt von Hattingen Machbare angesehen. Es schien, als sei damit die Stahlindustrie für die IG Metall-Spitze abgehakt. Obwohl auch ihr bekannt sein dürfte, daß die Umstrukturierungspläne der Stahlunternehmen nach Rheinhausen nicht aufhören, taten die dafür zuständigen Funktionärsgremien nicht das geringste, um andere Stahlbetriebe zu mobilisieren und die Auseinandersetzungen zu koordinieren.

Über markige Solidaritätsadressen ging ihre Politik nicht hinaus. Während des Arbeitskampfes in Rheinhausen gab es eine Stahltarifrunde. Sie wurde in der üblichen Manier abgehandelt, führte zu Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen. Es gab nicht den geringsten Ansatz, selbst die beschränkten gesetzlichen Möglichkeiten zugunsten von Rheinhausen und einer eigenen Strukturpolitik zu nutzen (z.B. über Rationalisierungsschutzabkommen). Auch hier war die Angst vor einer Mobilisierung, die nicht mehr zu kontrollieren war, größer als die Einsicht in die Pflicht, Interessenvertretung zu sein. Dazu muß man wissen, daß es schon lange ein Stahlprogramm der größten Einzelgewerkschaft der Welt gibt, das u.a. die Sozialisierung der Stahlindustrie fordert, man muß wissen, daß es während des Konflikts von Rheinhausen im öffentlichen Dienst der Bundesrepublik ebenso wie im Sektor Handel, Banken, Versicherungen zu Tarifauseinandersetzungen kam. Man muß wissen, daß auch an anderen Orten Massenentlassungen und Betriebsstillegungen in der Metallbranche drohen und es angesichts der Solidaritäts- und Sympathiekundgebungen der Belegschaften dieser Betriebe und Sektoren für Rheinhausen durchaus möglich gewesen wäre, sogar über die üblichen Gewerkschaftsabgrenzungen hinweg gegen eine Politik der Unternehmen und Regierungen zu mobilisieren, deren Logik man „Boom ohne Arbeitsplätze" nennen könnte. Es wäre ein historischer Wendepunkt in der Geschichte der Arbeiterbewegung in der BRD geworden. So deutet sich eher eine weitere historische Niederlage an. Die IG Metall hat Pläne, aber nun, da ihre Freunde, die Sozialdemokraten, nicht mehr in der Bundesregierung sitzen, keinerlei Vorstellung darüber, wie sie sie umsetzen soll, außer durch mehr oder minder energische Apelle und symbolische Drohgebärden.

Selbsttätigkeit, Spontaneität und Phantasie der Belegschaften scheinen dabei nicht mehr zu sein als lästige Begleitmusik. Und dies angesichts beginnender Umstrukturierungen im größten deutschen industriellen Sektor neben der Chemie, der Automobilbranche. Noch geht im Bewußtsein der Mehrheit der Belegschaften nichts ohne die Gewerkschaft. Ihre Rolle war mitentscheidend, daß letztlich die Rettung des Stahlwerks Rheinhausen nicht gelang. Es gab eine überwältigende Solidarität für Rheinhausen aus allen Teilen der Bundesrepublik. Die anderen Stahlbelegschaften aber konnten von Rheinhausen selbst nicht mobilisiert werden, mit der Organisierung einer breiten politischen Debatte über die Sektorengrenzen hinweg, war die Belegschaft von Rheinhausen überfordert, obwohl sie alle Anstrengungen dazu unternahm. Es ist sicher noch zu früh zu einem endgültigen Fazit: Rheinhausen war eine Auseinandersetzung, in der insgesamt ein eher unbewußtes antikapitalistisches Gefühl, verraten und verkauft worden zu sein, ein klares antikapitalistisches strategisches Denken überwog. Auf jeden Fall ist es ein Stoff, aus dem Mythen gemacht werden. Man kann erwarten, daß deren Wirkung andauern wird.

(Von der Redaktion gekürzte Fassung eines Beitrages, der für die italienische Tageszeitung „il manifesto" geschrieben wurde)

Paul Ciupke

In Verteidigung des Ruhrgebiets

Das Ruhrgebiet, das Letzte: ökologisch, ökonomisch, sozial und kulturell. Dies Image kann die Region trotz verzweifelter Anzeigenserien in großen Zeitungen und Magazinen nicht mehr loswerden. Ein Image kann zum materiellen Faktor werden, der in dem entbrannten Kampf der Region um die Abwälzung der ökonomischen und ökologischen Krisenfolgen einen wichtigen Einfluß ausübt.

Foto: Klaus Rose

Rheinhausen ist zum Signum der Verteidigung der sozialen Interessen der Ruhrgebietsbevölkerung geworden. Nun scheint der Kampf in Rheinhausen gelaufen, die Auseinandersetzungen um die Zukunft des Ruhrgebiets sind es noch lange nicht. Es wäre falsch, das Ergebnis der Rheinhausener Kämpfe als Niederlage zu qualifizieren, wie es von verschiedenen Seiten, z.B. auch den Grünen im Bundestag, getan wird. Wer so redet, hat weder etwas von der Besonderheit des Kampfes in Rheinhausen verstanden noch von den Problemen einer veralteten Industrieregion, an der das Kapital offensichtlich das (Verwertungs-)Interesse verloren hat und darauf wartet, daß die letzten Reste abgeschrieben und verschrottet sind.

Während man in den siebziger Jahren sicher sein konnte, daß jeder proletarische Furz in linken politischen Organisationen, Feuilletons und bei kritischen Vordenkern und Nachdenkern Begeisterung auslöste, war nun — anläßlich des Arbeitskampfes der Rheinhausener um den Erhalt des Stahlstandortes — die Distanz, vor allem der Linken und Intellektuellen, unübersehbar. Der stillschweigende Vorwurf lautete: Bornierheit, Verteidigung von Sonderinteressen angesichts einer weltweiten Überproduktion von Stahl, der zudem der ökologischen Unverträglichkeit verdächtig ist, Aussichtslosigkeit und zuletzt noch: Verteidigung körperlicher Arbeit im Zeitalter der Automatisierung und Informatisierung.

Seit einiger Zeit nun schon läuft unter den Linken die Debatte über Sinn und Akzeptanz gesellschaftlicher Modernisierung. Mühselig, aber zu Recht stellt sich mittlerweile heraus, daß gegenüber den technik- und zivilisationskritischen und heimlich oder offen protektionistischen Variationen der Verteidigung sozialer Interessen die weltmarktoffene Position auch für die Linke die fortschrittlichere ist. Aber obgleich manche Gewerkschaftshaltung im Ruhrgebiet, vor allem die der IG Bergbau und Energie, chauvinistisch und ignorant ist, gilt dies für die IG Metall schon viel weniger und für die Rheinhausener Stahlarbeiter erst mal gar nicht.

Die Rheinhausener ArbeiterInnen haben zunächst für den Erhalt aller Stahlstandorte gekämpft, wohl wissend, daß sonst bei einem Erfolg ihres singulären Kampfes, d.h. bei einem Erhalt des Standortes Rheinhausen, ein anderes Werk geschlossen wird.

Zum zweiten haben sie sich nicht ein für allemal darauf festgelegt, daß in Rheinhausen nur Stahl produziert werden dürfe. Und drittens haben die Rheinhausener mit ihren Besuchen anderer Produktionsstätten deutlich gemacht, daß sie nicht nur für sich, sondern auch für die Zukunft des Ruhrgebiets kämpfen.

Also: So borniert, wie stillschweigend unterstellt, waren die Rheinhausener StahlarbeiterInnen und ihr Betriebsrat

noch lange nicht, daß sie gemeint hätten, sie brauchten nur ihr individuelles Interesse an sozialer Sicherheit und kultureller Geborgenheit im Stahlstandort Rheinhausen vertreten.

Wenn es nun gelingen sollte, daß infolge der Vereinbarung des Rheinhausener Betriebsrates mit den Vertretern der Stahlindustrie — nicht nur Vorstandsmitglieder der Firma Krupp waren an den Verhandlungen beteiligt — wirklich neu investiert wird, und zwar in Rheinhausen bzw. im Ruhrgebiet, dann wäre das nicht nur ein Erfolg für Rheinhausen und die Region, sondern auch etwas Neues, dessen Bedeutung sich wahrscheinlich erst in den nächsten Jahren richtig erweisen wird: Es wäre nämlich die Erzwingung einer sozial orientierten Investitionspolitik durch einen Arbeitskampf und das geht über die bisherige Sozialpolitik der Gewerkschaften im Ruhrgebiet hinaus.

Es ist wenig beachtet worden, daß in diesem Winter die IG Bergbau und Energie den Abbau von über 20.000 Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren vereinbart hat. Man mag einwenden, daß der deutsche Steinkohlenbergbau mit dem Rücken zur Wand steht. Schließlich kann in Übersee im Tagebau die Tonne Steinkohle zu einem Drittel des Preises produziert werden, wobei in dieser Rechnung die ökologischen Folgekosten der Zukunft und die Altlasten der Gegenwart nicht mitgerechnet sind. Aber was hat die IG-Bergbau und Energie eigentlich bisher daran gehindert, anstatt mit dem chauvinistischen Argument der nationalen Kohlereserve sich die besten Sozialpläne und einen umfassenden Schrumpfungsprozeß finanzieren zu lassen, sich mit einem offensiven Konzept und Einsatz um die Schaffung sinnvoller neuer Arbeitsplätze im Revier zu kümmern?

Reinhard Schultz, in den 70er Jahren noch stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos und später dann einige Zeit in leitender Position als Planer beim Kommunalverband Ruhrgebiet, hat in einer bestimmt umstrittenen, aber sehr interessanten Studie über den Steinkohlebergbau festgestellt, daß 1987 mithilfe der jährlich gezahlten Subventionen und Leistungen zugunsten des Bergbaus jedem Bergarbeiter ein Einkommen von 30.000 DM netto hätte gezahlt werden können. Dabei wären immerhin noch 3 Milliarden DM übrig geblieben, um z.B. Bergschäden und ökologische Folgelasten zu beheben. Eine überraschende Perspektive. Aber warum wird sie nicht genutzt?

Wenn man mal die besondere Verquickung von Staat, Kapital und Gewerkschaft in der Ruhrkohle AG beiseite läßt und auch die unglaubliche Provokanz, die ohnehin in dieser Rechnung steckt, ignoriert, dann kommt man schließlich nicht an der besonderen Bedeutung von Arbeit und Lebenszusammenhang für die Menschen im Ruhrgebiet vorbei. Bei aller Schufterei ist doch die Tätigkeit als Stahl- oder Bergarbeiter mehr als nur ein Job, der Geld einbringt. Bergarbeiter oder Stahlarbeiter zu sein, erfüllt die Menschen mit Selbstbewußtsein, es ist ein kulturelles Kapital, bis heute und gerade angesichts der Vielzahl neuer unqualifizierter und schlecht bezahlter Jobs im Dienstleistungsbereich. Zudem herrscht bis heute bei den Arbeitern im Ruhrgebiet das Bewußtsein vor, nach 1945 „den Karren aus dem Dreck gezogen zu haben". Und das Stahlwerk in Rheinhausen besitzt besondere Symbolik, weil es damals durch die Arbeiter vor der Demontage gerettet wurde. Solche Haltung als Arbeiterkonservativismus beiseitezuschieben läßt übersehen, daß sich auch gerade hier ein politisches Selbstbewußtsein am Leben erhält, das zur Produktivkraft wird.

Aber es kommt noch ein anderes hinzu: Das Ruhrgebiet ist trotz aller Ausdifferenzierung sozialer Lebenslagen und Lebensstile immer noch ein Raum mit hoher sozialer Homogenität. Natürlich hat das mit der Klassenlage zu tun, aber auch mit der Zuwanderungsgeschichte und der ausgebildeten räumlichen Struktur. Innerhalb von 150 Jahren wurde das dünnbesiedelte sumpfige Gebiet an Ruhr, Emscher und Lippe in mehreren Einwandungswellen bevölkert: Waren es zunächst noch Arbeiter, Bauernsöhne und Handwerker aus dem Rheinland und Westfalen, die das Gros der neuen benötigten Arbeitskräfte stellten, so überwogen später Landarbeiter und ihre Familien aus Ostdeutschland, Polen und Osteuropa. Nach der Nazidiktatur kam nochmal eine Einwanderung aus den ehemaligen Ostgebieten und in den sechziger Jahren wurden ArbeiterInnen aus Südeuropa ins Ruhrgebiet geworben. Das Ruhrgebiet ist neben Berlin der einzige melting pot im westdeutschen Kulturraum und es hat den Anschein, als habe die soziale Erfahrung des Aus- und Zuwanderns und des Neuanfangens sich habitualisiert. Sie besitzen eine unprätentiöse, unkomplizierte, direkte Art miteinander umzugehen. Daß die feinen, aber so wichtigen Unterschiede nicht den sozialen Umgang derartig stark prägen, hängt auch mit der Unterrepräsentanz der sonst im rheinisch-westfälischen Raum so stark verbreiteten Pfahlbürgerschaft zusammen. Die Industrialisierung begann im Ruhrtal und erfaßte recht bald die sogenannten Hellwegstädte: Dortmund, Bochum, Essen, Mühlheim. Dies waren zum Teil noch alte gewachsene Städte. Als das Gründungsfieber weiter um sich griff, steckten die Kohlegesellschaften ihre Kohlefelder so scheinbar wahllos ab wie die Goldsucher ihre claims. Man nahm was man bekommen konnte, Schächte wurden abgeteuft, Fördergerüste errichtet, Siedlungen gebaut und verwaltungsmäßig dem nächsten Dorf zugeschlagen. So entstand in der Emscherzone die für's Ruhrgebiet typische Siedlungsstruktur: riesige zersiedelte Industriedörfer, manchmal bis an die 100.000 Einwohner, denen oft die Stadtrechte bis in die Nazizeit verwehrt wurden; Agglomerationen aus Zechen, Industrieanlagen, Arbeitersiedlungen, Bauerndörfern. In seiner Struktur erinnert das Ruhrgebiet eher an die amerikanischen Suburbs als an die alte gewachsene europäische Stadt mit ihrem multifunktionalen Zentrum. In der Em-

Foto: Klaus Rose

scherzone fehlt Zentralitität, gelebt und gearbeitet wird im Stadtteil, der nun mittlerweile vielleicht zu Herne, Oberhausen oder Duisburg gehört. Für das Leben spielt das keine Rolle. Im Stadtteil dreht und wendet sich alles um das beherrschende Industrieunternehmen. 50, 60, manchmal 100 Jahre prägen Zeche oder Stahlwerk das tägliche Leben weit mehr, als es Kirche oder Staat und kommunale politische Kultur können. Mit der Schließung der Zechen und der Stahlwerke und der Privatisierung der Arbeitersiedlungen wird nun dieser Lebenszusammenhang ausgehoben, der Kosmos bricht auseinander, ein starker Individualisierungs- und Privatisierungsschub setzt ein. So finden natürlich soziale Segregatiosprozesse statt: Im Süden Hui, im Norden Pfui.

Trotzdem macht sich der sonst so beliebte Glitter, Flitter und Luxus im Ruhrgebiet nicht so breit, wie man es nun vielleicht erwartet. Nicht nur das soziale Elend und die gähnende Leere der öffentlichen Kassen tragen dazu bei. Insgesamt fehlt es dem Ruhrgebiet an bürgerlichem Unterbau, der jetzt neu aufgemotzt werden könnte. Das Ruhrgebiet ist immer von außen beherrscht worden: Düsseldorf, Arnsberg, Münster, das waren die wichtigen preußischen Verwaltungsstädte und Garnisonen. Von hier aus wurde während des Ruhrkampfes die Region von Reichswehr und Freicorps gegen die Rote Ruhrarmee zurückerobert. Und auch heute noch befinden sich die Sitze der für's Ruhrgebiet zuständigen Landschaftsverbände und Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Arnsberg und Münster.

So fehlen aber der Region auch die Symbole und Insignien adliger und bürgerlicher Macht. Die Wasserburgen des ohnehin einflußlosen westfälischen Kleinadels (Westfalen galt zur Zeit der deutschen Klassik als das deutsche Böotien) wurden mühelos von den historisierenden Zechenkomplexen beseitegedrängt. Und die ganze bürgerliche Repräsentanz, Prachtstraßen und Plätze, Villenviertel und Regierungsgebäude, Opern und Theater gehen der Region ebenso ab, wie ein alles überstrahlendes Oberzentrum, wo die Kultur auf engstem Raum zusammentrifft und von wo die Macht ausgeht; obwohl die Stadt Essen — vergeblich — sich darum bemüht, ein solches zu sein. Die Macht verkörpernden Bauten bleiben so einzig Fabriken und Zechen. Hier wetteiferten die Industriellen durchaus; bis zur Zahlungsunfähigkeit wurden Maschinenhallen errichtet, die es an Licht- und Raumerlebnis, Großzügigkeit und Symbolik mit gotischen Kathedralen aufnehmen können.

Das Bürgertum hat kulturell also in der Vergangenheit eher eine schwache Vorstellung abgegeben. So zeugt die Kruppsche Villa Hügel in Essens Süden von der Geschmacklosigkeit einer neureichen Aufsteigerfamilie, deren Stilempfinden allenfalls dazu hinreichte, ein Wohnhaus gigantisch überzudimensionieren, um Erfolg und Wohlstand öffentlich zu beweisen. Und das von höchster Stelle in wilhelminischer Zeit ausgesprochene Gebot, keine Universitäten im Ruhrgebiet anzusiedeln, tat ein übriges hinzu, ein selbstbewußtes Bürgertum in der Region zu verhindern.

Das Ruhrgebiet — eine verspätete Region? Bis heute? Kulturelle Provinz? In der Außenwahrnehmung gilt dies nach wie vor. Qualifizierte Fachkräfte ziehen es vor, nach München, Frankfurt oder Berlin zu gehen und wer umgekehrt aus diesen (vermeintlichen) Metropolen aus beruflichen Gründen nun doch ins Ruhrgebiet muß, empfindet dies als Strafe und Verbannung.

Gleichwohl ist das Ruhrgebiet die kulturell am weitesten unterschätzte Region in der Bundesrepublik. Der hin und wider bemühte Vergleich mit der kulturellen Dichte New Yorks ist zwar etwas übertrieben, trotzdem ist die Zahl der festen und freien Theaterensembles und die Qualität ihrer Produktionen beeindruckend. Gerade die Schwäche der bürgerlichen Tradition erlaubte es, daß bis heute trotz massiver sozialdemokratischer Kulturressentiments immer wieder engagierte und experimentierfreudige Theaterleute an verschiedenen Theatern arbeiten konnten: so z.B.: Zadek, Peymann, Heyme, Ciulli, Freitag. Nahezu unbemerkt hat sich das Ruhrgebiet zum Zentrum des Tanztheaters entwickelt. Die Folkwangschule in Essen ist wichtigste Entwicklungsstätte des modernen deutschen Ausdruckstanzes und hat entscheidende Persönlichkeiten hervorgebracht, die mit ihren Ensembles die internationale Tanzszene anführen: Pina Bausch am Rande des Ruhrgebiets in Wuppertal, Reinhild Hoffmann in Bochum und Susanne Linke in Essen. Umso tragischer ist es, daß nun infolge der kommunalen Haushaltsdefizite gerade im kulturellen Bereich gespart werden soll.

Kultureller Erfindungsreichtum findet aber im Ruhrgebiet immer wieder neue Möglichkeiten: Die vierspurige Zufahrtstraße zur größten Berghalde des nördlichen Ruhrgebiets wird des Nachts zwar nicht benutzt, aber weiterhin voll ausgeleuchtet. Jemand kommt auf die Idee dort Autorennen zu fahren. Als nach einiger Zeit die Ordnungsbehörden auf die Sache stoßen, finden sie um Mitternacht tausende von Zuschauern, Würstchenbuden und Bierstände. Nun wird die Straßenbeleuchtung ausgeschaltet.

Oder: Bei einem Rockmusikwettbewerb für Nachwuchsmusiker bewarben sich in Gelsenkirchen rund fünfzig Gruppen mit Demoband und allem was dazugehört. Wie überhaupt die Rockszene im Ruhrgebiet sehr lebendig ist. Schließlich ist es die Volksmusik des ausgehenden 20. Jahrhunderts und so werden Studios und Plattenlabels gegründet, kommen englische und amerikanische Musiker in die Region. Die Wüste lebt.

Nun, warum diese bemühte Verteidigungsrede auf die dreckigste, elendigste und provinziellste Region der Bundesrepublik? Zieht sie nicht eher den Vorwurf eines alternativen Lokalpatriotismus und der Nostalgie nach dem guten Arbeiter und der großen alten mechanischen Industrie auf sich? Der Autor wollte aber mehr als deutlich machen, daß er in etlichen Jahren diese Region lieben und schätzen gelernt hat.

Das Ruhrgebiet ist eine höchst moderne Region. In den sozialen Kämpfen wie in Rheinhausen geht es eben nicht nur darum, an einer alten Arbeiteridylle festzuhalten mit schöner Übersichtlichkeit und Einheitlichkeit. Auch die konservative Variante, daß nun — schwerlich, schmerzlich, unausweichlich — Abschied genommen werden muß von einem uns ans Herz gewachsenen Zeitalter — wir musealisieren den Hochofen und das Fördergerüst und bauen nebenan den High-Tech-Park — soll hier nicht offen noch heimlich gestärkt werden.

Das Ruhrgebiet mag in mancher Hinsicht eine späte Region sein, aber sie ist nicht zu spät. Im Gegenteil: Von der sozialen Homogenität und dem verbreiteten sozialen Habitus ist es eine ganz moderne Region. Eine im Alltag und im Alltagsbewußtsein demokratische, als Einwanderungsland im guten Sinne amerikanische Gesellschaft. Und die Tatsache, daß es kein eigentliches Zentrum gibt, mag auch Symbol dafür sein, daß ein soziales und kulturelles Oben und Unten weniger stark ausgeprägt ist, als die hohen Arbeitslosenzahlen vermuten lassen. Wenn das keine moderne Struktur ist, die verteidigt und weiterentwickelt werden sollte?

Barrikaden der Perestrojka

In der letzten Ausgabe der „links" begannen wir mit dem Abdruck eines „round-table"-Gesprächs führender Sowjetwissenschaftler über die Möglichkeiten und Grenzen von perestrojka und glasnost. Besondere Bedeutung bekommt dieses Gespräch durch die Parteikonferenz in Moskau Ende Juni. In dieser und der kommenden „links" werden wir weitere Teile dieses Gesprächs aus der in Moskau erscheinenden Zeitschrift „Das 20. Jahrhundert und der Freiden", 2/88, abdrucken.

Die zweite Voraussetzung resultiert aus der ersten: Wir sind Zeitgenossen des Vorabends und Übergangs zum Kommunismus. Marx hat ihn zu seinen Lebzeiten erwartet, Lenin umso mehr. Und bei allem Verständnis für die Kompliziertheit dieses Übergangs war das Schema folgendes: Nicht sofort zum Kommunismus, über den Sozialismus, Einzelheiten und Fristen wurden natürlich nicht festgelegt, doch in allgemeinsten Zügen hat man ungefähr einige Jahrzehnte vermutet. Mehr noch, gleich nach Machtergreifung 1917 schien, daß man ohne Markt, ohne Geld den Kommunismus aufzubauen beginnen könne, auch wenn er anfangs ein Kriegskommunismus war. Das war nicht einfach ein Irrtum, eine Utopie. Das beruhte auf der Überschätzung der Errungenschaften des Kapitalismus und jener Voraussetzungen, die er geschaffen hatte. Nicht nur in einem rückständigen Land, sondern in jedem beliebigen, dort, schien es, wird alles wie geschmiert laufen. Doch leider war es nicht so. Nach dem monopolistischen Stadium des Kapitalismus erlebt der Kapitalismus ein drittes und ein viertes, usw.

Drittens. Eine neue Lehre über den Sozialismus muß her. Allerdings ist sie bisher auch wenig entwickelt. Obwohl man einige Elemente bei westlichen Marxisten finden kann, u.a. bei den italienischen — Gramsci, Togliatii. In dieser neuen Lehre muß vieles überarbeitet werden. Beispielsweise die Rolle des politischen, staatlichen Faktors und die Gefährlichkeit einer Verstaatlichung der Gesellschaft. Man muß erneut das Verhältnis zwischen Sozialismus und persönlicher Interessiertheit analysieren — von der NÖP-Zeit bis zur gegenwärtigen perestrojka, einbezogen die Erfahrungen Chinas und der anderen sozialistischen Länder. Man muß auch in Betracht ziehen, daß der Sozialismus nicht irgendeine kurzweilige Zwischenmaßnahme ist, wo die kollektiven Faktoren in reiner Art fungieren. Der Sozialismus darf nicht einfach die Möglichkeiten des klassischen Kapitalismus nutzen, das reicht nicht aus. Er muß in der Konkurrenz mit dem gegenwärtigen, sich weiterentwickelnden Kapitalismus jene neuen Möglichkeiten nutzen, die innerhalb des Kapitalismus zutage treten werden, und darf ihm dabei nicht nachstehen.

Es hat sich also herausgestellt, daß die Übergangsepoche eine kapitalistisch-sozialistische Epoche ist, was die Klassiker überhaupt nicht vorgesehen hatten. Sie dachten, daß eine Etappe zu Ende gehe, die andere — vielleicht in Rußland — beginne und sich sofort überall in der ganzen Welt ausdehnen werde. Es hat sich herausgestellt, daß die Übergangsepoche, das, was man Sozialismus nennt, Sozialismus in der Konkurrenz mit dem Kapitalismus ist. Koexistenz nicht für ein Jahr, nicht für zwei, sondern für Jahrhunderte. Das bedeutet, daß der Sozialismus nicht auf den Trümmern des Kapitalismus entsteht, der sich zudem noch von dem früheren Kapitalismus durch bestehende Merkmale unterscheidet. Er muß nicht einfach das Erbe des Kapitalismus nutzen, sondern viele Kategorien der kapitalistischen Gesellschaft in Verbindung mit der Umverteilung des Eigentums und der Veränderung des Machtcharakters nutzen. Diese Aufgaben sind nicht gelöst. Ihre Lösung wird während der perestrojka geplant. Das ist eine Chance. Also ein Frieden des kapitalistisch-sozialistischen Systems mit dem Kapitalismus, der unserer Konkurrenz und dem Druck der eigenen Gesetze Rechnung tragen muß.

Dabei bleibt das wichtigste in der marxistischen Lehre, nämlich der Übergang zum Sozialismus, unvergänglich: Nur der Kapitalismus, in dem sich die Ungerechtigkeit offenbart, schafft und entwickelt erstmals nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch politischen Bedingungen für die eigene Überwindung. Diese Überwindung tritt in den Tiefen des Kapitalismus in verschiedensten Arten hervor — in der Entwicklung der Demokratie, ungewöhnlich für das 19. Jh., im Aufkommen neuer Massenbewegungen, die es im 19. Jh. nicht gab, im neuen Wechselverhältnis des vergesellschafteten und privaten Sektors im Rahmen des Kapitalismus — und ist keine Konfrontation der beiden Welten. Das ist ein komplizierter, wahrhafter Übergangszustand. Übergang auch in dem Sinne,

Vergangenheit: Leninismus — Stalinisnus

daß auch in den Ländern, wo sich der Sozialismus abzeichnete, der Markt erhalten bleibt, der Markt der Konkurrenz, obwohl bei einer anderen Eigentumsstruktur und einem anderen Charakter der Macht, nämlich als Demokratie.

Man braucht also eine neue Lehre über den Sozialismus, die mit der neuen Realität des 21. Jh. in Einklang stehen würde. Den alten, ,,klassischen'' Marxismus löst der Marxismus eines neuen, intellektuellen Zustands ab.

L. Saraskina: Mir scheint, Sie sind alle Idealisten, und zwar in dem Sinne, daß Sie von dem Ideal, von der Überzeugung ausgehen, daß der ,,Start'' — der Impuls des Oktober — geblieben sei. Da drängt sich die Frage auf (und die Sechzehnjährigen stellen sie so): Wie ist dieser Impuls zu uns gelangt? In welchem Maße können Gesellschaft und Ordnung, die heute bestehen, Sozialismus im Leninschen Sinne genannt werden?

Ich war noch ganz klein, als Stalin starb. Mit sieben Jahren hörte ich von einer ,,Antiparteigruppe'' und Beria, dem ,,Spion des englischen Geheimdienstes''. In der Schule gelernt, sah ich, wie die Idee des XX. Parteitags und die Reformen N.S. Chrustschows mit jedem Jahr mehr diskreditiert wurden. Danach wurde er abgesetzt und Voluntarist genannt. In der Hochschule erhielt ich bei einer Prüfung in Geschichte der KPdSU wegen der Äußerung ,,in der Epoche des Personenkults'' einen Punkt weniger. ,,Solch eine Epoche hat es nicht gegeben!'' schrie der wütend gewordene Prüfer. ,,Sie müssen die Parteidokumente besser lesen''. In die ,,Epoche der Stagnationserscheinungen'' schlitterte ich als Studentin und danach als Literaturlehrerin, und ich habe 15 Jahre lang versucht, mich innerlich dem aus Demagogie und Lüge gewobenen klebrigen Spinngewebe zu widersetzen. Mich und meine Altersgenossen, deren bewußtes, erwachsenes Leben gerade in der Stagnatioszeit begann, hat der Impuls des Oktober sehr verzerrt und trüb erreicht. Und wie erreichte er die heute Sechzehnjährigen, die in den odiösen 70er Jahren geboren sind? Darüber müssen wir uns Gedanken machen, denn die Zukunft der perestrojka liegt doch in ihren, nicht in unseren Händen. Was ist zu tun, damit der Start des Oktober für sie erkennbar und vernehmbar ist, daß die perestrojka nicht als Idee von Veteranen aufgefaßt wird, sondern als eine alle vereinende lebenswichtige Sache? Wie könnte man hier nicht über Klischees der politischen Denkweise nachdenken?

Das politische, soziale Selbstbewußtsein der Befürworter der Orthodoxie stützt sich auf drei alte Dogmen.

Das erste Dogma: Wir sind eine Gesellschaft von Siegern, ,,Hegemonen'', die von der Geschichte auf ewige Zeiten Indulgenz erhalten haben. Natürlich war es nicht die Geschichte, sondern wir selbst haben uns im Namen der Geschichte die Urkunde über unsere ewige und stete Richtigkeit verliehen. Unsere, ,,einzig richtige'' Theorie dient zur Rechtfertigung der Praxis, und unsere Praxis ist verpflichtet und berufen, als Bestätigung der Geschichte zu dienen.

Zweites Dogma: ,,Wir haben einen ruhmreichen Weg zurückgelegt, und jeder Tag dieses Wegs ist an und für sich wertvoll.'' Von den ungeheuren Verbrechen, die gegen das Volk verübt wurden, wissen und auf den Wert jeden Tags beharren, sogar jener Tage, Monate, Jahre, als ,,ein Untier, plump, frechwütend und riesig, bellend aus hundert Mäulern, das Land regierte'', ist zumindest unsittlich. Im Rahmen der Konzeption ,,einzelner Fehler bei ständiger Vorwärtsbewegung'' Betrachtungen anzustellen ist zumindest ungerecht, besonders wenn man annähernd die Zahl der Opfer der Gulag (Berias Hauptverwaltung der Arbeitslager) weiß. Der schreckliche Wahnsinn der Formel ,,ruhmreicher Weg'' verfolgt mich mein ganzes Leben. Kann man diese Beschwörung heute so gedankenlos wiederholen?

Das dritte Dogma ist nicht einheimischer Herkunft, sondern aus fremden Gegenden zu uns geschwommen und lautet: Der Führer hat immer recht. Ins Russische übersetzt heißt das: Die Obrigkeit irrt sich nie!

UMBRUCH

Zeitschrift für Kultur · Heft 2/88 · 9 DM

Altern Alter Alte Alt

Heinrich Fecher: **Alt- und Älterwerden.** Ein UMBRUCH-Redakteur vor dem Spiegel · **»Der Tatsache, daß du alt wirst, kannst du nicht aus dem Weg gehen.«** Gespräch mit Marianne Lang (Graue Panther) · *Mechthild Veil:* **Zunächst im Kino.** Plädoyer für das Recht alter Menschen, aus der Rolle zu fallen · *Hannelore Narr:* **Altsein im gesellschaftlichen Abseits.** *Brigitte Bee:* **Der alte und der neue Tod.** »Jetzt an die Zukunft denken, Särge schenken«

Fritz Güde: **Aus lauter Flucht in den Vormarsch.** Heidegger vor, im und nach dem Faschismus

Ein Krakenblick auf die Postmoderne. Florian Rötzer im Gespräch mit Vilém Flusser

Christoph Zwicker: **Der homo ludens des global campus.** Zum Erzählwerk von Lars Gustafsson

Gunnar Schmidt: **Von der Erleuchtung.** Der schizophrene Maler Richard Dadd.

Gerd Hurrle: **Die Kruppsche Arbeiterkolonie.** »Ein belebter Theil der Fabrik«

Das neue Heft ist jetzt im Buchhandel erhältlich oder (bitte 9 DM + 1 DM Porto als Scheck oder Briefmarken gleich mitschicken) direkt vom

UMBRUCH

Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1

Die Benutzer dieser Losung haben ausgezeichnet verstanden: Um heilzubleiben und Erfolg zu haben, muß man sich samt Generallinie gehorsam beugen. Sind das aber Kader für die perestrojka — Leute ohne sittlichen Halt, ohne eigene Ansichten?

Solange diese drei Dogmen Grundpfeiler der perestrojka bleiben, wird die perestrojka als Homunkulus, emotionell unakzeptabel für die Jugend, aufgefaßt. Die Jugend muß begreifen, daß der Führer vielleicht auch nicht recht hat. Zu meinen Lebzeiten hat es im Land keinen besseren Führer gegeben als Gorbatschow, doch wenn wir nicht die Kultur der Polemik anerziehen, die Kultur des Dialogs mit dem Führer eines beliebigen Rangs, werden wir dort landen, wo wir herkamen. Es darf nicht sein, daß selbst ein Gedanke an die Möglichkeit solch einer Diskussion als Provokation anmute.

Verstehen Sie, es gibt Leute, die sich ohne Ideal als Persönlichkeit formierten. Für sie streite ich mit dem hier vorgebrachten Ausgangspunkt, weil dieser Punkt für die Jugend beinahe nicht zu erkennen ist. Daher respektiere ich Ihr Pathos, doch zweifle ich sehr an Ihrer Analyse!

A. Nujkin: Die perestrojka hat die Hirne breiter Bevölkerungsschichten aufgerüttelt und sie der Politik zugewandt. Wir lernen, in politischen Kategorien zu denken, und weiter müssen wir schon nach den Regeln der realen Politik handeln. Bereits heute brauchen wir langfristige, strukturelle politische Lösungen.

Daß wir vom äußersten Rand auf den Streifen der Reformen traten, weckt die gefährliche Illusion, als ob eine garantiert lange Frist ihrer freien Entwicklung vor uns liege. Doch schon heute werden die Parteitagsbeschlüsse nicht erfüllt. Die Reformen sind richtig und gut geplant, doch funktionieren sie nicht. Wir applaudierten, als Michail Gorbatschow auf dem Parteitag über eine Wende zur Naturalsteuer sprach, und was weiter? Ein halbes Jahr später holt das Gesetz über ,,nichterarbeitete Einkünfte'' gegen die Werktätigen aus, die faktische Realisierung des Gesetzes über die individuelle Arbeitstätigkeit hat dem Werktätigen nichtso sehr die Hände entfesselt als vielmehr gebunden. Denn der Bürger darf sein verfassungsmäßiges Recht auf Arbeit nicht verwirklichen, wie er es für nötig empfindet: Nein, er muß sich einem sowjetischen Kleinbeamten zu Füßen werfen und bei ihm um Arbeitserlaubnis bitten!

Die unaufschiebbare Aufgabe für alle, denen die Ideen der perestrojka am Herzen liegen, besteht darin, einen Schritt zum Begreifen der sich abzeichnenden Sackgasse zu machen. Der perestrojka können wir heute in erster Linie dadurch helfen, daß wir sie kritisieren. Ja, es wird Zeit, die perestrojka zu kritisieren. Nicht ihre herrliche Idee kritisieren, sondern die Fruchtlosigkeit ihrer Formen, die Untauglichkeit mancher angewandter Mittel, die Zugeständnisse gegenüber dem Hauptfeind der perestrojka — dem Millionenapparat von leitenden Bürokraten. Man darf keine Zeit versäumen und sich mit der Unumkehrbarkeit der Prozesse trösten. Immer noch hängt bei uns leider alles von der Haltung von ein, zwei Menschen ab. Und da es so ist, kann die perestrojka abreißen, ohne sich richtig entfaltet zu haben. Sie hat keinerlei Garantien. Doch für ihren erfolgreichen Verlauf ist es besonders wichtig, daß sich im Land offene, klar umrissene politische Strukturen herausbildeten, die verschiedene Programme des des kommunistischen Aufbaus widerspiegelten, mit ihren Führern, deren Ansichten und Haltungen uns bekannt wären, und die Gleichgesinnten zusammenschlössen und strukturierten. Ja, das führt zur Polarisierung der Kräfte, doch kann man nicht wählen, wenn man keine Wahl hat. Die Möglichkeit einer freien politischen Wahl ist aber das, was echte Garantie für die perestrojka sein könnte.

L. Karpinski: Was sehen wir heute? Eine breite, vielschichtige bürokratische Gemeinschaft legt Eier unter die Haut der perestrojka und füttert auf Kosten ihres jungen, frischen Körpers ihre Larven und will in den neuen Kategorien auf alte Art ,,arbeiten''. Und inzwischen entstehen in der politischen Ideologie der perestrojka, an der wir uns schon freuen, bereits Kräfte des Bremsens und der Umkehrbarkeit.

Die Hauptmethode dieser Kräfte, die nach Absetzung Chrustschows schon einmal angewandt wurde, besteht in dem Versuch, im gesellschaftlichen Bewußtsein ein eklektisches Bild der Geschichte zu verwurzeln. An bloßgestellten politischen und ideologischen Realitäten festhalten, sie verbergen, retten, das Recht auf ihre Existenz innerhalb der neuen Denkweise aussprechen und, sobald es möglich wird, zum Angriff übergehen. Ich meine nicht die ,,Halbwahrheiten'', sondern die völlige Wahrheit, die nach dem Prinzip ,,alles zusammen'' aus verschiedenen Hälften — ,,einerseits'', ,,andererseits'' — aufgebaut ist.

Einerseits gab es Korruption, moralischen Verfall, Stagnation und Unterdrückung der Initiative, einmalige Tragödien und nebenan — Freude, Enthusiasmus und Großtaten... Einverstanden. Doch wie soll man das Ganze verstehen?! Wo bleibt die Systemlogik?

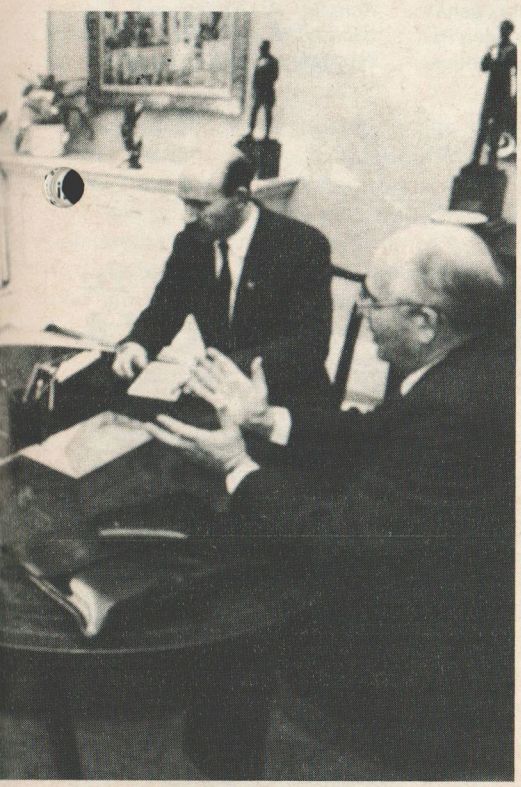
Wie sich herausstellte, existiert der Opportunismus in zwei Varianten: in der verteidigenden, d.h. eklektischen, wenn er manövriert und sich herauswindet, und in der aggressiven, d.h. dogmatischen, die ,,aufrührerische'' Gedanken guillotiniert, wenn er im Angriff ist und Kräfte hat, fortschrittliche Ideen skrupellos abzuhacken. Der Eklektizismus ist eine feige Form des Dogmatismus. Nehmen wir die hartnäckigen Erklärungen, daß wir angeblich ,,nicht vom Sozialismus zum Markt gehen werden''... Der Markt als solcher ist aber nicht ,,gegen'' den Sozialismus, er entstand lange vor unserer Zeitrechnung, am Morgen der Menschheit, die ohne Markt nicht zustanden gekommen wäre. Den Markt dem Sozialismus gegenüberzustellen heißt, den Sozialismus der ganzen Geschichte, den grundlegenden Formen der Gemeinschaft und der Verständigung der Menschen entgegensetzen. Bis jetzt ist es mit dem Sozialismus deshalb schlecht, weil es keinen Markt gibt.

Noch ein Trick der perestrojka-Gegner — Aneignung und Mißbrauch der Heiligtümer. Man stülpt sich eine Budjonny-Mütze der Kommissare des Bürgerkrieges und die Soldatenhelme aus dem Vaterländischen Krieg auf, zieht sich ein Kettenhemd von Dmitri Donskoi an, man stellt

sich als einziger Träger der patriotischen Idee hin, ruft zur ,,Wachsamkeit" auf und organisiert eine Landesfahndung nach den ,,Schwarzfärbern". Dieses Spiel mit den patriotischen Gefühlen, die jedem eigen sind, bleibt ungeachtet dessen eine gezielte Irreführung. Die Ausbeutung der Heiligtümer oder, umgekehrt, der ideologischen Schreckgespenste für konservative Zwecke ist eine gefährliche Art sozialer Demagogie.

Selbstverständlich kann man auch der heutigen Publizistik etwas vorwerfen. Ich hätte beispielsweise gesagt: Ihre scharfe Kritik an Kleinigkeiten, ihre harmlosen Hahnenangriffe auf Vergangenheit und Gegenwart verwandelten sich in ein Fließband von Banalitäten. Schluß damit, nur ,,manche Mängel" aufzuzeigen — dieses altersschwache Kampfmittel hängt einem schon zum Halse heraus. Kaum ist solch ,,Unreiner" entlarvt, so guckt hinter seinem Rücken schon eine gleiche abscheuliche Physiognomie heraus. Solch eine oberflächliche Kritik freut nur die Bürokratie, stärkt ihre Unerschütterlichkeit im ganzen und liefert den Kontrollinstanzen viel Arbeit. Kurzum, genug mit Entlarven, es ist höchste Zeit zum Analysieren!

J. Burtin: Ich teile das Pathos der hier geäußerten Ansichten und die Kritik an unserem jetzigen Zustand. Die ganze Zeit fehlt mir aber während unseres Gesprächs ein



Around the table: Gorbatschow und Reagan beim Gipfel in Washington

Detail, genauer ein Fragezeichen. In den Jahren des Schweigens haben wir eine Menge von Ausrufen in uns gespeichert, und sie wollen jetzt heraus. Heute braucht man eine Kraft, um mit den Antworten nicht voreilig zu sein. Ich möchte mich mit der Stellung der Fragezeichen befassen:

Man fragt: Was behindert die perestrojka, was steht ihr im Weg? Alles stört, buchstäblich rein alles behindert! Die erste Schwierigkeit besteht im Objekt der perestrojka selbst. Darin, daß es nicht irgendeine Summe von zwar ernsthaften, aber mehr oder weniger zufälligen und speziellen Zwistigkeiten und Brüchen des innerlich gesunden gesellschaftlichen Organismus ist, die man ohne die Grundfesten zu berühren, korrigieren muß. Das Objekt der Umgestaltung ist das Gesellschaftssystem im ganzen. Ein System, das sich lange und fest herausgebildet hat, das ein innerlich abgeschlossenes, einheitliches und in diesem Sinne wirklich ,,reifes" System ist. Das ist eine Tatsache, die man weder durch seine einzelnen Widersprüche noch durch seinen allgemeinen Krisenzustand, in den es in den letzten Jahrzehnten immer mehr versank, aus der Welt schaffen kann. Ein System, dessen Hauptschwächen, darunter Stagnation und Undemokratismus, leider genauso organisch sind wie das, was seine Vorzüge ausmacht (Planmäßigkeit, politische Stabilität): diese und jene resultieren logisch aus den gleichen prinzipiellen Grundlagen und ergänzen sich eigentlich.

Offensichtlich ist dieses System (G. Popow nannte es treffend im Aprilheft der Zeitschrift ,,Nauka i Shisn" das Administrative System) an der perestrojka innerlich nicht interessiert, sie (die perestrojka) ist ihm (dem System) von oben aufgezwungen und wird jede Minute nach allen Regeln der Immunität von ihm abgestoßen. Frage: Wie kann man dieses für uns auswegslose und verhängnisvolle, aber organische System in etwas umgestalten, was sich prinzipiell von ihm unterscheidet und zugleich organisch ist?

Die andere Schwierigkeit: Als Durchführer der perestrojka fungieren dieselben sozialen Institutionen (andere gibt es noch nicht), nämlich der Apparat der Partei-, Staats- und Wirtschaftsführung, wissenschaftliche Organisationen, Organe der Presse, des Gerichts, der Staatsanwaltschaft usw., die Werkzeuge der Stabilisierung des sich heute umgestaltenden Systems waren und mit dieser Funktion verwuchsen. Sie haben diesem System die Formen ihrer Tätigkeit und ihre Organisationsstruktur angepaßt. Natürlich kann man ihnen befehlen, Agenten der perestrojka zu werden, und sie werden sich bemühen, diese für sie neue Rolle zu übernehmen, zumindest werden sie solche Mühe zeigen. Man muß aber damit rechnen, daß sie dabei gleichsam gegen sich selbst, gegen ihre eigene funktionale Natur wirken müssen. Hierin wurzeln unvermeidlich die Tendenz zum Bremsen des Demokratisierungs- und Umgestaltungsprozesses (viel mehr als das Erwägen des vernünftigen Konservatismus verlangen), die Gefahr seiner Unfruchtbarkeit und Verwandlung in Worte. Frage: Welche neuen sozialen Institute muß man schaffen und wie die alten, vorhandenen umgestalten, damit sie effektive und selbständige Motoren der perestrojka werden können, die keinen steten Anstoß von oben brauchen?

Die dritte Schwierigkeit und andererseits auch Hoffnung sind die Menschen und ihre Interessen. Die Schwierigkeit besteht bereits darin, daß die leitenden Stellungen in den oben erwähnten sozialen Institutionen nach wie vor, mit seltenen Ausnahmen, von denselben (oder gleichen) Leuten bekleidet werden, die vor fünf und zehn Jahren in denselben Stellen saßen. Und andere kann man bis jetzt nirgendwo hernehmen! Die Sache hapert aber nicht nur an den Kadern. Die Jahre schwerer Zeiten und der Stagnation, der bürokratischen Willkür und gesellschaftlichen Passivität, fehlender Glasnost und des in den unterschiedlichen Formen üppig gediehenen sozialen Parasitismus senkten rapide das gesamte Niveau der gesellschaftlichen Sittlichkeit, verdarben ganze Generationen, insbesondere jene, die gerade die perestrojka verwirklichen sollen. Äußerst widersprüchlich ist aber auch die Interessiertheit an der perestrojka. So oder anders verstehen alle, daß man sich umgestalten muß, daß sonst eine Katastrophe kommt. Doch jedem einzelnen, im Sinne seines persönlichen Wohlergehens, verspricht die perestrojka bestenfalls etwas in der Zukunft, heute gibt sie unmittelbar nichts oder fast nichts. Vielen droht sie, auch etwas zu nehmen — wenn nicht die Stellung oder ,,nicht erarbeitete Einkünfte, so die Ruhe, die Möglichkeit, mit halber Kraft weiterzuarbeiten, usw. Was wird in diesem neuen Streit zwischen Persönlichem und Gesellschaftlichem siegen, der heute beinahe in jeder lebenden menschlichen Seele vor sich geht (und wie viel ,,tote" Seelen gibt es, die keine Ahnung von solchem Streit haben!)? Und auf welche Weise wird sich diese Widersprüchlichkeit ihres ,,menschlichen Faktors" auf die Ergebnisse der perestrojka auswirken? Die Antwort ist wiederum nicht vorausbestimmt.

SÜDAFRIKAS KRIEG GEGEN KINDER

POSTERSERIE: „Südafrikas Krieg gegen Kinder", überarbeitete und erweiterte Neuauflage (13 Bild- und 3 Texttafeln im DIN A3-Format) —Unkostenbeitrag: 10,- DM
Diese Posterserie eignet sich besonders gut zum Aufhängen bei Veranstaltungen, Sitzungen, Konzerten, bei Infoständen etc., um auf die Grausamkeit und Brutalität aufmerksam zu machen, denen Kinder unter apartheid ausgesetzt sind.

BROSCHÜRE. „Südafrikas Krieg gegen Kinder"
Massenverhaftungen, Mißhandlungen, Folter und Mord — das Apartheidregime hat den Kindern des Landes den Krieg erklärt! Wir dokumentieren diese Verbrechen in dieser Broschüre auf 56 Seiten. — Unkostenbeitrag: 2,- DM

ANC-Vertretung in der BRD
Postfach 1901 40 — 5300 Bonn 1

Medienwende in der VR China

Das theoretische Parteiorgan „Rote Fahne" (Hongqui) wird Mitte Juni sein Erscheinen endgültig einstellen. Wie der amtierende Chefredakteur und Vizevorsitzende der Zentralen Parteihochschule, Su Xing, in einem Zeitungsinterview ankündigte, soll als Nachfolgerin ab 1. Juli eine neue Zeitschrift mit dem programmatischen Namen „Qiushi" (Suche nach Wahrheit) erscheinen. Anders als „Hongqui" wird sie nicht mehr direkt als eigene Abteilung dem Zentralkomitee unterstehen, sondern von der Parteihochschule herausgegeben.

Su Xing bezeichnete es als Aufgabe der neuen Zeitschrift, sich mit theoretischen und praktischen Fragen in der Anfangsstufe des Sozialismus und insbesondere den Problemen der wirtschaftlichen und sozialen Reformpolitik und der Öffnung nach außen befassen. Unter dem Motto „Laßt hundert Blumen blühen und hundert Schulen miteinander wetteifern" soll sie zu einem echten Diskussionsforum werden, ideologisch-theoretische Studien fördern, sich durch „Lebendigkeit und Lesbarkeit" auszeichnen und „Einseitigkeit" vermeiden.

Pressefreiheit auf gualtematekische Art

Nach einem gescheiterten Putschversuch am 11. Mai 1988 wurde die Lage der Presse in Guatemala zusehends schlechter. Vorläufiger Höhepunkt war ein Anschlag auf die Wochenzeitschrift „La Epoca".

Zwölf schwerbewaffnete und vermummte Männer drangen im Morgengrauen des 10. Juni in die Büros von „La Epoca" im Zentrum von Guatemala-Stadt ein. Vorher hatten sie den Wächter des Gebäudes mit dem Tod gedroht. Telex, Computer und andere wertvolle technische Anlagen nahmen sie mit. Danach legten sie Brand- und Sprengsätze, die die gesamte Einrichtung zerstörten. Am Tatort ließen die Männer ein Dokument zurück, in welchem sie ähnliche Attentate gegen weitere Informationsmedien ankündigten. Beim Verlassen des Gebäudes entführten sie einen zufälligen Augenzeugen ihrer Gewaltaktion, José Luis Ochoa, der sich auf dem Weg zu seinem nahegelegenen Arbeitsplatz befand.

Anlaß für diesen Überfall war die Veröffentlichung eines geheimen Papiers von Militärs, die erfolgreich von der Regierung Cerezas gefordert hatten, die Nachrichtenagenturen Tass (Sowjetunion) und Prensa Latina (Cuba) zu schließen und ein Konzert des Moskauer Sinfonieorchesters abzusagen.

Die Macho-Welt aus der „Sicht der Unterröcke"

Neues feministisches Zeitungsprojekt in Mexiko

Autonomie wird kleingeschrieben im Land der „institutionalisierten Revolution") (Name der herrschenden Partei Mexikos, PRI). Die PRI entläßt ihre Kinder nicht — mit Subventionen werden linke Oppositionszeitungen subtil gehätschelt und entschärft. Von den Papierherstellern über die Verleger bis zu den Zeitungsverkäufern sind alle mit der PRI liiert — natürliche Auslese sozusagen.

Daß es doch gehen kann, zeigt „Esporadica" (die Sporadische), neueste feministische Zeitung in Mexiko. Sie kämpft seit fast drei Jahren um ihr Entstehen. Und sie hat offensichtlich einen wunden Punkt getroffen: sofort nach Erscheinen der Nullnummer Mitte Oktober letzten Jahres machte die PRI ein Aufkaufangebot: für immerhin knapp 12.000 DM, den Zusatz „gedruckt von PRI" und ab und zu einer kleinen Regierungsanzeige.

Damit wären die beiden Macherinnen, Adriana Batista, 29, Autorin und Journalistin, und Ana [illegible]reto, 31, erste Cartoonistin [illegible] Mexiko, zwar ihre Finanzsorgen los — aber eben auch ihre Zeitung. „Esporadica" ist eine Zeitung von und für Frauen, die vor allem aus Bildern besteht, „weil wir es müde sind, unendliche Seiten von Dingen zu lesen, die nie zu irgendetwas führen. Wir glauben, daß die grafischen und literarischen Bilder mehr sagen können als die großen erschlagenden Analysen. Wir versuchen nicht, Geschichte zu machen, wohl aber, sie mit Geschichten anders zu interpretieren", wie es in der Einleitung heißt. . .

Kontakt: A. Huffschmid, Dieffenbachstr. 18, 1 Berlin 61; S. Keinath, Hermannstr. 171, 1 Berlin 44.

Bücher zu LATEINAMERIKA

Über 500 Kurz- bzw. Sammelrezensionen lieferbarer deutschsprachiger Titeln zu bzw. aus Lateinamerika.
Ein Autorenregister und eine übersichtliche Gliederung (nach Ländern und Sachthemen) erleichtern das Nachschlagen. Besprochen werden:

- Sachbücher zu Lateinamerika
- Lateinamerikanische Belletristik in deutschen Übersetzungen
- eine Auswahl von Büchern die sich allgemein mit dem Nord-Süd-Verhältnis beschäftigen

Der Literaturteil enthält neben den Angaben zu den Büchern auch kurze Biographien der entsprechenden SchriftstellerInnen.
Das ganze kostet **nur 5,— DM** (+ 2,— DM Versandkosten — ab 10 Expl. versandkostenfrei). Nur gegen Vorauskasse in Briefmarken oder Verrechnungsscheck.

Bestellungen an:

Informationsstelle Lateinamerika
Oscar-Romero-Haus
Heerstraße 205
5300 Bonn 1

oder

Der Andere Buchladen
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41

Der andere Buchladen, Köln
Informationsstelle Lateinamerika (ila), Bonn

Endlich!

Andreas Werle

Es gibt keine Ökonomie der Endlösung

Der Versuch einer historiographischen Annäherung an Auschwitz, an die Geschichte der Vernichtung der europäischen Juden, gleicht einem Alptraum, Fakten zu ordnen, die nur scheinbar zusammenpassen, in jedem Versuch einer Synthese der Daten nicht nur psychologisch gehindert zu werden, sondern sie auch nicht zusammenfügen zu wollen, weil das Ergebnis hinweist auf den Mord.

Das Geschehen nicht erklären zu wollen scheint auf den ersten Blick dem Wunsch nach Verdrängung entgegenzukommen. Tatsächlich ist aber dieser Wunsch, bei der Arbeit am historischen Material die Synthese zu verweigern, es wert verstanden zu werden. Er führt hin zur ganz spezifischen Problematik der Historisierung des Nationalsozialismus.

Auschwitz als Methodenproblem?

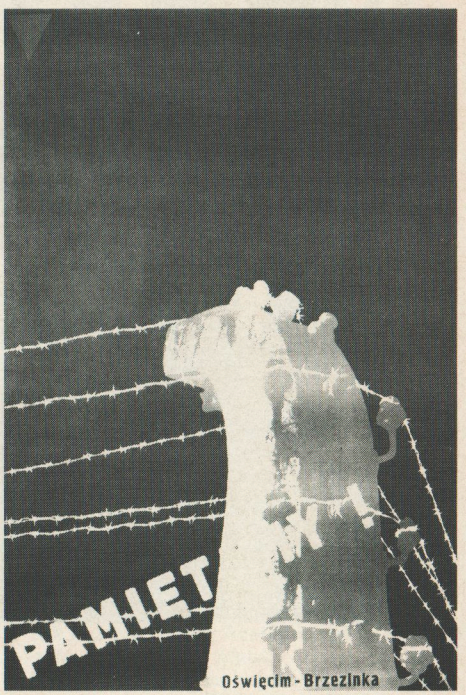
Das Problem der Historisierung des Nationalsozialismus ist, folgt man Saul Friedländer, daß die Einmaligkeit des zivilisationsdezessiven Charakters des Dritten Reiches aus den Augen verloren wird. Er wird aus den Augen verloren dadurch, daß man um des Verstehens willen nicht nur die Verwaltungsstruktur, den Militärapparat, Gesetzgebung, Sozialpolitik usw. komparatistisch behandelt, sondern notwendigerweise auch die Tat, den Massenmord. Der staatlich initiierte und fabrikmäßig durchgeführte Massenmord ist ein singuläres Ereignis. Er ereignet sich aber, im Gegensatz zu einem Pogrom innerhalb eines institutionellen Rahmens. Die Tat erscheint deshalb als systemimmanent. Sie ist auch nicht möglich ohne die Folge von: Identifikation, Enteignung, Konzentration, Auslöschung *(R. Hilberg, Die Vernichtung der europäischen Juden, S. 42)*. Es gibt allerdings eine Demarkationslinie und sie bezeichnet nicht nur eine methodische Prämisse. Der historiographische Zugang erfolgt post crimen. Es ist unmöglich einen anderen Zugang zu wählen, als den jenseits der Gaskammern. Diese Perspektive nicht einzunehmen hieße, die Konsequenz für die Opfer außeracht zu lassen. Aber: die Perspektive der Opfer bis genau an diesen Punkt: einen Schritt vor der Gaskammer, war eine andere. Für sie war es unmöglich den Wahn zu durchschauen. bis zu diesem Duschraum war die Tarnung perfekt, unmöglich für die Opfer die Vernichtungslogik zu erkennen.

Es gab Fluchthilfeorganisationen, Aufstände im Getto (Warschau) und in den Konzentrationslagern (Auschwitz), ja sogar erfolgreiche Fluchtversuche aus den Tötungslagern Sobibor und Treblinka. Die Chance zu überleben allerdings war unter 1 : 1.000, und was heißt das, wenn man nur ein Leben hat? Für das einzelne Individuum bedeutet diese kalte Statistik ein Todesurteil. Generell gilt: Es war nicht möglich für die allermeisten Individuen zu verstehen, daß die Alltagsrationalität zerstört war. Tausche Brot gegen Deportation im Ghetto hieß, sich den Tod einkaufen, und zwar in dem guten Glauben, schlimmer als es ist, kann es nicht mehr werden.

Diese Differenz ist eine um's Ganze. Bezieht man sie nicht ein, dann liegt eine zynische Logik des „Wir sind quitt" nahe. Wenn der Massenmord organisatorisch und planerisch gestaltet war, vorgedacht, institutionell gesichert und propagiert wurde, dann muß es für die Opfer die Möglichkeit gegeben haben, das zu durchschauen und entsprechend zu handeln. Nun sind die meisten wehrlos in den Tod gegangen, also liegt ein Teil der Schuld bei ihnen, wir sind quitt.

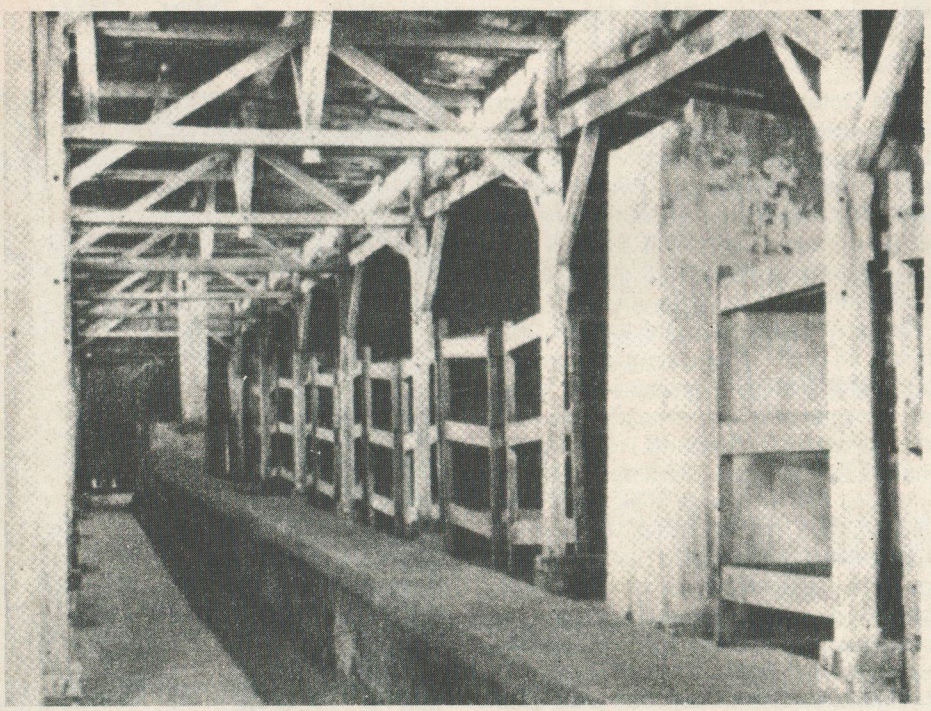
Der Mord ist die einzige Logik der Endlösung

Der Zugang zu Auschwitz bedarf einer entscheidenden Korrektur. Die Tatsache, daß die meisten sich ohne Widerstand abführen ließen, muß als ein erkenntnisleitendes Prinzip genommen werden. Was hat den Vernichtungsvorgang für die Opfer praktisch unerkennbar gemacht? Man muß vermuten, daß die Täuschung nicht in irgendeiner Tarnsprache lag, sondern daß die ganze Struktur der Vernichtungsma-



Polnisches Plakat von Julian Palka: „Wir haben das nicht vergessen. Auschwitz-Birkenau"

„Häftlingswohnbaracke" im KZ Birkenau. Bis zu 1000 Häftlinge wurden darin zusammengepfercht.



schinerie keiner erkennbaren politischen militärischen oder ökonomischen Logik gefolgt ist. Auschwitz ist prinzipiell nicht ableitbar. Und wenn das stimmt, dann kann man ante crimen auch grundsätzlich nicht darauf vorbereitet gewesen sein. Das heißt aber auch, daß man post crimen darauf verzichten muß, den Massenmord zu erklären. Wenn man diesen Zugang wählt, dann kann man historisieren, ohne der fatalen Konsequenz zu erliegen, die Opfer symbolisch noch einmal umzubringen. Die Crux der Historisierung liegt ja gerade darin, daß man denen, die faktisch keine Chance hatten, im nachhinein eine Chance andefiniert, nämlich die, daß, weil die Nazis stringent geplant hätten, diese Planung im für die Opfer lebensrettenden Sinne auch hätte durchschaubar gewesen sein müssen. Wissenschaftliche Arbeit, in diesem Falle die Historisierung des Nationalsozialismus, unter eine moralische Prämisse zu stellen, ist vielleicht die einzige Möglichkeit, der Singularität von Auschwitz als verwirklichtem Zivilisationsbruch gerecht zu werden, und gleichzeitig historiographisch zu arbeiten.

Täterbiographie als Relativierungsstrategie

Einer Möglichkeit der fatalen Rationalisierung des Massenmordes methodisch aufzusitzen, ist der sich an der Praxis der Entnazifizierung qua Strafprozeß orientierende Ansatz der Täterbiographie. Die Täterbiographie eignet sich nicht nur hervorragend dazu, mittels einer manchmal gar posthumen Rache Gerechtigkeit herstellen zu wollen, wo es nichts, aber auch gar nichts wiedergutzumachen mehr gibt, sie ist gewissermaßen als mikroskopische Form der Alltagsgeschichte auch geeignet eine Kontinuität herzustellen, die nur im Bewußtsein der Täter existert.

Susanne Heim und Götz Aly haben in ihrem Beitrag „Die Ökonomie der Endlösung" in Band 5 der Reihe „Beiträge zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik" ausgiebig davon Gebrauch gemacht. Ihr Versuch, eine langfristige Strategie der ökonomischen Erschließung besetzter Gebiete anhand individueller Kontinuität der Tätigkeit von NS-Soziologen, Bevölkerungswissenschaftlern und Ökonomen auch über '45 hinaus nachzuweisen, in der dann aufgrund theoretischer Prämissen (Überbevölkerungstheorie und soziale Not) die Massenvernichtung „überzähliger Bevölkerungsanteile" als entscheidender Faktor auftritt, scheitert nicht nur an grundsätzlichen Fehleinschätzungen. Er besticht nicht nur durch die fatale Konsequenz, die Nazi-Ideologie als handlungsleitend für die damals Verantwortlichen anzunehmen, die streng ideologisch bestimmten Scheinanalysen der NS-Verwaltung werden am Ende von den Autoren als sachlich richtig angenommen. An keinem Punkt der sehr kenntnisreichen Arbeit von Heim/Aly taucht auch nur die Idee auf, die sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Untersuchungen der NS-Beamten als Ideologie, als Legitimationsfiguren für Herrschaftsinteressen zu identifizieren.

Die Bedeutung der von Heim/Aly vorgelegten Dokumente, die fast alle aus dem Verwaltungsapparat Franks im General-Gouvernement (GenGou) stammen, läßt sich nur dann richtig einschätzen, wenn man drei für den Vernichtungsprozeß grundlegende Zusammenhänge ins Auge faßt:

— der tatsächliche Beginn der Massenvernichtungsaktionen, das schlichte Datum: Anfang Juli 41 durch die Einsatztruppen, Mitte August 41 in Auschwitz, Anfang Dezember 41 in Chelmno und März 42 in Belzec im GenGou.

— die organisatorische Trennung der Zivilverwaltung im GenGou unter Frank, von dem mit der Massenvernichtung beauftragten und diese durchführenden SS-Apparates Himmlers.

— die von Hilberg beschriebene Rivalität zwischen Frank und Himmler.

(vgl. zu allem: R. Hilberg).

Zur polykratischen Struktur des NS-Herrschaftsapparates: die Rivalität zwischen Frank und Himmler

Bezeichnend für den letzten Punkt (und durch Detailanalysen der Organisation der Massenvernichtung ebenfalls verifizierbar) sind einmal die Erklärung Heydrichs auf der Wannseekonferenz, die Organisation der Massenvernichtung falle alleine in seine Kompetenz, und zwar ohne Rücksicht auf geographische Grenzen, und die Forderung des am 20. Januar '42 im Amtssitz des RSHA ebenfalls anwesenden

Staatssekretärs von Frank, Bühler, mit der ,,Endlösung der Judenfrage" im GenGou anzufangen. Frank, dem Hitler schon im März 41 zugesagt hatte, das GenGou ,,judenfrei zu machen", hatte ein erhebliches Interesse daran, im GenGou Kompetenzen an sich zu ziehen. Der als despotisch und ausgesprochen eitel geltende Frank lag als ein ,,Fanatiker der territorialen Zentralisierung" in einem ausgesprochenen Konkurrenzverhältnis mit Himmler, einem ,,Fanatiker der fachlichen Zentralisierung". Himmlers Apparat war, was die Massenvernichtung betrifft, schneller und eher in Bewegung gesetzt worden. Frank war im Hintertreffen, er erfuhr vom Konkretwerden der Pläne erst im Dezember 41. Die in der Argumentation von Heim/Aly zentrale ,,Abteilung für Bevölkerung und Fürsorge" innerhalb der Frankschen Verwaltung wird von Globocnik, dem für die Aktion Reinhard (Organisation der Vernichtungslager Belzec, Sobibor und Treblinka) verantwortlichen SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin, erst im März 42 zur Zusammenarbeit angewiesen. Aus diesem Kontext betrachtet wird es einsichtig, warum im Stab Franks Papiere zu produzieren waren, die die Endlösung forcieren und legitimieren sollten. Das ist keine Entschuldigung für die betreffenden Wissenschaftler, der Unterschied ist bloß der, daß sie sich opportunistisch verhalten haben, nicht im strengen Sinne initiativ.

Daß der Charakter der Legitimationsfigur eine ökonomische war, liegt an der Struktur des Frankschen Apparates. Er verfügte weder über militärische, noch über polizeiliche Gewalt. Die militärische Macht war delegiert an den Oberbefehlshaber Ost, Generaloberst Blaskowitz, den Militärbefehlshaber im GenGou, General Gienanth und die beiden Wehrkreisbefehlshaber im GenGou, Gienanth und Hännicke. Die Polizeigewalt im GenGou lag bei dem Befehlshaber der Ordnungspolizei (BdO), und dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei (BdS), die einmal den Hauptämtern in Berlin unterstellt waren (BdO — Hauptamt Ordnungspolizei, BdS — RSHA), deren oberster Leiter war der Reichsführer-SS Himmler. Regional wiederum waren BdO und BdS dem Höheren SS- und Polizeichef Krüger unterstellt, einem direkten Untergebenen Himmlers. Es ist in diesem Kontext einsichtig, daß sich Franks Advokaten ihre Zuständigkeit für das ,,Judenproblem" aus einer ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Theorie herschrieben, denn Frank konnte nicht eigenständig polizeilich handeln, er war auf den Apparat Himmlers angewiesen und brauchte eine spezifische Legitimation für seine Forderung, die Zusage Hitlers, das GenGou ,,judenfrei zu machen" erfüllt zu sehen. Die von Heim/Aly vorgestellten Dokumente sind ein Beleg für diese These.

Instrumentalisierung der Opfer

Es ist nun entscheidend, daß auch die Herschreibung der Zuständigkeit erst ab dem Zeitpunkt den Charakter von Planung annimmt, als die Vernichtungsaktionen bereits angelaufen sind. Fast alle Dokumente, die Heim/Aly zitieren, und die nach ökonomisch orientierten Planungstudien für die Endlösung aussehen, sind erst nach dem Sommer 41 in den Stäben Franks entstanden.

Ein Argument gegen diese These ist, daß man eine Verbindung von biographischer, institutioneller und terminologischer Kontinuität findet. Wenn zum Beispiel der Leiter der ,,Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge" in der ,,Hauptabteilung Innere Verwaltung" im GenGou, Lothar Weihrauch, 1943 von Umsiedlung spricht, dann meint er ganz sicher Tötung. Wenn aber der Vorgänger Weihrauchs im Amt, Fritz Arlt, im Juni 1940 von Evakuierungs- und Umsiedlungsmaßnahmen spricht, dann meint er damit offensichtlich nicht Exekutionen. Aus der begrifflichen Kontinuität im Nachhinein eine implizite Planung der späteren durch die Tarnsprache verdeckten Handlungen zu machen ist absurd. Aber von diesem Kniff lebt die ganze Analyse von Heim/Aly. Zwischen beiden Dokumenten liegt der faktische Begriff der Massenvernichtungsaktionen. Die Faktizität der Tat markiert den Zeitpunkt, ab dem solche Sprachregelungen und deren Tarnfunktion notwendig werden.

Auch die ins Auge springende Widersprüchlichkeit zwischen Arbeitskräftemangel im Reich und der These, die Ökonomen unter Frank hätten aus der Überbevölkerungstheorie ein Argument für die Massenvernichtung gemacht, läßt sich auflösen. Die Überbevölkerungstheorie für eroberte Gebiete ist sinnvoll nur im Kontext einer Legitimation für den Arbeitskräfteimport in Gebiete mit Arbeitskräftemangel. Die Überbevölkerungstheorie, die die Soziologen und Bevölkerungswissenschaftler im Frank-Apparat für das GenGou entwickelt hatten, wird faktisch affirmativ zur Massenvernichtung ab dem Zeitpunkt, als diese wirklich in Angriff genommen wurde. Und zwar von der Konkurrenzorganisation", dem Himmler-Apparat.

In einem solchen Erklärungsrahmen wird es möglich, einzelne Dokumente den historischen Daten zuzuordnen, ohne daß daraus eine Logik der Massenvernichtung aus ökonomischen Interessen wird. Dies ist sicher zum Teil auch willkürlich, vermeidet aber einen Historisierungsansatz, der die im Anfang beschriebenen Implikationen zur Folge hat.

WIDER★SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

BILDUNG LEBENSLÄNGLICH (Heft 27)
Johannes Strohmeier/Gisela Wölbert: Widersprüche gegenwärtiger Weiterbildung. Ein Klärungsversuch ● *Karlheinz A. Geißler:* Ökonomisierung der Subjektivität und planvolle Bewirtschaftung des Menschen. Die Weiterbildungsoffensive ● *Gerd.-E. Famulla/Udo Witthaus:* Neue Berufe, Qualifikationen und Methoden. Zur Neuordnung der industriellen Metall- und Elektroberufe ● *Paul Ciupke:* Das Allgemeine, das Ganze und die Bildung. Ein Rezensionsessay ● *Hans-Jochen Gamm:* Die Neufassung des Bildungsbegriffs und ihre Bedeutung für die pädagogische Praxis
92 Seiten, DM 14,—

GESCHICHTE UND REPRODUKTIONSBERUFE (Heft 26)
Jäckle: Schatten der Vergangenheit — Medizin im Nationalsozialismus ● *Jungk/Schütte:* BildungsForschung und ErinnerungsArbeit — Oder: Der erziehungswissenschaftliche Horizont der Vergangenheitsbewältigung ● *Dick:* Zwischen Nonkonformität und Widerstand — Oppositionelles Verhalten einzelner LehrerInnen in Deutschland zwischen 1933 und 1945 ● *Schnurr:* Vom Wohlfahrtsstaat zum Erziehungsstaat — Sozialpolitik und soziale Arbeit in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus ● *Manke:* Schule in der Stadt — Stadt in der Schule — Perspektive der ,,Community Education" ● *Schwendter:* Hackethal und die Folgen — 31 Thesen zu einem Konflikt in der Gesundheitsbewegung.
96 Seiten, DM 14,—

PRÄVENTION UND SOZIALE KONTROLLE (Heft 25)
Völker: Immer lustig und vergnügt. Einwände gegen den präventiven Blick ● *Köbsell:* Humangenetik — ,,Saubere Eugenik" auf Krankenschein ● *Rühmann:* AIDS-Hysterie als Ausdruck von Sexualfeindlichkeit ● *Armbruster, Fahr, Hohloch u. Obert:* Zwischen Sozialtechnologie und Entinstitutionalisierung. Prävention in der Sozialpsychiatrie ● *Lehne:* Polizei und Prävention. Auf dem Weg in den Sicherheitsstaat? ● *Ehrhardt:* Alltag bei der Polizei ● *Bernhard:* Ökologie und Selbstverwirklichung. Anmerkungen zur Idee einer ökonomisch begründeten Bildungskonzeption ● *Wakahara:* Erziehung in Japan. Die Aktualität eines Themas in Fernost ● Magazin: Buchbesprechungen
96 Seiten, DM 12,—

Bezug: Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 6050 Offenbach
Bei Vorauszahlung portofreie Lieferung
Postscheckkonto Frankfurt Nr. 610 41-604

Damit ist den politischen Implikationen des Entwurfes von Heim/Aly zumindest zum Teil die Argumentationsgrundlage genommen. Diese bestehen im wesentlichen darin, daß die NS-Propaganda von Hungerrevolten, die man durch einen Import des Kommunismus in die sozialen Notgebiete befürchtet hat, zu einem Ideologem linker Theorie wird. Es scheint außerdem so zu sein, als ob Heim/Aly eine Unterfütterung der sozialrevolutionären Theorien von Detlev Hartmann im Auge hätten. In dessen Arbeit mit dem kernigen Titel „Völkermord gegen soziale Revolution" in Autonomie Neue Folge Nr. 14 (die einzige „politische" Analyse, die Heim/Aly zitieren, sonst finden sich ausschließlich Quellenbelege) wird die NS-Ostpolitik und deren „Wirtschaftsimperialismus" zu einem Modell des IWF.

Auch die Sozialwissenschaftler kommen bei Detlev Hartmann schlecht weg. Er nennt sie: „revisionistische Vergesellschaftungsfanatiker, (. . .) die eine dem supranationalen Kommando des Kapitals koordinierte Waffe darstellen". Susanne Heim und Götz Aly loben diese Kampfschrift, als eine „ausführliche Darstellung der Politik und Interessen deutscher Industriekonzerne. . ." (S. 86)

Erklärungsbedürftig sind auch die Begründungen von Heim/Aly, die sie für ihren eigenen methodischen Ansatz angeben: „Es gibt keinen Grund, (. . .) Auschwitz als „Niemandsland des Verstehens", als „schwarzer Kasten des Erklärens" (Dan Diner) vor dem weiteren Erschließen von Quellen zu tabuisieren." (S. 9) Diese Formulierung unterstellt ein Interesse an der Verschleierung der wahren Ursachen. Die wahren Ursachen sind nach Heim/Aly: „der systematische Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsmodernisierung und der Ermordung der überflüssig gewordenen Menschen." Wer hier verschleiert, ist also ein heimlicher Komplize des Kapitals, das ist dann die etwas harmloser klingende Variante vom „revisionistischen Gesellschaftsfanatiker". Außerdem wird argumentiert, es gäbe „40 Jahre selektive Wahrnehmung und Verdrängung der dokumentarischen Überlieferung", die es „verhindert, die eigene sozialwissenschaftliche Disziplin mit den Gaskammern in Verbindung zu bringen."

Auch die Soziologie und Geschichtswissenschaft werden hier ins Visier genommen. Die Autoren haben nur das Problem, daß ihre Kimme und Korn die Täterbiographie ist, eine sozialwissenschaftliche Methode. Man nennt sowas einen pragmatischen Selbstwiderspruch.

Selektion von „Neuzugängen" im KZ Birkenau

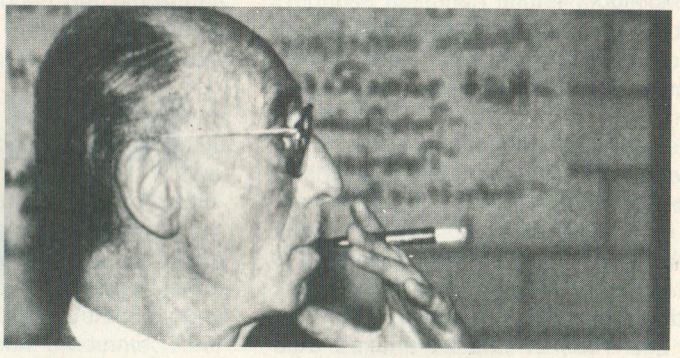
Nolte links gewendet

Und weiter: „Umsiedlung, Eindeutschung und Menschenvernichtung sollten die Klassenverhältnisse neu ordnen, die Bevölkerung in unterschiedlich zu behandelnde Kontingente aufteilen und so eine befriedete Sozialstruktur schaffen. Der Nationalsozialismus bot Sozialwissenschaftlern und Wirtschaftsplanern ungewöhnliche Chancen, ihre gesellschaftssanitären Utopien in kurzer Zeit zur rücksichtslosen, durch keinen Kompromiß gebrochenen Praxis werden zu lassen." (S. 7). Das heißt: die Autoren sind der Meinung, die Vernichtung der europäischen Juden hätte ihre Ursache im Interesse der Nazis, Klassenverhältnisse neu zu ordnen. Den Satz, der Rassenmord sei eine Variante des Klassenmordes, kennt man nun aber aus einem Kontext, der so gar nicht in den des Hamburger Instituts für Sozialforschung passen will. Auch die folgende Formulierung ist unzweideutig: „Liest man vor diesem Hintergrund, was er (gemeint ist Staatssekretär Herbert Backe, Reichsernährungsministerium) im Frühjahr '41 Hitler über eine für das ganze besetzte Europa bevorstehende Mißernte vortrug, dann könnte 1941 zur mittelfristig argumentierenden Überbevölkerungstheorie auch die massive Angst der Nazis vor unmittelbar bevorstehenden Hungerrevolten hinzugetreten sein und die ‚Endlösung' mitbegründet haben." (S. 44). Es ist geradezu grotesk, daß zu einem Zeitpunkt, wo in der Bundesrepublik „alle Welt" über Noltes „kausalen Nexis" zwischen Gulag und Auschwitz redet, die Sozialwissenschaftler die These vertreten, die Endlösung hätte ihre Ursache in der Angst der Nazis vor Hungerrevolten, sei gewissermaßen ein Präventivschlag gegen den Kommunismus oder die „asiatische Gefahr", wie Nolte sagen würde.

Dennoch ist die Arbeit von Götz Aly und Susanne Heim außerordentlich lesenswert. Sie erklärt bei allen genannten Mängeln, relativ schlüssig die Politik der Nazis bezüglich des Warschauer Gettos. Hier haben die Autoren eine bisher unbekannte Quelle aufgetan (Bericht des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit über die „Wirtschaftsbilanz des jüdischen Wohnbezirks in Warschau". Sie macht einen besseren Einblick in die Verwaltungsstruktur des GenGou möglich. Daß dieser beachtliche Quellenfund allerdings zu einer „Theorie der Endlösung" aufgeblasen wurde, ist unverzeihlich.

Herbert Stubenrauch

Nicht auf Tafeln zu lesen



Ernest Jouhy (1913 - 1988)

Kurz vor Vollendung seines 75. Lebensjahres ist Ernest Jouhy am 18. Mai 1988 gestorben. Zwei Tage zuvor hatte er noch auf einer Tagung einen Vortrag gehalten. Viele der Jüngeren kennen Ernest Jouhy nicht mehr, der mittleren Generation derer, die in den 60er und 70er Jahren sich politisch und pädagogisch engagierten, war Ernest ein väterlicher Freund, einer der wenigen ,,guten Väter", die wir als ,,linke Leitfigur", als Ermutiger, Mentor und solidarischen Kritiker erfahren konnten. Die meisten unserer realen Väter waren in die nationalsozialistische Barbarbei als Täter oder Mitmacher verstrickt gewesen, Ernest war jemand, der aktiv Widerstand geleistet hatte, der Opfer war und trotzdem an dem Projekt gearbeitet hatte, ,,alle Verhältnisse umzustoßen, in denen der Mensch ein geknechtetes, ein erniedrigtes Wesen ist" (K. Marx). Mit ihm konnten wir uns weitgehend identifizieren: Antifaschist, Jude, Weltbürger, Marxist, Bürgerrechtler und leibhaftige Verkörperung des emanzipatorischen Erbes der Reformpädagogik — lebens- und sinnenfroh, zwischen den Vaterländern Deutschland und Frankreich lebend —, einer, der auf dem dünnen Seil zwischen Beharrlichkeit und Spontaneität, Leiden und Hoffnung zu tanzen verstand, wobei ihm sein dialektischer Materialismus als Netz diente. Er war somit einer der wenigen Männer, die uns vorlebten — und nicht vorpredigten —, wie aufrechter Gang gehbar war. Sein Freund und Altersgenosse Robert Jungk (der jetzt Jouhys Werke im Athenäum-Verlag herausgeben wird), Manès Sperber, sein Kampfgefährte in der KPF Frankreichs in den 30er Jahren, sie und die Großen der Frankfurter Schule, Adorno, Horkheimer, Marcuse, sowie Ernst Bloch, Ivan Illich, Heinz-Joachim Heydorn, Helmut Gollwitzer und Martin Niemöller — unsere persönlichen und politischen Bezugspersonen, die wir leibhaftig erlebten und nicht nur zwischen Buchdeckeln studieren konnten —: Viele von ihnen sind schon tot, mit Ernest Jouhy ist wieder einer von ihnen von der Lebensbühne abgetreten.

Jouhy war der Projekte-Macher, der Ins-Werk-setzer, der Beweger.

Seine zerissene ,,carte d'identité" hat ihn zeitlebens symbolisch und real verfolgt. Geboren 1913 in Berlin als Sohn jüdisch-polnischer Kaufleute trug er den Namen Ernst Jablonski. Als Gymnasiast attackierte er die deutsch-nationale Mehrheit bei der Schulversammlung, wurde aktiv in der kommunistischen Schülerbewegung. 1933 — 20jährig — war er jemand, der die Nazis kannte und den die Nazis kannten: Er floh über Nacht nach Paris. Dort arbeitete er in der kommunistischen Studenten- und Friedensbewegung, schrieb ,,subversive" Artikel, studierte an der Sorbonne und in Grenoble Psychologie, Ökonomie, Geschichte und Soziologie. 1939 erhielt er das Diplom in Psychologie an der Sorbonne. Nach der Nazibesetzung Frankreichs mußte er in den Untergrund gehen. Er wechselte seinen Namen. Weil die Abkürzung E.J. (Ernst Jablonski) an seiner Wäsche heftete, nahm er den Namen Ernest Jouhy an. Diesen hat er dann lebenslang als seine Identität bewahrt.

1939 wurde Jouhy mit der Leitung eines Schulheims für jüdische Flüchtlingskinder betraut, von 1944 - 1952 war er pädagogischer Leiter von 22 Kinderschulheimen jüdischer Kriegs- und Deportationsopfer. Damals, immer in Frankreich wohnend und wirkend, saß er zwischen vielen Stühlen: Sein Freund Stephan Hermlin, mit dem er 1941 nur knapp der tödlichen Verfolgung durch die SS-Chargen des Barbie entkommen war, hatte sich in der DDR niedergelassen, Manès Sperber war schon früh anläßlich der Stalinschen Schauprozesse aus der KPF ausgetreten. Ernest verließ 1952 die KPF (des Heimatlosen Heimat) und nahm eine Lehrstelle an der Odenwaldschule, der ,,Mutter der Gesamtschulen", in Oberhambach an, die er bei einer Visite im Rahmen seiner damaligen UNESCO-Funktion als Berater kennengelernt hatte. Wieder ein Bruch in seiner Biographie, — die Rückkehr in die ,,Heimat", in ein Heim, einen kollektiven Lebenszusammenhang.

1969 berief ihn Kultusminister Ernst Schütte als Professor an die Universität Frankfurt, da begann auch seine Breitenwirkung. Hunderte von Studentinnen und Studenten besuchten seine Seminare und Vorlesungen. Am Mensatisch wurde der Tip weitergegeben: ,,Du mußt zu Jouhy gehen, da kannst du einen Menschen erleben, einen Wissensschatz heben und ein Vorbild ansehen!"

1971 — die 68er-,,Revolte" schwappte auf den Alltag über — gründete Jouhy mit Freunden den ,,Arbeitskreis Bürgerinitiativen Rhein-Main e.V." und versuchte dort die vielfältigen Basisaktivitäten zu koordinieren. 1978 schließlich versuchte Jouhy sein Sich-Kümmern um den Zustand der kaputten Gesellschaft mit der Sorge um die kranke Seele Promotor des ,,Centrums für psychoorganische und psychosoziale Hilfe e.V." in Frankfurt, einem Konzept von Therapie, in dem (organische) Minderwertigkeitserfahrungen transformiert werden in Ermutigung brachliegender Potentiale und somit Handlungs- und Erlebnisfähigkeit des leidenden Subjekts wiederhergestellt werden soll.

Ende der 70er Jahre entwickelte Jouhy die Initiative zur Errichtung eines ,,Studiengangs Pädagogik der Dritten Welt" an der Frankfurter Universität. In seinem strengen dialektischen Denken sind das ,,Centrum" und dieser ,,3.Welt-Aspekt" nur zwei Seiten einer Medaille: Die Widersprüche im Subjekt, in der Gesellschaft und global müssen durchgearbeitet und ihre ,,Aufhebung" auf einer neuen Stufe der Entwicklung angestrebt werden.

Genau das war Ernest Jouhys Lebensprojekt. Nun müssen wir das alles alleine machen. Und wir haben von ihm lernen können, dies ohne allzu große Verzagtheit in widrigen Umständen zu versuchen.

(aus Pflasterstand, Nr. 290)

Peter-Erwin Jansen

Kritischer Theoretiker der Emanzipation

Herbert Marcuse

Es ist verwunderlich, wie leichtfüßig und größtenteils ignorant bei den meisten Veröffentlichungen zu '68 über die Rezpetion der theoretischen Ansätze, der gesellschaftlichen Analysen und der Utopie-Entwürfe dieser Zeit hinweggeschritten wird. Kaum ein Wort davon, welche Theoretiker, welche Begriffe und welche gesellschaftlichen Analysen die politische Praxis begleitet haben. Der Spiegel konnte sich noch nicht einmal dazu durchringen auf Hans-Jürgen Krahls Buch „Konstitution und Klassenkampf" zu verweisen. Der Gang der Ereignisse ist das entscheidende Kriterium, aber nicht die Inhalte. So reiht sich ein Jahrestag an den anderen. Die spezifischen Differenzen, die Widersprüche, die Gründe des „erfolgreichen Scheiterns" der Revolte und letztlich die Suche nach Möglichkeiten gesellschaftlicher Alternativen, ordnen sich der Austauschbarkeit der Zahlen unter.

„Kultur schlägt heute alles mit Ähnlichkeit" — das ist der Grundtenor des Kulturindustriekapitels aus der „Dialektik der Aufklärung", das heute als ein wichtiges Buch für die Bewegung von '68 zwar ab und zu erwähnt wird, aber kaum in einem aktualisierten Reflexionsprozeß über und von der 68-Generation Anwendung findet.

Adorno und Horkheimer wurden schon auf den Kongressen von 1983 und 1985 akademisch gewürdigt, ohne zu berücksichtigen, worum es den Autoren der „Dialektik der Aufklärung" damals ging: „. . .warum die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand, in eine neue Art von Barbarei versinkt".

Ihre Jahrestage kamen für die medienwirksame Verarbeitung der Revolte zu früh. Ein anderer Vertreter der Kritischen Theorie (an dessen 90. Geburtstag dann sicher im Juli erinnert wird) nahm dieses Motiv der „DA" 1964 wieder auf: „Was als der Schrecken der Konzentrationslager begann, verwandelt sich in die Praxis, Menschen für abnorme Bedingungen zu trainieren". Den Erfahrungshintergrund dieser düsteren Prognose bilden aber nicht nur die nationalsozialistischen Verbrechen, die deshalb oft als ein Defizit der Kritischen Theorie interpretiert werden, weil diese Erfahrung den Blick auf eine weitere Entwicklung demokratischer Gesellschaften verbaut habe. Herbert Marcuse analysiert in seinem Buch „Der eindimensionale Mensch" die spätkapitalistische Gesellschaft nach 1945, die eine „friedliche Produktion von Destruktionsmitteln" betreibt und mit wesentlich sublimeren Unterdrückungsmechanismen arbeitet.

Die Begriffe „eindimensionaler Mensch" und „verwaltete Gesellschaft" brachten und bringen, zumindest in ihrem Kern, die politischen Verhältnisse der fortgeschrittenen Industriegesellschft auf den Begriff; das heißt, die kritische Theorie der Gesellschaft analysiert die Tendenzen, die die Möglichkeiten der Veränderung verhindern und die Praxis der Befreiung blockieren.

Marcuses Bestandaufnahme der industriellen Gesellschaft ist desillusionierend. Die neuen Manipulationstechniken, wie Massenmedien und Massenkultur, eine repressive Bedürfnisbefriedigung, die subjektiven Konsum als objektiven Fortschritt erscheinen läßt, die fortschreitende Ausbeutung der Länder der dritten W[illegible] sowie die neuen Technologien, die zu einem Moment von Herrschaft und Kontrolle geworden sind, zerstören den Bereich individueller Erfahrung und drohen die oppositionellen Kräfte systemstärkend zu integrieren.

Marcuses „Denken im Widerspruch", seine radikal negative Kritik an der bestehenden Gesellschaft, in der eine „komfortable, reibungslose, vernünftige demokratische Unfreiheit herrscht", die im Zeichen des technischen Fortschritts und „neuer Formen der Kontrolle" Emanzipationsbestrebungen unterdrückt, beschreiben immer zwei Seiten einer Medaille: Daß Befreiung möglich ist und historische Alternativen bestehen, das „Kontinuum des Fortschritts" aufzusprengen, aber die gegenwärtigen Tendenzen dieses verhindern.

Mit der Vorstellung, daß das Proletariat diese Chance, als einziges revolutionäres Subjekt der Geschichte, verwirklichen könnte, damit räumt Marcuse auf, ohne an dem noch immer objektiven Klassenantagonismus zu zweifeln. Marcuse geht aber nicht mehr davon aus, daß die innere Dynamik des Kapitalismus auch *notwendigerweise* einen Umsturz der Macht hervorbringen wird. Wie sich die Form des Kapitalismus durch die Steigerung technischer Produktivität und einen beschleunigten Rationalisierungsprozeß verändert, so auch der „subjektive Faktor", der diesen abschaffen könnte. „Die neue technische Arbeitswelt erzwingt so eine Schwächung der negativen Position der arbeitenden Klasse: letztere erscheint nicht mehr als der lebendige Widerspruch zur bestehenden Gesellschaft". Marcuses These der Integration der Arbeiterklasse gründet sich u.a. auf folgende Ergebnisse seiner Untersuchungen: „die Arbeiterklasse der Metropole profitiert von den Überprofiten, von neokolonialer Ausbeutung, der Rü-

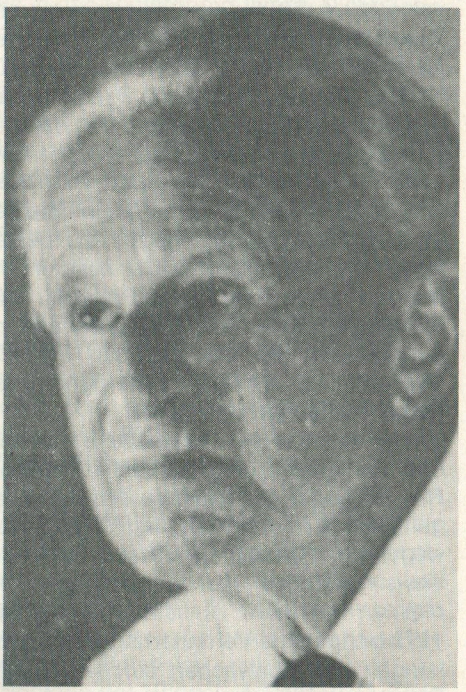
stung und den ungeheuren Subventionen der Regierung."

Neben den Veränderungen im Unterbau der politischen Ökonomie bestimmt die Konsumsphäre das gesellschaftliche Sein und das Bewußtsein der Menschen. „Repressive Bedürfnisbefriedigung" läßt das „glückliche Bewußtsein" an dem leistungsfähigen System von Arbeit, Fortschritt und Konsum teilnehmen und wirkt bis in die Triebstruktur der Individiuen hinein. Technische Rationalität und ständig steigende Produktivität erzwingen die Notwendigkeit, Güter und Dienstleistungen zu produzieren, die nicht zur direkten Befriedigung von materiellen und kulturellen Bedürfnissen notwendig sind oder gar noch bestehendes Elend und Armut beseitigen könnten, sondern Überfluß und Vergeudung darstellen und Destruktionsmittel hervorbringen, die die gesamte Menschheit bedrohen. „Wir leben und sterben rational und produktiv. Wir wissen, daß Zerstörung der Preis des Fortschritts ist wie der Tod der Preis des Lebens, daß Versagung und Mühe Vorbedingungen für Genuß und Freude sind, daß die Geschäfte weiter gehen müssen und die Alternativen utopisch sind. Diese Ideologie gehört zum bestehenden Gesellschaftsapparat; sie ist für sein beständiges Funktionieren erforderlich und ein Teil seiner Rationalität."

Marcuses schonungslose Technologiekritik trifft nicht nur die spätkapitalistische Gesellschaft, die den Grad menschlicher Freiheit an ihren technischen Fortschritt knüpft, sondern wendet sich auch gegen die Form des Marxismus, der weiter auf die uneingeschränkte Entfesselung der Produktivkräfte setzt. Wie systemübergreifend und jenseits von ideologischer Färbung die These „Technologie als Herrschaft" schon damals war, bewahrheitete sich an der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und der hier von Korruption und zynisch einkalkuliertem Restrisiko betriebenen Atom- und Plutoniumwirtschaft.

Aber weder antitechnische oder antiwissenschaftliche Positionen, noch die Forderung „Zurück zur Natur" folgen aus dieser Feststellung. Naturbeherrschung und Herrschaft der Menschen über Menschen bewegen sich auf einer Ebene: menschliche Unfreiheit. Sie würde auch dann fortbestehen, wenn die Anwendung neuer Technologien einen „sauberen Kapitalismus" ermöglichen könnte. Viele, die aus der Ökologiebewegung und den Grünen auf dieses Pferd setzen, könnten ihren verengten Blick auf das Verhältnis von Natur und Gesellschaft erweitern, wenn sie sich Marcuses politischen Kern verdeutlichten: Die Utopie einer befreiten Natur als *Mittel* der Befreiung des Menschen. Dabei hat Marcuse immer zweierlei im Blick. Er wendet sich gegen die Vereinseitigung, gesellschaftliche Verhältnisse *nur* aus dem Zusammenhang mit Naturbeherrschung zu begreifen und fordert, Priorität auf die Beziehungen der Menschen zueinander zu legen. Erst darüber ist eine Vermittlung zwischen Mensch und Natur herzustellen.

Marcuses Kritik an der eindimensionalen Gesellschaft ist bestimmend für alle Bereiche des Lebens und der Kultur. Selbst die Sprache kann sich der Funktionalisierung nicht enziehen. Nicht individuelle Erfahrung läßt Sprache zu einem Medium werden, indem sie selbst Veränderung äußert, sondern Verständigung über das immer schon Bekannte. Aber „jeder Satz ist genau so wenig in Ordnung wie die Welt, die in dieser Sprache kommuniziert wird." Oder anders ausgedrückt: Die neuen Kommunikationstechnologien zwingen die Menschen ihre Sprache zu computerisieren. Nur präzis Formuliertes wird aufgenommen und verarbeitet. Die Rationalität der Sprache beweist sich dann darin optimal operationalisierbar zu sein und Befehle zu erteilen.



Obwohl der „Eindimensionale Mensch" den Eindruck hinterläßt, daß die spätkapitalistische Industriegesellschaft ein hermetisch abgeschlossenes System darstellt und es zu dem oft zitierten Teufelskreis kommt (Wenn die Gesellschaft total verwaltet ist, wie entsteht dann das Bedürfnis nach Befreiung; existiert dieses Bedürfnis, wie knackt man damit die eindimensionale Gesellschaft?), gibt es für Marcuse Bereiche innerhalb und „außerhalb" der Gesellschaft, wo die beschriebenen Tendenzen nicht herrschen. In dem Augenblick, wo politische Praxis mit ins Spiel kommt, löst sich dieser Widerspruch auch auf. Denn die Handelnden erfahren ja beides: trotz dieser düsteren Prognose bestehen immer Möglichkeiten des Agierens, der Revolte, und andererseits formiert sich so etwas wie geschlossene Gegenwehr, also „Konterrevolution".

Es bedarf einer genauen Lektüre des Buches und der anderen Schriften Herbert Marcuses, um die Momente von Befreiung und Emanzipation aufzuspüren. Sie werden deutlich an den beschriebenen Ambivalenzen, daß die Gesellschaft dazu fähig ist, „eine qualitative Änderung für absehbare Zukunft zu unterbinden" und dennoch Kräfte existieren, „die diese Eindämmung durchbrechen und die Gesellschaft sprengen könnten."

Treibendes Motiv seiner negativen Kritik ist die Möglichkeit von Emanzipation und der unterirdische Gang gescheiterter geschichtlicher Alternativen. Marcuses revolutionärer Entwurf setzt deshalb tiefer an, weil die Herrschaft des bestehenden Systems, seine Werte, Normen und Moralvorstellungen, bis in die Triebstruktur der Menschen wirken. Hoffnungsträger sind die Phanatasie, die Sinnlichkeit als Korrektiv eines bloß instrumentellen Vernunftbegriffs, die Erinnerung und die erotisch-ästhetische Dimension, die dem Leistungsprinzip der Gesellschaft das Lustprinzip entgegenhält, das nach Befreiung und Erfüllung strebt.

In einem Interview antwortet Marcuse auf die Frage, worauf er seine politische Hoffnung stütze: „Erstens auf die jeden Tag wachsende reale Möglichkeit einer vernünftigen menschlichen Gesellschaft. Zweitens auf die Ernte von '68, d.h. auf eine radikale Umwertung der Werte, wie sie in diesen Jahren sichtbar geworden ist — radikale Umwertung der Werte nicht als Wille zur Macht, wie sie Nietzsche verstanden hat, sondern als Wille zum Leben, oder wie Freud formuliert hat, als eine verzweifelte Anstrengung des Eros sich den Destruktionstrieb zu unterwerfen."

In einem Artikel im „Neuen Forum" von 1978 betonte Rudi Dutschke die politische Bedeutung Herbert Marcuses für die antiautoritäre Revolte: „. . .daß ein Herbert Marcuse etwa den doch oft spontan Aufgebrochenen, die als Träumer und Krawallmacher denunziert wurden, Legitimation gab und historischen Sinn mit seinen theoretischen Studien und seiner demonstrativen Solidarität."

Von konservativer Seite aus wurde er als einer der drei gefährlichen „M" (Marx, Mao, Marcuse) bezeichnet und seine Empanzipationstheorie als wirkungsvolles Mittel denunziert „unser Staatswesen zu zerstören". Er selbst lehnte die Stilisierung, als intellektueller Kopf der Bewegung zu gelten, immer ab und sah sich als jemanden, der aktiv an einem Kampf teilnahm: gegen Faschismus, Antisemitismus und Unterdrückung.

Im April dieses Jahres fand in Dubrovnik eine Seminarwoche mit dem Thema ,,Gesellschaft und Eros'' zum Denken von Herbert Marcuse statt. Dort konzentrierten sich die Referate auf drei Punkte: Das Verhältnis von Marxismus und Psychoanalyse, die ästhetische Dimension und die frühen Arbeiten Marcuses, zum Teil noch vor seiner Zeit im Institut für Sozialforschung. Auf die Frage eines Studenten, warum keines der Referate die Rolle Marcuses während der Zeit von '68 und der nachfolgenden Protestbewegungen behandelt habe, gab einer der Veranstalter eine verblüffend ehrliche Antwort: Man habe zwar an Marcuses 90. Geburtstag gedacht, nicht aber an die Zeit vor zwanzig Jahren.

Akademisch ignoriert, politisch vergessen. Es trifft genau die ,,Trennung von Theoriebildung und politischer Erfahrung'' (Peter Brückner), die eine Neutralisierung der politischen Implikationen nach sich zieht und für die derzeitige Wissenschaftsproduktion größtenteils konstitutiv ist. Es geht nicht darum, Marcuses Denken auf die Zeit von 1966 - 1979 zu beschränken. Aber festzuhalten ist, daß sich Theorie rückbeziehen lassen muß auf ihren Gegenstand: die Gesellschaft und ihre konkrete geschichtliche Situation und diejenigen, die darin handeln.

Heute wird nicht weiter berücksichtigt, daß Herbert Marcuse die politischen Aktivitäten vor zwanzig Jahren einerseits mit seinem Denken beeinflußt und andererseits die Veränderung der Protestbewegung in Form solidarischer Kritik begleitet hat. Mehr noch: Marcuse beteiligte sich aktiv an damaligen Teach-Ins und Diskussionen und scheute keine aktuellen Auseinandersetzungen. Ein Intellektueller, der weder post festum schon immer alles besser wußte, noch sich eindeutig funktionalisieren ließ. Sein Engagement galt denjenigen, die gegen bestehende Herrschaftsstrukturen und gegen die Dominanz des Leistungsprinzips Momente der Befreiung lebten und eine qualitative Veränderung der Gesellschaft forderten.

Im Gegensatz zu anderen Vertretern der Kritischen Theorie suchte er die Nähe zu den Akteuren der Revolte. Sein Autreten vom 10. - 13. Juli 1967 im Audimax in Berlin, wo er auf Einladung des SDS über die politischen Folgen der Ermordung von Benno Ohnesorg*, weitere Perspektiven der APO und den internationalen Charakter der Bewegung diskutierte, seine Diskussion mit Studenten und Arbeitern im Mai 1968 in Frankreich oder seine Teilnahme am ,,Angela-Davis-Kongreß'' des Sozialistischen Büros 1972 in Frankfurt, verdeutlichen Marcuses Rolle als Teilnehmer der Bewegung und nicht bloß als distanziertem Beobachter. Dabei löste sich das Spannungsverhältnis von Theorie und Praxis nie auf Kosten des einen oder anderen auf. Marcuses politisches Verhalten

vermittelt subjektiv, was er selbst als objektive, wesentliche Verbindung von Theorie und Praxis ansah: ,,Zum Beispiel glaube ich, daß der Begriff der Freiheit, daß der Begriff der Gerechtigkeit, daß der Begriff der Menschlichkeit, der Menschheit, wenn er wirklich analysiert und entwickelt wird, einschließt den Kampf gegen die bestehende Ausbeutung, gegen die bestehende Unmenschlichkeit. Der Zusammenhang zwischen Theorie und Praxis ist also ein wesentlicher und innerer. Oder anders ausgedrückt: die theoretischen Begriffe werden falsch, wenn nicht die Sphäre der Praxis einbezogen würde.''

Marcuse hat den politischen Zustand und die Entwicklung der antiautoritären Revolte sowie der späteren Protestbewegungen wie Feminismus und Ökologiebewegung, in zahlreichen Essays und Interviews minutiös nachgezeichnet. Die meisten Titel seiner Aufsätze von 1965 bis 1979 bringen die Veränderungen, Auswirkungen und Schwächen auf den Punkt. Die chronologische Reihenfolge seiner Schriften vermitteln, wie genau der ,,Kritische Theoretiker der Emanzipation'' (H.J. Krahl) den Protest in den Metropolen, die Befreiungsbewegungen in den Ländern der dritten Welt, den Widerstand gegen den Krieg in Vietnam, die Bürgerrechtsbewegungen der Schwarzen in Amerika, die ,,proletarische Wende'' mit ihrem verdinglichten Marxismus und die Auswirkungen der ,,präventiven Gegenrevolution'' des bestehenden Systems, verfolgte: 1966 ,,Repressive Toleranz, 1967 ,,Das Ende der Utopie'' und ,,Das Problem der Gewalt in der Opposition'', 1969 ,,Versuch über die Befreiung'' (mit den Aufsätzen ,,Neue Sensibilität'' und ,,Solidarität''), 1973 ,,Konterrevolution und Revolte'' (mit dem Aufsatz ,,Natur und Revolution''), 1975 ,,Marxismus und Feminismus'' und ,,Scheitern der Neuen Linken?'', 1977 ,,Permanenz der Kunst'', 1978 ,,Über Bahro, den Protosozialismus und den Spätkapitalismus'', 1979 ,,Die Revolte der Lebenstriebe''.

Schon 1955 verfaßte Marcuse den Essay ,,Triebstruktur und Gesellschaft'', in dem viele Ansätze, die er dann später weiterführte, schon angelegt waren. Die entscheidende Fragestellung für Marcuse war, warum alle bisherigen Revolutionen gescheitert waren und die Geschichte von Herrschaft und Unterdrückung dominiert wurde. Mit den Begriffen ,,zusätzliche Unterdrückung'' und ,,Leistungsprinzip'', das die Logik der Herrschft vertrat, wurden die psychoanalytischen Begriffe Freuds um die historische Dimension erweitert. Marcuse versuchte zu zeigen, daß eine ,,nicht-repressive Triebentwicklung'' möglich sei, ohne daß darüber, wie Freud annahm, die menschliche Kultur zusammenbrechen müßte: Unter den herrschenden Verhältnissen käme eine Befreiung des repressiv modifizierten Eros tatsächlich einer destruktiven Explosion gleich, unter anderen Bedingungen menschlichen Lebens jedoch könnte sich eine ,,libidinöse Vernünftigkeit'' entwickeln, die in der Form einer ,,neuen Sensibilität'' andere Verkehrsformen unter den Menschen ausbildet.

In der antiautoritären Revolte sah Marcuse, daß diese ,,neue Sensibilität'' Praxis geworden ist. ,,Sie entsteht gegen die Gewalt und Ausbeutung, in einem Kampf für wesentlich neue Weisen und Formen des Lebens; sie impliziert die Negation des ganzen Establishments, seiner Moral, seiner Kultur; die Behauptung des Rechts, eine Gesellschaft zu errichten, in der die Abschaffung von Armut und Elend Wirklichkeit wird und das Sinnliche, das Spielerische, die Muße Existenzformen und damit zur Form der Gesellschaft selbst werden.''

** Benno Ohnesorg wurde am 2. Juni 1967 bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schah von Persien in Berlin von einem Polizisten erschossen.*

Welf Schröter

Zwischen Marcuse und Mao

Über die Schwierigkeiten der Neuen Linken in Ost und West im Jahr '68

Die Nachricht von den lebensgefährlichen Schüssen auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 in Berlin löste unter der Außerparlamentarischen Opposition eine Protestwelle von vorher nicht gekannter Größe aus. In bundesdeutschen Städten demonstrierten Zehntausende gegen das Attentat. In ganz Europa, in Frankreich, Spanien, Italien und in den Niederlanden zeigten Studierende ihre Trauer und ihre ohnmächtige Wut auf der Straße. Die Dutschke-Rufe im Pariser Quartier Latin symbolisierten den Schock und gleichzeitig das länderübergreifende Erwachen einer jungen international sich denkenden Neuen Linken.

Doch die zumeist einseitig eurozentristische Betrachtungsweise der Westler läßt ein kleines aber um so wichtigeres Ereignis in den Hintergrund treten. Nicht Zehntausende sondern nur eine kleine Handvoll Angehöriger der Prager Karlsuniversität trafen sich in jenen Apriltagen, um ihrer tiefen Betroffenheit und ihrer Trauer über den durch individuellen Terror niedergestreckten Dutschke Ausdruck zu verleihen. Die Prager Studenten fürchteten den Verlust eines neuen, wenn auch noch schwierigen politischen Freundes aus dem Westen.

Wenige Wochen nach dem Vietnamkongreß in West-Berlin reisten Dutschke u.a. zusammen mit der später in argentinischer Haft ermordeten Elisabeth Käsemann nach Prag, um „die neue Luft des Prager Frühlings zu riechen". Kompliziert und mühselig diskutierten Studenten der Karls-Universität mit dem SDS-Gast die Fragen gesellschaftlicher Emanzipationsbestrebungen. Der undogmatische und nicht stalinisierte Ex-DDR'ler erzeugte durch seine Sprache Unklarheiten und Irritationen. Dutschke wollte nicht in der „Sprache der Herrschaft" der BRD reden und griff zurück auf das Vokabular der Sozialismusdebatte der zwanziger Jahre. Die Anhänger eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz" verweigerten sich der ideologisierten Sprachregelung der in der CSSR herrschenden Kommunistischen Partei. Verband der eine mit dem Wort „Sozialismus" eine Art Vorschein einer „repressionsfreien Gesellschaft" als konkrete Utopie der Produzentenselbstverwaltung, so mußte bei seinen Hörern der autoritäre Kampfbegriff des Marxismus-Leninismus die Erinnerung an Prozesse, Polizei und Rechtlosikgeit hervorrufen.

Die antiautoritäre Grundhaltung, die Betonung des Subjekts und die individuelle persönlich-moralische Glaubwürdigkeit sicherten dennoch das Gespür für ihre politische Verwandtschaft. Nach Ende der offiziellen Veranstaltung zog sich mehr als ein Dutzend Teilnehmer zur „Anstrengung des Begriffs" mit dem versierten Rhetoriker zurück, um nach durchwachter

An einer Hauswand in Prag 1968: Lenin weint

Nacht in den frühen Morgenstunden — fernab historisch beladener Begriffe und Ausdrücke — endlich ein gemeinsames Fundament geschaffen zu haben. Die Tschechen erkannten in ihm einen Verbündeten und ihr Sprachrohr zur westlichen APO und SDS.

Man könnte das geschilderte Märztreffen als Anekdote abtun, stände es nicht exemplarisch und fast paradigmatisch für die Sprachverwirrung im Dialog zwischen der sich entfaltenden Neuen Linken in Ost und West. Noch im Dezember 1981 erblaßten polnische Kollegen der Solidarnosc, als junge westliche Antiautoritäre ihre Solidarität gegen Jaruzelski mit leuchtend roten Fahnen bekundeten. Die Sprachverwirrung und west-östliche Gegensätzlichkeit in Symbolik und Ausdrucksformen hat den notwendigen Dialog und theoretischen Gedankenaustausch erschwert und verzögert. Das Austragen unterschiedlicher gesellschaftlicher Erfahrungen mit Stalinismus und Liberalismus blieb zunächst blockiert.

Geradezu spiegelbildlich verhielten sich die bürokratischen Repräsentanten in Ost und West. Als Adam Michnik und Rudi Dutschke sich Mitte der siebziger Jahre erstmals trafen, klangen ihre Polizeibekanntschaften wie Karikaturen. Während der eine in Berlin als SED-Kommunist verschrien wurde, galt der andere den Warschauer Sicherheitskreisen als verdächtiger Dutschkist. Die DDR-Behörden fürchteten den ,,kleinbürgerlichen, antiautoritären'' Funkenflug der Rabehls und Dutschkes in Richtung Humboldt-Universität. In der estnischen ,,Szene'' um Tallinn und Tartu war die Anstiftung zu Sympathie mit der neuen Jugendkultur schon fast eine Machenschaft des CIA.

So ist es nicht verwunderlich, daß die ehemalige Lukacs-Schülerin und Mitarbeiterin der ,,Budapester Schule'', Agnes Heller, daraufhinweist, daß man unter den nonkonformistischen Intellektuellen Ungarns die Proteste von SDS und APO gegen die Okkupation der Tscheschoslowakei nicht zur Kenntnis nahm, da man sie aus dieser Ecke nicht erwartete.

Der Einfluß der westlichen Studentenrevolte auf parallele Aufbrüche in Prag, Warschau, Tartu und Jugoslawien blieb in der unmittelbaren Folge des Jahres 1968 vergleichsweise gering.

Studentische Delegationen aus Warschau und Prag, die sich von links gegen die örtliche Einparteienherrschaft wandten, besuchten im WS '67/'68 den Berliner SDS. Die Zirkel blieben klein und gingen angesichts der Debatten an der FU politisch unter. Der Mitbegründer der späteren Charta 77, Petr Uhl, hielt sich 1967/68 mehrfach in Paris auf, um mit der trotzkistischen Linken um Alain Krivine zu konferieren. Geradezu typisch ist aber der Hinweis auf die Tagesarbeit in Prag: Nicht Dutschke, Che Guevara oder Marcuse übersetzte er im Sommer '68 ins Tschechische, sondern den ,,Offenen Brief'' von Kuron/Modzelewski an die polnische KP aus den frühen sechziger Jahren. Zwar bildeten sich kleine Lesekreise in der CSSR, Rumänien, Jugoslawien und der DDR, um die Kritik Herbert Marcuses an der westlichen Überflußgesellschaft zu erfassen. Die Übersetzung ihrer Diskussionsergebnisse in den gegebenen politischen Alltag gelang jedoch vorerst nicht. Da hatten es die Schriften Mao-tse-tungs und die Polemiken der chinesischen KP gegen die vermeintlich ,,sozialfaschistische Sowjetunion'' leichter. Die zynischen Hakenkreuzstriche gegen die sowjetischen Panzer der Invasion legten Oberflächenwahrnehmungen nahe. Maoistische Texte kursierten auch in Ungarn.

Die schwierige Entstehungsgeschichte einer politischen Kritik, die sich nicht dem Blockdenken unterwerfen will und damit Gefahr läuft, ,,im anderen Lager'' als mangelnde Solidarität oder Entsolidarisierung begriffen zu werden, konnte erkennbar im blockfreien Jugoslawien Fortschritte erfahren. Die von der antistalinistischen, aber marxverwandten PRAXIS-Gruppe um Stojanovic und Petrovic organisierte ,,Sommerschule auf Korcula'' brachte Philosophen unterschiedlichster Strömungen zusammen. Dort trafen sich Marcuse, Bloch, Habermas mit Vertretern der Budapester Schule und Theoretikern aus Prag und Warschau.

Dem kurzen Weg der Solidarisierung zwischen Ernst Bloch (West) und Agnes Heller (Ost) gegen die Truppen des Warschauer Paktes sollte ein langer Weg der wechselseitigen Annäherung der Neuen Linken aus Ost und West folgen. Die von West nach Ost gewanderte und theoretisch einschneidendste Kategorie war die Entzerrung des Begriffes ,,Gesellschaft'' von seinen kapitalistischen Schatten. In der Erbschaft der bürgerlichen Revolution, in den Menschen- und Freiheitsrechten gegen den Staat, bahnte sich die antiautoritäre Gemeinsamkeit an.

Gespräch mit Rudi Dutschke

Das Gespräch mit Rudi Dutschke führte für die LISTY-BLÄTTER M. Horacek

M.: Rudi, du warst Anfang 1968 in Prag, damals waren die Demonstrationen gegen den Krieg in Vietnam in vollem Gange, der Mai '68 in Paris bahnte sich an und der ,,Prager Frühling'' stand in einer ersten Blüte. Welche Eindrücke hast du damals in bezug auf den internationalen Zusammenhang aus Prag mitgebracht?

R.: Mir gefiel Prag damals besser als die BRD, West-Berlin. Die antikommunistische, die antisozialistische Hetze der Springer-Lakaien gegen die APO, gegen den SDS, gegen mich und andere haben den April 1968 geschaffen. Nicht zu vergessen aus Prag habe ich im März 1968 noch nicht die Okkupation mitgebracht.

Das ist die Tatsache, das u.a. war auch das Gute, das Subversive, was man damals mitbringen konnte. Wir konnten aber natürlich noch etwas an neuer Qualität mitbringen, was nicht ohne jede Schwierigkeit von anderen Linken verstanden wurde. Das heißt der Versuch neu mit sozialistischer Wahrheit an Probleme heranzugehen, die jahrzehntelang über die Methode der Lüge in der Tschecheslowakei, in der DDR, in der Sowjetunion nicht mehr als Probleme gesehen wurden. Was verstehe ich darunter?

Ich meine das Problem der sozialistischen Demokratisierung, das Verhältnis von Sozialismus und Demokratie. Man hat natürlich die Ideologie gehabt, Sozialismus ist Demokratie, aber die Realität sprach täglich für die Arbeiter, für die Bauern, die Studenten und Intellektuellen eine andere Sprache. Da war die Formalisierung des Sozialismus, aber nicht seine Realisierung. Die Realität war eine antisozialistische Realität, eine antikommunistische Realität, eine despotische Realität in der Struktur, auf die ein Phrasensozialismus aufgepfropft war. Was ich noch im März 1968 mitbringen konnte aus Prag, war gerade der Versuch, die despotische Realität zu durchbrechen und demokratische Ansätze des Sozialismus sichtbar werden zu lassen. Die dialektische Spannung von Demokratie und Sozialismus begann zu tanzen. Das war eigentlich die große Erfahrung. Als man sie aber nach Hause brachte, das heißt, im Rahmen der antikapitalistischen Studentengruppen der damaligen Rebellionsperiode, stießen wir damit nicht ohne weiteres auf offene Ohren. Man stieß auf schlecht hörende Ohren, die annahmen: Was sich in Prag abspielt, in der Tschechoslowakei, ist nichts anderes als bürgerliche Liberalisierung. Das war eine der breiten Reaktionen von großen Teilen der antiautoritären Studentenbewegung, der antiimperialistischen Gesamtbewegung.

(. . .)

(aus LISTY, Jan. 1976)

Peter-Erwin Jansen/Peter Kinsel/Joachim Volke

Alternative Entsorgung der Vergangenheit

Wer bisher noch der Ansicht war, daß gerade nach Bitburg 1985 nur Vertreter der Regierungskoalition bei gegebenem Anlaß mit vollmundigen Statements zur deutschen Identität und Geschichte die kümmerlichen Restbestände linker Öffentlichkeit in Schrecken und Verwunderung versetzen, sieht sich nach der Lektüre eines Artikels eines aktiven Mitglieds der Friedensbewegung eines Besseren belehrt.

Unter dem Titel „Wie mir eine Generation anfing auf den Geist zu gehen" will Bernd Ulrich, der sich als Repräsentant einer neuen politischen Opposition und als Sprecher einer ganzen Generation versteht, jenes politische Phänomen 1968 analysieren, das bis dato keineswegs als Hürde für das politische Selbstbewußtsein der Linken in der BRD gegolten hat. Es ist sicher ein Indiz für die Verfassung der bundesdeutschen Presselandschaft, die sich mit Heißhunger dem vermeintlichen „fast food" '68 hingegegeben hat, daß derartige Äußerungen in der „Kommune", im „Pflasterstrand" und der „Frankfurter Rundschau", als „kritische Auseinandersetzung" erschienen sind. Auch hier scheint die Sensibilität für jenen Jargon getilgt, der mit Begriffen wie „Instinkt" dieses Volkes an jene demagogischen Spracherlebnisse heranführt, die die Bildzeitung in den 60er Jahren auf Seite 1 plazierte. Und diese Sprache hat ja bekanntlich noch prominentere Vorläufer.

1945 und 1968: Zwei vertane Chancen?

Die historische Zäsur '68, an der der Nachkriegskonsens zum erstenmal substantiell infragegestellt wurde, scheint inzwischen zu einer Last geworden zu sein, der nur noch durch einen historisierenden Schlußstrich beizukommen ist. Wie weit dabei allerdings die Fähigkeit geht, elementare historische und gesellschaftliche Zusammenhänge der BRD einfach zu ignorieren oder so umzudeuten, daß sie von der verordneten „Entsorgung der Vergangenheit" prinzipiell ununterscheidbar werden, beweist etwa folgende Formulierung: „Was dabei immer hinten runterfällt ist, daß es doch auch ein Privileg ist, beim ‚Wiederaufbau' eines Landes so große gestalterische Möglichkeiten zu haben. Wer hat das schon, welcher Generation ist soviel Freiheit gegeben?" (Kommune 4/88). Daß ein Großteil der heute 50 - 60jährigen bei jeder Diskussion über die Zeit kurz nach der Befreiung vom Nationalsozialismus alsbald auf die Währungsreform zu sprechen kommt, um dann schnurstracks vom Wiederaufbau zu schwärmen, dürfte wohl vielen 68ern und auch noch Jüngeren nur zu vertraut sein. Neu an der Version von Bernd Ulrich ist das positive Anknüpfen an jenem Gründungsmythos der Bundesrepublik und ihrem ideologischen Verdrängungskonsens nach dem Modellwechsel.

Ulrich geht sogar so weit und wirft den Vertretern der Studentenbewegung vor, sie klebten am „Faschismus, wie Fliegen am Leim" (S. 29). Diese mehr als unglückliche Bemerkung, die nicht die einzige in diesem Artikel ist, rückt sich selbst merkwürdig in die Nähe der „Schmeißfliegen"-Rhetorik reaktionärer Politiker in der Bundesrepublik. Daneben wird der Versuch, sich gegen die nationale Verdrängungsleistung der nationalsozialistischen Verbrechen nach 1945 aufzulehnen, ebenso als Last und Verhinderung einer *eigenen* Geschichte erwähnt wie die Zeit von 1933 - 45 selbst. Die ständig unzulässige Analogisierung findet ihren Höhepunkt in der Formulierung, daß sich die 68er „selbst gleichzeitig per Antifaschismus einen neuen Persilschein für die Gegenwart und die Zukunft" (S. 29) ausgestellt haben. Wer weiß, welche Personen (und Institutionen) sich nach 1945 „Persilscheine ausgestellt" haben, um sich jeder Verantwortung an dem Naziregime zu entziehen, dem läuft es kalt den Rücken 'runter, wenn sich Beteiligte von '68 durch diese Begriffsverdreherei plötzlich auf derselben Seite sehen. Ein anderer Punkt scheint in dieser Argumentation jedoch relevanter. Es ist diese gnadenlose Sehnsucht nach positiver Identität, die sich zwar hier nicht als nationale (oder?), aber als eine „generationsspezifische" gebärdet. Nur, und das ist das Verquere in diesem Artikel, stehen auch dieser Identitätsduselei die nationalsozialistischen Verbrechen im Wege. Zwar kann man verschiedene Ausgangspunkte unterstellen, aber das Resultat ist ähnlich wie bei den konservativen Historikern: Sie wollen die Zeit von 1933 - 1945 abhaken, und Bernd Ulrich will endlich das Nicht-abhaken abhaken.

Die Mittel und Instrumente, die sich Ul-

berichtet regelmäßig über
- den Befreiungskampf der F. POLISARIO
- die diplomatischen Auseinandersetzungen um die WESTSAHARA
- das Leben in den Flüchtlingslagern der Sahrauis
- die Demokratische Arabische Republik Sahara

Das
SAHARA INFO
erscheint alle 2 Monate

Jahresabonnement nur 15,– DM!
Probeheft und Abobestellung bei
GESELLSCHAFT DER FREUNDE DES SAHRAUISCHEN VOLKES e. V.
U. Hilpert, Am Wall 46
2800 Bremen 1

rich zu eigen macht, um jene ,,Entsorgung der Vergangenheit" für die Zukunft festzuschreiben, grenzen an Demagogie und Denunziation. Da wird den 68ern zwar zugutegehalten, ,,Marx und Engels aus der Mottenkiste" geholt zu haben — als ob diese nur verstaubt und nicht in den Flammen der Bücherverbrennung untergegangen wären —, oder den ,,Primär-Widerstand" in der BRD begründet zu haben (was immer das heißen mag); lapidar folgt der Satz: ,,Doch es handelte sich ja wohl nicht nur um harte Arbeit" (S. 29). Die harte Arbeit leisteten eben die anderen, die Wiederaufbau und Wirtschaftswunder ermöglicht haben.

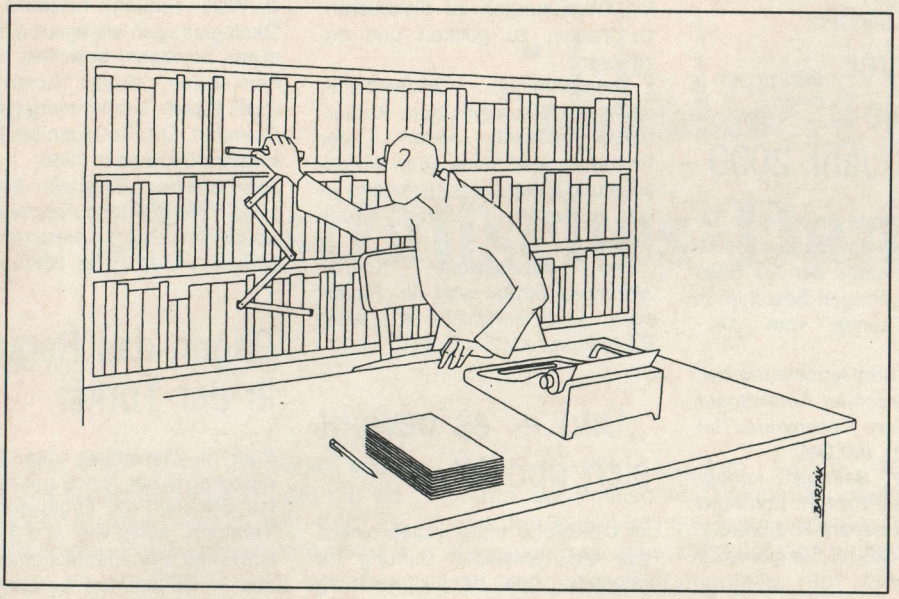
So wird das ,,Stapfen im Neuschnee" 1945 (auch hier steckt ein gängiges Bild dahinter, das suggeriert, der Nationalsozialismus sei vom Himmel gefallen) und das ,,Schöpfen des Primär-Widerstandes in der BRD" (1968) als vertane undifferenzierte Chance gleichgesetzt.

Die ,,Unfähigkeit zu trauern" ob dessen, was völkisches Denken und Handeln in jenen zwölf Jahren denen antat, die nach Auschwitz deportiert wurden, war eine bewußte Verdrängungsleistung, um zum business as usual zurückkehren zu können. Es ist daher auch kein Wunder, daß Ulrich den Bruch '68 mit jener brutalbanalen Wohlstandsidylle nur als Generationskonflikt und nicht als gesellschaftlicher Konflikt thematisiert. Diesem Einschnitt war bei sehr vielen Revolteuren die Einsicht in die personelle und strukturelle Kontinuität von Nationalsozialismus und kapitalistischer BRD vorausgegangen. Ein Mythos der Stunde Null ist damit nicht möglich.

Technologische Veränderung als Demokratisierungsschub?

Kaum ein Thema hat 1968 so beherrscht, wie die Frage nach den Ursprüngen von sozialer Herrschaft, Macht und Gewalt. Was Emanzipation sei, war damit untrennbar verbunden. Die konservative Intelligenz der 60er Jahre dagegen sah schon den Silberstreifen am Horizont, der das Ende des ideologischen Zeitalters signalisierte. Für sie bestanden die Konfliktzonen nun mehr in der gesellschaftlichen Anpassung an den technologischen Wandel und dessen Folgeprobleme: ,,Die Art von Entdemokratisierung, die heute droht, entspringt viel mehr den technologischen Triebkräften" (S. 30). Das ist kein Zitat von Helmut Schelsky, sondern O-Ton eines ,,Sprechers" unabhängiger Friedensgruppen 1988. Bernd Ulrich deckt in platter Sanftheit auf, was ihn nach seiner letzten Spiegellektüre an gesellschaftstheoretischen Einsichten überkam. Umweltminister Töpfer hätte den ,,regressus ad infinitum" des Restrisikos als die Gefahr der Demokratisierung benannt. Der ,,Techno-Überkontroll-Totalitarismus mit einer ganz anderen Art von Ideologie als damals" birgt demnach die Gefahr. Die nivellierte Gesellschaft muß sich nur dem Zwang der unbeherrschbaren Großtechnologie entziehen, um das rettende Ufer von Friede, Freude und Ökogarten zu erreichen. Kein einziger Gedanke wird hier an die internationale Arbeitsteilung und deren gesellschaftliche Folgeprobleme ,,verschwendet". Kein Wort über weltweite Umstrukturierungsprozesse des Kapitalismus und den Abbau des Sozialstaates. Kein Wort über den Abbau demokratischer Grundrechte und die tendenzielle Wende zum starken Staat ('68 kam der Diskussion über den ,,autoritären Staat" im Zusammenhang mit der Notstandsgesetzgebung in der BRD und den Militärdiktaturen in Spanien/Griechenland und Ländern der Dritten Welt immense Bedeutung zu).

Die blinden Flecke auf der politischen Landkarte des selbsternannten Sprechers der 78er-Generation ließen sich tolerieren oder als ökolibertäre Banalitäten einfach vergessen. Das systematische Ausblenden gesellschaftspolitischer Fragen gerinnt aber unter der Hand zu einer Ideologie, die — frei von dem Anspruch der Ideologiekritik — eine positive Identität *in*



Gemessen und zu kurz befunden

dieser Gesellschaft stabilisieren will. Die Auseinandersetzung mit '68 ist für Bernd Ulrich deshalb notwendig, weil der aufgebrochene Nachkriegskonsens gekittet werden soll. Mit dem Motto „Sie haben mehr gewollt, wir haben mehr gelebt" werden die inhaltlichen Differenzen zwischen theoretischen und praktischen Vorstellungen der Revolte von '68 und der sozialen Bewegungen der 80er Jahre auf dem Niveau von „Generationskonflikt" und Lebensanschauung verhandelt, das nahe am Yuppietum liegt.

Bürger wehrt Euch — der Volksinstinkt alarmiert

Nachdem Protagonist Rudi Dutschke der mythische Schleier heruntergerissen wurde und die neueste historische Quellenkunde der Friedensbewegung den eigentlich autoritären Charakter entlarvt hat, bleibt eine Frage offen: Wie hat es die bundesdeutsche Öffentlichkeit und der ‚Mann von der Straße' geschafft, sich vor dem revolutionären Ansturm der ‚so über die Maßen autoritär(en)' (S. 32) Bewegung zu schützen?

Ulrich: „Doch damals *(dieses „damals" ist bei ihm historisch nicht klar zu fixieren, Anm. d. Verf.)* wie heute hat dieses Volk, haben diese Leute einen Instinkt, der sie warnt, der sie alarmiert, wenn etwas nicht stimmt" (S. 32).

Am 2. Juni 1967 wird Benno Ohnesorg von dem Polizisten Karl-Heinz Kurras durch einen Schuß in den Hinterkopf ermordet. An dieser Tat kann man noch schwer zwischen Staatsauftrag und Volksinstinkt unterscheiden, obwohl sicher ist, daß es keinen offiziellen Schießbefehl gegeben hat. Klarer hingegen liegt die Sache an Silvester desselben Jahres, als ein Rentner mit seinem Krückstock Rudi Dutschke niederschlägt. Bürger wehrt euch!

Am 21. Februar 1968 erklimmt der Volksinstinkt endlich jene Höhen, die ihn als lynchende Gewalt neben dem Gewaltmonopol des Staates zur Geltung bringen. Bei einer Gegendemonstration der „wahren Berliner" werden Plakate mit den Aufschriften: „Bei Adolf wäre das nicht möglich gewesen", „Dutschke Volksfeind Nr. 1" und „Politische Feinde ins KZ" getragen.

Dieser Volksinstinkt hätte vielleicht nur dumpf vor sich hingebrodelt, wenn er nicht durch die bundesdeutschen Medien organisiert und auf bestimmte Agressionsziele ausgerichtet worden wäre.

Ulrich: „Was es *(das, was „nicht stimmt", Anm. d. Verf.)* genau ist, können *(die Leute, d. Verf.)* meist nicht ausdrücken und greifen deshalb zu den hingehaltenen Schlagwörtern der Boulevardpresse. Aber daß da was nicht stimmte, war offensichtlich" (S. 32).

Am 11. April 1968 wird Rudi Dutschke von drei Kugeln getroffen und schwer verletzt. Er stirbt elf Jahre später an den Spätfolgen. Der Attentäter, Josef Bachmann, den sein „Instinkt" „warnte und alarmierte", hat die Schlagwörter der Boulevardpresse, die ihm zum adäquaten Ausdruck seines Unbehagens verhalfen, aufgegriffen: „. . . nicht die ganze Drecksarbeit der Polizei zu überlassen" (Bild, 7.2.68). Das Zusammenspiel der irrationalen Instanz im Volk mit der demagogischen Sprache der Öffentlichkeit ist gewiß symptomatisch für einige Phasen der deutschen Geschichte. Daß sich darin das Positive ausdrücke, dem autoritären Charakter zu widerstehen, der von Ulrich identifiziert wird mit der Studentenbewegung, ist kaum noch als gedankenlose journalistische Verfehlung zu entschuligen. Es enthüllt vielmehr jenen geistigen Duktus, der bis in die subtilsten Sprachwendungen in die vorgeblich so kritische „Neue Opposition" eingesickert ist, die Ulrich endlich zu eigenem Selbstbewußtsein befreien möchte.

Die Ereignisse von '68 waren niemals die „bestimmte Negation" ad concretum dieser Gesellschaft, wie von manchen in der historischen Situation vielleicht angenommen. Schon 1975 hat Herbert Marcuse in seiner Einschätzung der Möglichkeiten der Neuen Linken klar gesehen, daß es sich um eine „Revolte" und keine revolutionäre Situation handelte, daß „die Linke von der Bevölkerung weitgehend isoliert blieb", daß sie sich zum Teil selbst „zerstörte", weil „sie keine angemessene Organisationsform entwickelte" (H. Marcuse, Zeit-Messungen, S. 39 ff). Es scheint aber eine qualitative Differenz zu geben, sich mit den theoretischen und praktischen politischen Problemen dieser Situation auseinanderzusetzen und diese als Lernprozeß zu begreifen, oder aber mit den Mitteln der Geschichtsklitterung, der Psychologisierung gesellschaftlicher Konflikte und dem Rückgriff auf einen Jargon der Eigentlichkeit von dem zu verabschieden, was 1968 aufgebrochen ist. Die Alternative einer politischen Identität creatio ex nihilo mit Bezug auf Ökologie, die man leben soll, und Frauenbewegung, die „im Blut" liegt (vgl. Pflasterstrand Nr.288, S. 48), appelliert an dubiose Mächte. Durch die Begriffe „Blut und Leben" wird der Entstehungszusammenhang und die widersprüchliche Entwicklung gesellschaftlicher Auseinandersetzungen in das Fahrwasser irrationaler Ideologien getrieben.

Chile-Informationsbüro e.V.

„Die Chile-Solidaritätsarbeit in der BRD muß schlagkräftiger werden und bedarf längst einer effektiveren Organisierung, um ihren Einfluß auf den Sturz des Militärregimes und die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft bestmöglichst geltend zu machen", heißt es in der Gründungsplattform des Chile Informationsbüros.

Diese solidaritätspolitische Notwendigkeit hatten verschiedenste Gruppen und Organisationen in der BRD sowie die demokratischen Kräfte in Chile seit Jahren immer wieder betont. Nach mehreren Kontakten mit anderen Solidaritätsgruppen bildete sich in Münster eine Gruppe zum Aufbau einer entsprechenden Koordinierungsstelle.

Das erste bundesweite Bündnistreffen der Chile-Solidaritätsgruppen ist für den **1.- 3. Juli 1988** in Münster vorgesehen. Die Anmeldung kann über die Kontaktadresse erfolgen:

Chile-Informationsbüro e.V., Kath. StudentInnen-Gemeinde, Frauenstr. 3 - 7, 4400 Münster, Tel. 0251/ 66 18 05 (Anne)

Seminare Postmodernismus und New Age

„Casa Faulle" organisiert zwei Seminare: Über „Postmodernismus" und „New Age-Denken". Vom **24.7. bis 31.7.** und **31.7. bis 7.8.88.** Ort: Bei Cortona, Toskana in Italien.

Anmeldung und Info: I. Feitsma, Visserstrat 14B, 9712 CV Groningen, Tel.: 0031/50-12 57 17 o. 12 60 93 nach 17 Uhr

AG „Dialektik der Aufklärung"

Bereits seit einiger Zeit gibt es in Mainz eine AG, die sich mit Texten Adornos und Horkheimers auseinandersetzt. Der Schwerpunkt liegt z.Zt. auf Adornos Rezeption der Psychoanalyse in der „Minima Moralia". Die AG versteht sich nicht als fachphilosophischer Kreis, vielmehr sollen die Texte als Anregung zur kritischen Wahrnehmung des Alltags dienen. Die Treffen finden unregelmäßig statt, d.h. so ca. einmal pro Monat.

Kontakt für InteressentInnen: M. Hentschel, Tel. 06131/61 39 61 Nächstes Treffen: 2. Juni.

Perspektiven alternativer Ökonomie bis zum Jahr 2000

Zu diesem Thema findet eine Tagung des Theoriearbeitskreises Alternative Ökonomie der AG Spak zu seinem 10jährigen Bestehen in Arnoldshain/Taunus vom **15. - 22.7.88** statt.

Programm und Anmeldung bei: *Evangel. Akademie Arnoldshain, 6384 Schmitten 1 (Anmelde-/Teilnahmegebühr: 160 DM).*

Zusätzliche Beiträge können (umgehend) bei Prof. R. Schwendter, FB Sozialwesen, A. Bode-Str. 10, 3500 Kassel angemeldet werden.

Patchwork

1988 gerät der BDP ins biblische Alter von 40 Jahren. 1988 minus 75 ergibt 1913: die Erste Manifestation deutscher Jugend auf dem Hohen Meißner mit dem Bekenntnis zur Selbstbestimmung. Grund genug zum feiern!!!

Im Ferienschnittpunkt treffen sich in Walsrode in der Lüneburger Heide vom **28.7. - 5.8.88** eine Woche lang die Gruppen und Projekte des BDP, um in vielen kleinen AGs, Ausstellungen und kulturellen Darbietungen zu diskutieren, zu fragen, zu gucken und zuzuhören.

Theatertrecks, Projektzelte, Kneipen, Massagehütten, Kinderzirkus, politische Foren. . . der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt und jede(r) ist aufgefordert etwas zu diesem „Flickwerk" beizutragen.

Die bundesweite Koordinierungszentrale sitzt in Paderborn: Ferdinandstraße 41; 4790 Paderborn; o52 51/36 311.

„Und — es bewegt sich doch!"

ist das Motto eines Kursprojekts, das die Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zusammen mit dem Forum für praxisbezogene Friedensforschung (Basel) anbietet. Grundgedanke ist, daß sich Engagement in gesellschaftlichen und politischen Fragen nicht nur aus der rationalen Einsicht in die Notwendigkeit von Veränderungen speist; wenn es so wäre, sähe die Welt heute anders aus. Engagement wurzelt auch in persönlichen Erfahrungen, die mehr oder weniger bewußt sein können.

Zu dem Fortbildungskurs können sich TeilnehmerInnen aus der Schweiz und aus Deutschland anmelden, die in Bürgerinitiativen, in 3. Welt-, Frauen-, Friedens- oder Ökologiefragen engagiert sind und etwas bewegen, bewirken, verändern wollen. Leitung: Thomas Bein (FpF, Basel), Ute Volmerg (HSFK), Frankfurt. Ort: Beuggen bei Basel. Beginn: Dezember 1988.

Ausführliches Prospekt bei der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Leimenrode 29, 6000 Frankfurt 1, Tel. 069/550191.

Gegen das Regime in der Türkei

Zum 8. Jahrestag des Militärputsches in der Türkei ruft ein breites Bündnis von Organisationen, Vereinen, Initiativen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus verschiedenen europäischen Ländern, den USA und Australien zu einem „Internationalen Tribunal gegen das Regime in der Türkei" auf. Das Tribunal soll am **9./10./11. September** stattfinden.

Das Tribunal soll die europäische demokratische Öffentlichkeit über die wahren Zustände in der Türkei, über die anhaltenden und systematisch betriebenen Menschenrechtsverletzungen, über die nach wie vor existierende Folter, über die Unterdrückung demokratischer Organisationen und freier Gewerkschaften, über den Vernichtungskrieg gegen das kurdische Volk aufklären.

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Karl-Heinz Albers, Brandenburger Str. 18, 1000 Berlin 31, Tel. 030/ 861 93 56

Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 151, 4630 Bochum

Bremen:: Niko Diemer, Lübberstedter Str. 11, 2800 Bremen, Tel. 0421/ 38 56 97

Dortmund: SB Dortmund, c/o „Langer August", Braunschweiger Str. 22, 4600 Dortmund

Essen: SB, c/o Andreas Hess, 4300 Essen, Liebigstr. 55, Tel. 0201/74 20

Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 6050 Offenbach, Tel. 069/88 50 06

Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen. Tel. 0641/7 49 62

Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/43 32 89

Hannover: Uli Maaz, Sackmannstr. 19, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/2 10 32 25

Heidelberg: SB Heidelberg, c/o Forum, Bergheimer Str. 125, 6900 Heidelberg

Kassel/Nordhessen: Helmut Dorn, Mozartstr. 5, 3500 Kassel

Köln: Günter Steppkes (Tel. 0221/2 40 16 55) und Klaus Küpper (Tel. 0221/24 55 16), beide Engelbertstr. 55, 5000 Köln 1

Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 2400 Lübeck, Tel. 0451/49 16 98

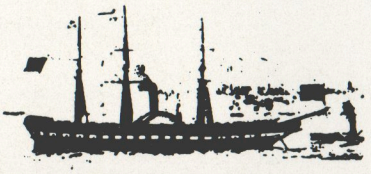
Münster: Clemens Wilken, Heisstr. 1, 4400 Münster, Tel. 0251/3 72 77

Nürnberg: Otto Böhm, Johannisstr. 42, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/33 20 22

Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 5275 Bergneustadt

Stuttgart: Uta Probst, Heusteigstr. 61, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/60 89 48

Wiesbaden/Mainz: Andreas Wagner, Phillipsbergstr. 37, 6200 Wiesbaden



„Westfälisches Dampfboot“

Es soll an dieser Stelle ein Verlag angezeigt und vorgestellt werden, der mit vielen seiner Art das Problem teilt, trotz beachtenswerter Publikationen seit seinem Bestehen im wesentlichen nur einer kleinen Öffentlichkeit bekannt geworden zu sein. Die Rede ist vom Verlag „Westfälisches Dampfboot“ (seit 1984), ursprünglich „Edition Westfälisches Dampfboot“ (1974 - 1984). Er ist einer der wenigen Kleinverlage aus den Siebzigern, die sich bis heute halten konnten.

Der Name des Verlags ist einer frühsozialistischen Zeitschrift des Vormärz im Münsterraum entlehnt (sie erschien 1845 - 1848), die auch Marx und Engels nicht unbekannt war. An diese soll der Verlagsname lediglich erinnern, ohne das Programm fortzuführen oder zu erneuern.

Der Verlag zeichnet sich durch publizistische Kontinuität aus, vorwiegend im Bereich der Sozialwissenschaften, sofern man darunter nicht lediglich die traditionelle bürgerliche akademische Disziplin faßt.

Die ersten Veröffentlichungen (damals in der Reihe „Arbeitshefte zur materialistischen Wissenschaft“) Anfang der siebziger Jahre, die ganz im Zeichen der Wissenschaftskritik standen, waren der „Kritik der Politischen Ökonomie“ gewidmet. Im Gegensatz zu vielen anderen Arbeiten ging es dabei nicht um eine plakative und rein instrumentelle, auf eine bestimmte politische Ideologie verpflichtete Marx-Rezeption, sondern um authentische Aneignung der „Kritik der Politischen Ökonomie“ als Wissenschaft von der bürgerlichen Gesellschaft. Es folgten später Publikationen über „Historischen Materialismus“, über Hochschule und „Hochschulsozialismus“, zur Lehrerarbeitslosigkeit, zum Thema Statistik als (bürgerliche) Wissenschaft, zur Gewerkschaftsdiskussion und interessante Bücher von Frauen zum Thema „Frau“ (etwa: Susanne Lipka, Das käufliche Glück in Südostasien. Heiratsmarkt und Sextourismus; Gabriele Theling, Vielleicht wär ich als Verkäuferin glücklicher geworden. Arbeitertöchter und Hochschule).

Einen breiten Raum nahmen und nehmen Arbeiten zum Thema Faschismus/Nationalsozialismus/Widerstand ein mit „vor-Ort-Studien“ vornehmlich im Raum Münster, die vieles zeigen, was in der bürgerlichen Forschung in diesem Bereich gerne ausgeblendet wird. Erst kürzlich (Oktober 1987) ist ein Band mit dem Titel „Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse“ erschienen. Von der aktuellen Historikerdebatte lediglich angeregt, geht es in den verschiedenen Beiträgen darum, das „normale“ Funktionieren des Nationalsozialismus auf einer breiten Basis der Zustimmung und Kooperation zu zeigen, das in das herrschende Geschichtsbild vom NS als „Betriebsunfall“ so gar nicht paßt.

Inzwischen ist der Verlag dabei, eine längerfristige Planung zu realisieren, wozu die Einbeziehung von Projekten und AutorInnen außerhalb Münsters und auch der internationalen Diskussion gehört. Letzteres war bereits erfolgreich: Das Verlagsprogramm von 1987 enthält die Ankündigung eines Bandes des in Cambridge lehrenden und in der englischen „History-Workshop“-Bewegung tätigen Gareth Stedman Jones mit dem Titel „Klassen, Politik und Sprache. Für eine theorieorientierte Sozialgeschichte“.

Rainer Dittrich

Nähere Informationen sind zu beziehen beim Verlag Westfälisches Dampfboot, c/o H.G. Thien, Breul 11a, 4400 Münster.

Neue Titel:

Norbert Hatebur
Antikes Patriarchat und Frauenfeindlichkeit
Entwurf einer nicht patriarchalen Kultursoziologie
156 S., DM 25,—

Mechtild Beike
Die Frauen der chinesischen Revolution
Wege zur Selbstbestimmung
172 S., DM 25,—

Sabine Heinig/Ilse Lenz (Hg).
Schöne Neue Frauenwelt
Computer in Bildung, Beruf und Beziehungen
ca. 150 s., DM ca. 18,—

Heide Gerstenberger/Dorothea Schmidt (Hg.)
Normalität oder Normalisierung?
Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse
222 S., DM 21,—

Verlag 2000, Postfach 102062, 6050 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

V/12

1

[redacted]

D 2800 Bremen 01

Südafrika

DER GROSSE PLAN ZUM VERSTUMMEN DER GESAMTEN SÜDAFRIKANISCHEN OPPOSITION

In den nächsten Monaten soll die südafrikanische Opposition zum Schweigen gebracht werden. Das Schlimme an dieser Tatsache ist, daß hier keine Empörung darüber entstand, als sie bekannt wurde. Deshalb kommen wir darauf zurück: Im März '88 bannte das Botha-Regime auf einen Schlag 36 Antiapartheid-Organisationen & Einzelpersonen. Dazu gehört ein Gesetzentwurf, der die Annahme ausländischer Hilfsgelder unter Strafen bis zu 10 Jahren stellt, die im weitesten Sinne gegen den Rassistenstaat Verwendung finden könnten. Gemeint sind alle oppositionellen Frauengruppen, die Gewerkschaften, Rechtshilfebüros, die Gefangenenbetreuung, sowie soziale & medizinische Einrichtungen. Verlangt wird die Übergabe aller Namenslisten und überhaupt aller Papiere & Dokumente an die Regierung. Verurteilbar ist auch jede Einzelperson, die mit negativen Äußerungen über die Apartheid aufgefallen ist und Geld aus dem Ausland erhält.

ZWANZIG MILLIONEN VERELENDETE SCHWARZE IN GETTOS, HOMELANDS & TOWNSHIPS SOLLEN GEHINDERT WERDEN, IHRE EIGENE GESELLSCHAFTLICHE VERSORGUNG UND GEGENMACHT AUFZUBAUEN.

Machen wir deshalb die zu uns dringenden Stimmen Südafrikas zum manifesten Protest:

„Wenn es bei diesen neuen Gesetzen unter den Deutschen nicht eine stärkere Einsicht gibt und man nicht bereit ist, sich für eine Veränderung einzusetzen, dann werden sie mitschuldig an einer großen Katastrophe, wie sie sie selbst erlebt haben. Sanktionen können zu einer Minimierung der Gewalt & zur Begrenzung des Leidens beitragen."

**Dr. Wolfgang Kistner,
Südafrikanischer Kirchenrat**

WIR FORDERN WEITREICHENDE WIRTSCHAFTLICHE SANKTIONEN JETZT!

Der neue Gesetzentwurf soll in Kürze verabschiedet werden. Wir rufen zur entschlossenen Kampagne dagegen auf und bitten alle darum, auf Bundesregierung & Parteien, Gewerkschaften & Kirchen und alle gesellschaftlichen Gruppen entschiedenen Druck auszuüben, damit endlich die Unterstützung für das menschenrechtswidrige Apartheid-Regime durch umfassende & bindende Sanktionen beendet wird.

MEDICO REPORT 3 enthält den Gesetzestext komplett & ist kostenlos erhältlich.

SPENDEN JETZT:
Stichwort „Südafrika", Konto 1800, Stadtsparkasse Frankfurt oder Postgiro 6999-508, Köln. Weitere Informationen & kostenlose Protestpostkarten (auch in größeren Mengen) gegen die geplanten Gesetze: Medico International/Kampagne „KIRCHE GEGEN APARTHEID", 6000 Frankfurt/Main, Obermainanlage 7.

**MEDICO INTERNATIONAL · OBERMAINANLAGE 7
6000 FRANKFURT/MAIN 1 · TELEFON 069/499 00 41**